Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Auflage: 55 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, 12.11.1974, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

14. November 1974 Jg. 2 Nr. 24 50 Pfennig

Wie die Regierung spart:

Kohlepfennig und höhere Sozialmieten

Wie das Sparen der Bundesregierung aussieht, zeigen die jüngsten Beschlüsse. Die Strompreise sollen um 3 bis 4 % erhöht werden durch eine neue Abgabe, den Kohlepfennig. Die Bahn soll teurer werden, und Kollegen von der Bahn wegrationalisiert werden. Die Sozialmieten sollen erhöht werden durch die beschlossene Erhöhung der Pauschale, die die Eigentümer der Sozialwohnungen direkt kassieren.

Das heißt, der Staat spart nicht, sondern er faßt Beschlüsse, die zusätzlich zu den Steuern die Massen ausplündern und für die Kapitalisten direkt die Taschen füllen sollen.

Die CDU/CSU hat gegen diese Beschlüsse opponiert. Aber ihre Vorschläge zur Haushaltsentlastung sind nicht besser. Es sollen weniger Sparprämien ausgezahlt werden. Beim Kindergeld soll weniger gezahlt werden, vor allem für Ausländer. Und bei den Zuweisungen für die Rentenversicherung soll eingespart werden. Wenn die bürgerlichen Parteien vom Sparen reden, dann meinen sie immer nur, daß den Lohnabhängigen noch mehr genommen werden soll, darin sind sie sich im Grundsatz einig.

Die Mieter im sozialen Wohnungsbau, zu einem großen Teil Arbeiterfamilien, werden ab 1. Januar von einem neuen staatlichen Beschluß hart getroffen. Während Kanzler Schmidt die Bevölkerung zum Konsumverzicht auffordert, hat das Kabinett eine Änderungsverordnung der mietpreisrechtlichen Vorschriften gebilligt. Danach werden die Pauschalen für Instandhaltungs- und Verwaltungskosten erhöht.

Die Verwaltungspauschale steigt von 120 DM auf 18o DM pro Wohnung im Jahr, während die Instandhaltungspauschale je nach Alter der Wohnung zwischen 6,90 DM und 7,90 DM pro Jahr und qm festgesetzt worden sind. (Angaben nach Westfälische Rundschau)

Natürlich sollen diese Erhöhungen automatisch auf die Mieter abgewälzt werden. Die Miete soll sich für Wohnungen, die bis 1953 gebaut wurden um 0,31 DM/qm und für die ab 1969 erbauten um 0,28 DM/qm im Monat erhöhen.

Das bedeutet bei einer Neubauwohnung (ab 1969) von 80 qm eine monatliche Mieterhöhung von zusammen 22,40 DM

Kommentar des Wohnungsbauministers Ravens: "Die Lösung entspricht den Notwendigkeiten der Wohnungswirtschaft und ist zugleich sozial tragbar."

Fast jeder Sozialmieter weiß heute, daß diese Pauschale es den "gemeinnützigen" Wohnungsbauunternehmen möglich machen, eine Mieterhöhung selbst ohne die sonst vorgeschriebene Kostenberechnung durchzuführen.

–H.G., OAG Dortmund–

Bonn beschließt Erhöhung der Strompreise zur Sicherung der Profite der Kohle-Kapitalisten und erhöht so seine Mehrwertsteuer-Einnahmen um 100 Millionen DM.

In der letzten Woche hat der Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen: In Zukunft sollen 33 Millionen Tonnen Steinkohle verstromt werden

Fortsetzung Seite 3

Wegen des Feiertags am 20. November (Buß- und Bettag) muß die nächste Ausgabe der KVZ einen Tag früher hergestellt werden. Wir bitten alle, die uns schreiben, das sofort zu tun. Zuschriften können nur bis Samstag, den 16. November (Posteingang), berücksichtigt werden. Jeweils der Samstag vor Erscheinen der KVZ ist auch unser regulärer Redaktionsschluß. Redaktion

Arbeitslosengeld mindestens 80% des Lohns für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit! Bezahlung durch die Kapitalisten! Arbeitsämter in die Selbstverwaltung der Lohnabhängigen!

Die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter ist wiederum rapide gestiegen. Im Lauf eines Monats wurden 115 000 mehr arbeitslos, insgesamt waren 672 000 arbeitslos. Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich auf 370 000. Nach der Statistik der Europäischen Gemeinschaft war die Zahl der Arbeitslosen schon im September auf 716 000. Offensichtlich zählt die Bundesanstalt für Arbeit nur die Empfänger von Arbeitslosengeld, nicht aber die Empfänger von Arbeitslosenhilfe. Die Gewerkschaftsführung hat in dieser Lage, wo niemand mehr bezweifelt, daß die Arbeitslosigkeit eine Million erreicht, bisher nur an die Regierung appelliert, daß sie "der Wirtschaft helfen soll". Die Bundesregierung kann zwar den Kapitalisten helfen, die Ursachen der Arbeitslosigkeit jedoch nicht beseitigen (siehe Artikel Seite 2 "Kann die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit beseitigen?"). Die Arbeiterklasse muß in dieser Lage, wo nicht nur ein Teil von Arbeitslosigkeit betroffen ist, sondern das Lebensniveau aller Lohnabhängigen angegriffen wird, für ihre Forderungen kämpfen. Sie darf nicht zulassen, daß Beschäftigte und Arbeitslose gegeneinander ausgespielt werden, sondern muß ihr einheitliches Vorgehen organisieren. Der nächste notwendige Schritt dazu ist, in den Gewerkschaften einheitliche Forderungen durchzusetzen.

Gegenwärtig beträgt das Arbeitslosengeld durchschnittlich weniger als 65 % des Nettolohnes. Die Lage der Arbeitslosen ist dementsprechend elend. Und das Elend der Arbeitslosen ist die tatsächlich vorhandene Drohung für alle, die noch Beschäftigung haben. Diese Drohung können die Kapitalisten nutzen zur Senkung der Löhne, zur Durchsetzung von Mehrarbeit. Sie rationalisieren, indem sie auf der einen Seite entlassen und auf der anderen Seite die Arbeitshetze ungeheuer steigern. Der Kampf um die Verbesserung des Arbeitslosengeldes ist im Interesse aller Lohnabhängigen notwendig und stärkt ihre notwendige Einheit, ohne die sie wehrlos sind.

Der KBW hat in seinem Programm die Forderung "Zahlung von mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!" aufgestellt. Vor allem die Forderung, daß das Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit bezahlt wird, ist notwendig, weil es jetzt nicht so ist. Wer auf die Dauer keine Arbeit mehr findet, wird zum Fürsorgeempfänger. Wer heute arbeitslos wird, ist der entwürdigenden Behandlung durch das Arbeitsamt ausgesetzt, das die Gelder verwaltet, die die Lohnabhängigen zahlen. Er unterliegt Gesetzen, die die Arbeitslosen zwingen, schlechtere und schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen. Für das gesamte Sozialversicherungswesen fordert der KBW die vollständige Selbstverwaltung durch die Versicherten und die Bestreitung aller Versicherungskosten durch die Kapitalisten (und durch den Staat für die, die beim Staat beschäftigt sind). Die Ursachen des Elends sind im Kapitalismus nicht zu beseitigen. Um aber die Kraft und die Fähigkeit der Arbeiterklasse zu erhöhen, den Klassenkampf zu führen, muß sie heute die Forderungen durchsetzen, die sie vor der Zerstörung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte im Kapitalismus bewahrt. Daß dieser Kampf nicht aussichtslos ist, beweist, daß immer wieder Beschlüsse dieser Art bis auf die Gewerkschaftstage gelangen. Daß sie dort nicht verschwinden, sondern daß diese Forderungen alle Lohnabhängigen im Kampf vereinen, dafür überall einzutreten ist ein Gebot der Stunde.

– bb –

Der Hungerstreik der Häftlinge ist gerecht

Die Isolations- und Vernichtungshaft muss weg!

Seit Ende September befinden sich über 30 politische Häftlinge in einem Hungerstreik gegen die Isolationshaft, in der die verhafteten RAF-Mitglieder gehalten werden. Die Isolationshaft soll den politischen Willen und das Selbstbewußtsein dieser Gefangenen brechen, um sie später in der Gerichtsverhandlung als gebrochene Menschen und abschreckendes Beispiel vorführen zu können. Der Hungerstreik der Häftlinge zeigt, daß dies dem bürgerlichen Staats- und Justizapparat nicht gelungen ist. Der Tod von Holger Meins zeigt, daß die Häftlinge der RAF lieber kämpfend sterben als sich durch den bürgerlichen Staats- und Justizapparat brechen zu lassen. Eine solche Haltung verdient die Anerkennung und Unterstützung aller Revolutionäre und aufrechten Menschen.

Wir sind mit den Auffassungen, mit der Strategie und Taktik der RAF (Rote Armee Fraktion) in keiner Weise einverstanden. Ihrer Gegenwehr gegen den Versuch des bürgerlichen Staats- und Justizapparates, sie unterzukriegen, zollen wir jedoch Achtung, ihren Hungerstreik und sein Ziel unterstützen wir entschieden, denn dieser Hungerstreik ist gerecht und die Isolations- und Vernichtungshaft muß weg. In dieser Frage besteht keinerlei Differenz zwischen uns und der RAF und kann keine Differenz bestehen.



Der bürgerliche Staatsapparat hat Holger Meins auf dem Gewissen. Statt die gerechte Forderung nach Aufhebung der Isolationshaft zu erfüllen, hat der bürgerliche Staatsapparat mit allen Mitteln versucht, den Hungerstreik der Häftlinge zu brechen. Die Zwangsernährung der Häftlinge ist eine reine Quälerei, zumal sie laut Aussage von Ärzten und Rechtsanwälten mit viel Brutalität durchgeführt wird. Diese Zwangsernährung und ihre brutale Durchführung dient einzig dazu, die Häftlinge zu demoralisieren, um sie dann in der weiteren Isolationshaft endgültig zu brechen.

Um die Isolationshaft gegen den Willen der Häftlinge aufrechtzuerhalten, schreckt der Staats- und Justizapparat vor keiner Quälerei zurück und lieber läßt er die Häftlinge sterben, als daß er die Isolationshaft aufhebt. Damit enthüllt er aber auch, worauf es ihm ankommt: auf die Vernichtung der Gefangenen mit psychischen und notfalls mit physischen Mitteln. Aber obwohl Holger Meins am Ende seines Hungerstreiks völlig geschwächt gewesen ist: Holger Meins ist nicht ein hilfloses Opfer der bürgerlichen Justiz geworden. Holger Meins ist im Kampf gegen den Feind umgekommen, in einem Kampf, den er entschlossen und mit bewußtem Einsatz seines Lebens geführt hat. Deshalb ist es auch nicht richtig, von Mord zu reden. Damit tut man Holger Meins keine Ehre an. Holger Meins ist gefallen im Kampf gegen einen brutalen Gegner. Er wußte über die Rücksichtslosigkeit dieses Gegners Bescheid und hat trotzdem gekämpft. Darin liegt die Bedeutung und das Gewicht dieses Todes.

Jetzt kommt es nicht darauf an, Rache zu schreien oder Rache zu üben an dieser oder jener Figur der bürgerlichen Justiz, sondern jetzt kommt es darauf an, den Kampf, in dem Holger Meins gestorben ist, zum Erfolg zu bringen und die Forderungen des gerechten Hungerstreiks, der von den anderen Häftlingen auch nach dem Tod von Holger Meins fortgesetzt wird, durchzusetzen:

Weg mit der Isolations- und Vernichtungshaft!

Für diese Forderung müssen wir die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen gewinnen. Dies ist möglich, denn diese Forderung ist gerecht und kann deshalb eine große Unterstützung finden. Joscha Schmierer

Siehe auch Seite 3

Aus dem Inhalt:

Kann die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit beseitigen?

In den letzten Ausgaben der Kommunistischen Volkszeitung erläuterten wir, daß im Kapitalismus Krise und Arbeitslosigkeit unvermeidlich sind. Krise und Arbeitslosigkeit haben ihren Grund nicht in gestiegenen Löhnen, sondern in der kapitalistischen Überproduktion. Weil sie nicht mehr Waren profitabel absetzen können, ihre Profite nicht mehr profitabel anlegen können, gehen viele Kapitalisten pleite oder schränken die Produktion ein. Lohnverzicht ändert diese Lage nicht, sondern macht sie für die Lohnabhängigen nur schlimmer. Arbeitslosigkeit ist durch Lohnverzicht nicht zu verhindern. Denn die Kapitalistenklasse kommt aus der Krise nur raus, indem ein Teil pleite geht und die anderen Kapitalisten deren Märkte erobern. Durch scharfe Rationalisierungen versucht jeder Kapitalist, unter den Überlebenden zu bleiben. Dabei machen die großen Konzerne das Rennen. Konzentration und Monopolisierung nehmen rapide zu. Sowohl Pleiten als auch die Rationalisierung, mit der jeder Kapitalist auf den Knochen der Arbeiter die Konkurrenz niederzuringen versucht, führen notwendig zu Entlassungen und Arbeitslosigkeit.

Nachdem die Bundesregierung schon 950 Millionen zur Ankurbelung der Konjunktur vor einem Monat ausgeworfen hat und die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen ist, sagt sie jetzt, daß sie zum Jahreswechsel für drei Milliarden DM Aufträge an die Industrie ausgeben will, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Sie will damit bis zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai die Arbeitslosenrate senken. In Nordrhein-Westfalen beträgt die Arbeitslosenrate schon 3,5 % im Durchschnitt, in vielen Gemeinden schon über 5 %. Im folgenden untersuchen wir, welchen Einfluß der kapitalistische Staat auf die wirtschaftliche Entwicklung und auf die Arbeitslosigkeit nehmen kann.

Tatsache ist, daß der kapitalistische Staat die Krisen **nicht vermeiden** kann, weil die Krisen nicht Ergebnis der Politik, sondern Ergebnis der kapitalistischen Profitwirtschaft sind. Der kapitalistische Staat kann **nur Einfluß auf den Verlauf der Krise** nehmen.

Über die Steuerausplünderung vor allem der Lohnabhängigen bekommt der Staat die Verfügung über einen gewaltigen Teil des Sozialprodukts in die Hand. Doch davon ist auch schon fast alles fest verplant für den Unterhalt des gewaltigen Verwaltungs- und Unterdrückungsapparates. Um einen Einfluß auf die Krise zu nehmen, braucht der Staat **zusätzliche Mittel**, um **zusätzlich** zu seinen sonstigen Ausgaben den Kapitalisten **noch mehr** Aufträge zuzuschanzen, als sie schon "regulär" bekommen, damit die Kapitalisten ihre Überproduktion loswerden und ihre Produktion wieder anwerfen.

Ganz falsch ist es, anzunehmen, eine Erhöhung der Löhne würde das Gleiche bewirken. Denn eine Erhöhung der Löhne würde ja zugleich die Profite schmälern.

Sparen für die Krise?

Die Bundesregierung behauptet, für den Krisenfall 10 Milliarden DM Konjunkturrücklage gespart zu haben. Daran ist zweierlei falsch. Obwohl die Steuerausplünderung in den letzten Jahren dem Staat viel höhere Mehreinahmen gebracht hat, ist zugleich die Verschuldung stark gestiegen. Von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen wird die Verschuldung 1975 schon über 50 Milliarden DM betragen, und die Verschuldung des Bundes allein beträgt schon mehr als diese Rücklage. Außerdem wachsen jetzt durch die Krise die Steuereinnahmen weniger, als im Haushaltsplan angenommen war.

Zusätzliche Staatsausgaben durch Staatsverschuldung

Schon ohne Krisenprogramme verschuldet sich der kapitalistische Staat immer mehr, obwohl er die Steuerschraube immer fester anzieht. Zusätzliche Mittel für Krisenprogramme bekommt er dadurch, daß er weitere Schulden macht.

Mit diesem zusätzlichen Geld erteilt der Staat jetzt Aufträge an die Kapitalisten – nehmen wir an zum Straßenbau. Der Baukapitalist stellt Arbeiter ein, die arbeitslos waren, zahlt Löhne und kauft Baumaterial. Die Arbeiter kaufen mehr Lebensmittel. Bei den Baumaterialkapitalisten werden auch wieder mehr Arbeiter eingestellt, die Lebensmittelkapitalisten können auch ihre Produktionsanlagen wieder auslasten und stellen mehr Lohnabhängige ein. Doch so idyllisch funktioniert das nicht. Denn auf jede Mark zusätzliche Nachfrage reagieren die Kapitalisten erstmal mit Preiserhöhungen. Und dann wollen die Kapitalisten nicht nur ihre brachliegenden Produktionsanlagen wieder auslasten, sondern müssen ihre neuen Profite wieder anlegen, um mehr Pro-
die Kapitalisten erstmal mit Preiserhöhungen. Und dann wollen die Kapitalisten nicht nur ihre brachliegenden Produktionsanlagen wieder auslasten, sondern müssen ihre neuen Profite wieder anlegen, um mehr Pro-
fite zu machen – und schnell ist die Überproduktionskrise wieder da. Der Staat muß wieder Schulden machen, und das Spiel beginnt von neuem.

Dabei muß der Staat immer größere Schulden machen, denn er muß nicht nur die Aufträge der Baukapitalisten weiterführen, sondern noch Mittel für zusätzliche Überproduktion, die aus der Anlage der neu geschaffenen Profite entstanden ist, aufbringen.

Dabei eignet sich der Staat einen immer größeren Teil des Sozialprodukts an, und das entspricht nicht dem Interesse aller Kapitalisten, sondern nur dem Interesse der Kapitalisten, die selbst die Staatsaufträge erhalten. Dieser Prozeß der Aufblähung der Staatsausgaben findet sowieso ständig statt und weitet sich während Krisen sprunghaft aus.

Löcher graben und wieder zuschütten

Der Wirtschaftswissenschaftler Keynes, der während der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre diese Politik der Staatsverschuldung erfunden hat, meinte, der Staat müsse nur Löcher graben lassen und wieder zuschütten lassen, und dafür Löhne zahlen. Die Kaufkraft dieser Löhne würde dann die Wirtschaft wieder beleben.

Da jedoch durch diese Methode nicht mehr Lebensmittel produziert werden, sondern eben Löcher gegraben werden oder Straßen gebaut, während die Preise für Lebensmittel weiter steigen, verteilt diese Methode nur das bestehende Elend und vermindert die Kaufkraft aller Löhne durch die folgenden Preissteigerungen. Ist das Loch wieder zugeschüttet, ist auch die Arbeitslosigkeit wieder da. Immer mehr Arbeiter müßten immer größere Löcher graben. Das bei den Kapitalisten beliebteste Loch dieser Art ist die Rüstungsproduktion. Hier kann die kapitalistische Überproduktion sich austoben, weil der Staat sie zu stolzen Preisen aufkauft.

Jede Krisenmaßnahme des Staates müssen die Lohnabhängigen bezahlen

Über Inflation und steigende Steuerlasten müssen die Lohnabhängigen letzten Endes die Politik der Staatsausgaben zur Belebung der kapitalistischen Wirtschaft bezahlen. In den USA, wo die Staatsverschuldung am weitesten fortgeschritten ist, hat sie keineswegs die Arbeitslosigkeit beseitigt, vielmehr ist dort die Arbeitslosenrate schon bei 6 %. Und die Löhne sind in den USA unter Berücksichtigung der Preissteigerungen absolut zurückgegangen.

In der Bundesrepublik sieht die Lage gegenwärtig so aus, daß die Regierung
losenrate schon bei 6 %. Und die Löhne sind in den USA unter Berücksichtigung der Preissteigerungen absolut zurückgegangen.
In der Bundesrepublik sieht die Lage gegenwärtig so aus, daß die Regierung
mit ihren Arbeitsbeschaffungsprogrammen zuwartet, um keine zusätzlichen Spielräume für Preiserhöhungen zu schaffen. Das heißt, sie läßt der Krise freien Lauf. Erst bei einer Million Arbeitsloser will sie ihr "Ankurbelungsprogramm" starten.

Doch ob sie es jetzt oder später startet, sie wird damit nicht die Ursachen der Krise beseitigen können; auch wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht, werden mehr arbeitslos bleiben als in den vergangenen Jahren. Damit bleiben auch die Druckmittel auf das Lohnniveau fortbestehen. Für jeden Arbeitslosen, der wieder eingestellt wird, werden alle Lohnabhängigen zahlen müssen über zusätzliche Steuern und steigende Preise, die die Löhne mindern. Und dies werden die Kapitalisten noch nutzen, um die Arbeiterklasse zu spalten zu versuchen. Die Kapitalisten müssen mehr Profit machen, das ist das A und O der kapitalistischen Krisenpolitik. Denn es geht den Kapitalisten darum, nur immer mehr Kapital zu produzieren, nicht aber mehr Mittel zum Leben der Volksmassen, und deren Löhne sollen gesenkt werden. Mehr produziert soll werden, aber nicht für die Lohnabhängigen, die nicht mehr kaufen können. Doch mit jeder Maßnahme staatlicher Umverteilung zugunsten der Profite wird die Krise der kapitalistischen Produktionsweise nur überdeckt, um umso schärfer wieder hervorzutreten.

So wird die Regierung Einfluß nehmen auf den Verlauf der Krise und die Zahl der Arbeitslosen, aber weder Krise noch Arbeitslosigkeit beseitigen, sondern die Auswirkungen der Krise auf die Lohnabhängigen verteilen. Die Arbeiterklasse wird sich zusammen mit den breiten Volksmassen in der Krise nur verteidigen können, wenn sie sich auf die Abschaffung des Kapitalismus orientiert und überall den Kapitalisten mit ihren Forderungen entgegentritt. –bb–
zusammen mit den breiten Volksmassen in der Krise nur verteidigen können, wenn sie sich auf die Abschaffung des Kapitalismus orientiert und überall den Kapitalisten mit ihren Forderungen entgegentritt. –bb–



So sehen die Kapitalisten selbst die Krise. Die Zeichnung ist Teil einer Anzeige, in der eine Firma ihre Maschinen zur Rationalisierung empfiehlt.

"Fristenlösung" vor dem Bundesverfassungsgericht

"Fristenlösung" vor dem Bundesverfassungsgericht

Am 18.11. beginnt vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Verhandlung über einen Antrag der CDU, das Gesetz zur Änderung des § 218 für verfassungswidrig erklären zu lassen.

Dabei werden sich die Verfassungsrichter darüber auslassen, ab wann einer Mensch ist. Das aber ist für die Volksmassen, die unter dem § 218 leiden, gar keine Frage. Noch niemand hat sich gerne ein Kind abtreiben lassen. Die Menschen werden zur Abtreibung gezwungen durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Zwänge. Durch den § 218, der die Abtreibung unter schwere Strafe stellt, werden sie außerdem gezwungen, Abtreibungen unter unwürdigen, lebensgefährlichen Bedingungen durchführen zu lassen. Dabei riskieren die Frauen das Leben und Frauen und Männer riskieren Gefängnis, Mordanklage und Vernichtung ihrer Existenz. Das ist die Lage. Was hat das mit der Frage zu tun, ab wann einer Mensch ist, ob mit null, einem oder drei Monaten?

Die Arbeiterbewegung ist von ihren Anfängen an für die Abschaffung der staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen Abtreibung eingetreten. Nicht weil sie für Abtreibung ist, sondern weil Abtreibungen zu denen Angehörige der Arbeiterklasse durch die herrschenden Verhältnisse gezwungen werden, nicht strafbar sein sollen durch die Kapitalistenklasse und ihren Staat, die diese herrschenden Verhältnisse verteidigen.

Herausgekommen in dem jahrzehntelangen Kampf gegen den § 218, der die Opfer der Verhältnisse wie Schuldige behandelt, ist zunächst die "Fristenlösung".

Die Fristenlösung besteht in der Gewährung von Straffreiheit für Abtreibungen bis zum dritten Monat und in der Festlegung einer ganzen Reihe bürokratischer Schikanen, die man mitmachen muß, bevor die Abtreibung durchgeführt werden kann. Mit Abschaffung des § 218 hat das Ganze nichts zu tun.

Dennoch will die CDU/CSU diese Fehlgeburt einer Reform nochmal eigens totschlagen mit Hilfe des Grundgesetzes und der Verfassungsrichter. Warum? Daß Abtreibungen mit oder ohne § 218 stattfinden, weiß auch die CDU. Wenn die CDU sogar noch gegen die Fristenlösung antritt, dann deshalb, weil sie selbst den Schimmer von Freiheit fürchtet. Sie fürchtet ihn, weil die Massen sich mit diesem Schimmer von Freiheit nicht zufrieden geben werden, weil sie weitergehen werden in ihren Forderungen. Dem will die CDU von vornherein einen Riegel vorschieben.

Wir Kommunisten sagen, man muß die Verhältnisse ändern, in denen Menschen durch Menschen ausgebeutet werden und zu Abtreibungen gezwungen sind, weil sie sonst nicht durchkommen. Auf dem Weg zu diesem Ziel treten wir auf gegen alle Unterdrückungsmaßnahmen und Unterdrückergesetze des bürgerlichen Staates, die die Volksmassen niederhalten sollen.

Für uns ist es keine Frage, ab wann der Mensch Mensch ist. Für uns ist die Frage, wann der Mensch wie ein Mensch leben kann und wie wir dahin kommen. Mit dieser Frage werden sich die Verfassungsrichter nicht befassen. Sie sind dazu da, die Zweckmäßigkeit der bürgerlichen Unterdrückungsmaßnahmen zu untersuchen. Was immer sie dabei herausfinden werden: Der Kampf gegen den § 218 wird weitergehen und die Arbeiterklasse wird schließlich eine Gesellschaft errichten, den Sozialismus, in der sich die Menschen entfalten können und in der sie gemeinsam mit Willen und Bewußtheit über ihr Schicksal verfügen. Dann wird das Recht auf straffreie Abtreibung, das die Arbeiterklasse früher oder später erkämpfen wird, nach und nach jede praktische Bedeutung verlieren.

Gegen die geltende Fassung des § 218 gibt es eine breite Bewegung. Erreicht hat diese Bewegung die "Fristenlösung". Nach der Entscheidung des Bundestages ist diese Bewegung in eine abwartende Haltung zurückgefallen. Dies wird so nicht bleiben und wir Kommunisten werden durch planmäßige Enthüllungsarbeit und durch die Bildung einer öffentlichen Meinung für die vollständige Abschaffung des § 218 dazu beitragen, daß es nicht so bleibt.

Entscheidet sich das Bundesverfassungsgericht für die Zweckmäßigkeit der "Fristenlösung", dann werden die Volksmassen zunehmend lernen, daß diese Lösung keine Lösung ihrer Probleme ist. Der Kampf für die vollständige Abschaffung des § 218 wird einen langsamen Aufschwung nehmen, in dem Maße, wie die Massen erkennen, daß sich nichts Wesentliches verändert hat.

Entscheidet sich das Bundesverfassungsgericht gegen die Fristenlösung, wird das eine gute Lehre sein über die Volksfeindlichkeit dieser Verfassung und kann zu einem neuen und raschen Aufschwung der Bewegung gegen den § 218 führen. So oder so wird die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dazu führen, daß die Bewegung gegen den § 218 aus ihrer gegenwärtigen Stagnation herauskommt. –G.S.–

Wahlen in Amerika

Eine Niederlage für das bürgerliche Parteiensystem

Eine Niederlage für die Republikanische und hohe Stimmengewinne für die Demokratische Partei brachten die Teilwahlen in den USA für das Repräsentantenhaus, den Senat und verschiedene Gouverneursposten.

Wie waren die Wahlergebnisse? Bisher stellten die Demokraten 32 Gouverneure in den 50 Bundesstaaten, jetzt haben sie 36 Gouverneursposten. Von 100 Senatoren im Senat stellten sie bisher 58 und jetzt 61 und im Repräsentantenhaus gewannen sie 44 Mandate hinzu und verfügen jetzt über eine Zweidrittelmehrheit.

Entscheidend für den Wahlausgang war die wirtschaftliche Krise in den USA, wo gegenwärtig eine Preissteigerungsrate von über 12 % und eine Arbeitslosigkeit von 6 % herrschen. Entscheidend war weiterhin der "Watergate-Skandal", der der Republikanischen Partei das Genick in diesen Wahlen brach.

Dabei ist in den USA die Situation ähnlich wie in Westdeutschland. Hier wie dort besteht mehr oder weniger ein Zweiparteiensystem, und der Unmut gegen die eine Partei schlägt sich mit der Wahlstimme noch in der Wahl der anderen bürgerlichen Partei nieder.

Dabei spielt in den USA die Demokratische Partei eine ähnliche Rolle wie hierzulande die SPD, denn sie ist traditionell weitgehend mit den amerikanischen Gewerkschaften verfilzt und gilt als arbeiterfreundlich. Die Rolle der CDU/CSU übernimmt in den USA die Republikanische Partei, die traditionell mit der Großindustrie (zum Beispiel Rockefeller) verfilzt ist.

Vergleicht man also das Wahlergebnis in den USA mit den Ergebnissen der Landtagswahlen in Westdeutschland, so kann man feststellen: In beiden Fällen bestimmte die Wirtschaftskrise, die Verfilzung von Partei und Staatsapparat und politische Korruption das Wahlergebnis. Jeweils die regierende Partei mußte deshalb hohe Verluste hinnehmen, ob es sich um Sozialdemokraten oder Republikaner handelte.

Dies zeigt deutlich den Mechanismus der bürgerlichen Parteienherrschaft: Ist eine bürgerliche Partei abgewirtschaftet, so kommt die andere ans Ruder, die politische Herrschaft der Bourgeoisie ist dadurch gesichert.

An dem Wahlergebnis in den USA zeigt sich aber auch, wie weit das parlamentarische System bereits abgewirtschaftet und an Glaubhaftigkeit verloren hat.

Obwohl in den USA die Wahlbeteiligung traditionell immer geringer als in Westeuropa war, erreichte sie diesmal ihren tiefsten Stand seit 1942. Nur 38 % betrug die Wahlbeteiligung, und das heißt, daß von drei wahlberechtigten Amerikaner nur noch gut einer zur Wahlurne ging. Das heißt, daß sich das amerikanische Volk zu großen Teilen weder von den Demokraten noch von den Republikanern etwas erwartet. Denn bekannt ist, daß die Demokratische Partei genauso der Korruption frönt wie die Republikaner, daß sie die Wirtschaftskrise mit einem Preis- und Lohnstopp meistern will, was allemal auf Kosten der Arbeiterklasse geht.

Wie wenig das amerikanische Volk von den bürgerlichen Politikern und den großen Parteien hält, zeigte sich bei den Gouverneurswahlen im Bundesstaat Maine. Dort verloren die Demokraten ihren Gouverneurssitz an einen unabhängigen Kandidaten, der sich ausdrücklich als "Nicht-Politiker" bezeichnet hatte.

Insgesamt ist also dieses Wahlergebnis in erster Linie eine Niederlage für das bürgerliche Parteiensystem in den USA und erst in zweiter Linie ein Sieg für die Demokratische Partei.

–e.r.–

Vietnam-Killer Calley freigelassen

Der Vietnam-Killer, Leutnant Calley, wurde gegen "Ehrenwort" auf freien Fuß gesetzt. Calley wurde verurteilt am 25. März 1971 von einem Militärgericht, weil er 1968 in Vietnam in den Dörfern My Lai, Long Huy und Truong-An zwischen 400 und 500 Zivilisten abgeknallt hat. Die Menschen waren wehrlos: Greise, Frauen und Kinder.

Die Armeeführung und die Regierung versuchten dieses Morden von einem ihrer Offiziere lange zu leugnen. Aber die Bewegung in den USA gegen den Vietnamkrieg stellte die breite Öffentlichkeit darüber her. So wurde Calley schließlich zu lebenslang Gefängnis verurteilt. Bereits einen Tag nach dem Urteil aber hat der damalige Präsident Nixon ihn teilweise begnadigt und die Gefängnisstrafe in Hausarrest umgewandelt. Im August 1971 wurde dann das Urteil "lebenslang" kassiert und der Hausarrest auf 20 Jahre beschränkt. Im September 1974 schließlich wurde erneut eine Korrektur vorgenommen und die Dauer der Strafe auf 10 Jahre gesenkt. Am 8. November wurde Calley per Gerichtsbeschluß freigelassen.

Offiziell – so heißt es – sei damit die Angelegenheit beendet. Der Fall verdeutlicht: Die Gerichte und die Justiz sind die Huren der herrschenden Klasse, deren sich die Bourgeoisie nach Belieben bedient. –g.j.–

Proteste gegen die Isolationshaft und gegen Behandlung der RAF-Häftlinge durch die bürgerliche Justiz

Nachdem am Samstagabend der Tod von Holger Meins im Kampf gegen die Behandlung durch die bürgerliche Justiz bekannt geworden war, kam es bereits in der Nacht von Samstag auf Sonntag und am Sonntag zu verschiedenen Protestaktionen. Unter der Losung "Der Hungerstreik der Häftlinge ist gerecht! Die Isolations- und Vernichtungshaft muß weg!" hatte der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) für Montag in verschiedenen Städten zu Demonstrationen und Kundgebungen aufgerufen, teilweise durch gemeinsame Flugblätter mit anderen Organisationen. In zahlreichen Städten haben Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland Informationsstände aufgebaut, um die sich große Menschenansammlungen bildeten und wo es zu heftigen Meinungskämpfen kam und langen Debatten.

In Bielefeld (150 Teilnehmer), Mainz (90 Teilnehmer), Darmstadt (180 Teilnehmer), Bremen (500 Teilnehmer), Hamburg (900 Teilnehmer), Freiburg (600 Teilnehmer), Heidelberg (600 Teilnehmer) und Berlin (4 000 bis 6 000 Teilnehmer) wurden Demonstrationen durchgeführt. In Berlin kam es dabei zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die Demonstration verboten hatte.

In Hildesheim (150 Teilnehmer), Mannheim (200 Teilnehmer), Braunschweig (100 bis 200 Teilnehmer), Bochum (100 Teilnehmer), Hannover (150 Teilnehmer), Kiel (150 Teilnehmer), München (300 Teilnehmer) und Stuttgart (150 Teilnehmer) wurden Kundgebungen durchgeführt. In Frankfurt fand eine Universitätsversammlung statt; gleichzeitig führte die Ortsgruppe des KBW in der Stadt eine Kundgebung durch (150 Teilnehmer). Am Mittwoch soll eine Demonstration stattfinden.

Bei diesen Demonstrationen, Kundgebungen und Debatten an den Informations-Ständen hat sich gezeigt, daß es unbedingt notwendig und richtig gewesen ist, öffentlich hervorzutreten, den Hungerstreik gegen die Isolationshaft öffentlich zu rechtfertigen, die Isolations- und Vernichtungsmaßnahmen des bürgerlichen Staats- und Justizapparats anzuprangern und die Auseinandersetzung um gerecht und ungerecht, richtig und falsch unter den Massen zu führen. Dies war um so nötiger, als durch die Erschießung des Richters von Drenkmann in Berlin die Bourgeoisie ihre Hetze erneut voll entfalten konnte, um die RAF-Häftlinge weiter unter den Massen zu isolieren und das Ziel ihres Hungerstreiks in Mißkredit zu bringen: das Ziel, die Isolationshaft zu beseitigen und keiner Sonderbehandlung im Gefängnis unterzogen zu werden.

In den heftigen Debatten auf den öffentlichen Plätzen hat sich gezeigt, daß die RAF unter den Massen völlig isoliert ist. In den Debatten trafen die fortschrittlichen und revolutionären Auffassungen und reaktionäre und falsche Auffassungen äußerst heftig aufeinander, und es war nicht leicht, die Überzeugung zu verbreiten, daß der Hungerstreik der Häftlinge gerecht ist und daß man für die Ziele dieses Hungerstreiks unbedingt eintreten muß. Woran liegt das? Das liegt daran, daß die RAF einen Privatkrieg gegen den bürgerlichen Staat geführt hat und sich in ihren entsprechenden Aktionen vollständig von der Arbeiterklasse und den Massen gelöst hat, und daß die Massen keinen Zusammenhang zwischen ihren Interessen und Kämpfen und den Aktionen der RAF erkennen können. Die falsche Strategie und Taktik der RAF haben im Bewußtsein der Massen den Zweck und Inhalt der Aktionen der RAF völlig verdunkelt. Das liegt nicht am Bewußtsein der Massen, sondern an der falschen Strategie und Taktik der RAF. Die RAF – das verbindet sich in den Massen mit keinem Inhalt, sondern mit irgendwelchen Aktionen, mit denen die Massen nichts zu tun haben und die sie ablehnen.

Auf was kommt es deshalb an? Es kommt vor allem darauf an, den gegenwärtigen Kampf der Häftlinge gegen ihre Haftbedingungen in den Mittelpunkt zu stellen und zunächst zu zeigen, daß dieser Kampf unbedingt die Unterstützung der Arbeiterklasse und der Volksmassen verdient. Tut man das nicht, dann hat man schnell eine Auseinandersetzung über Mord und Totschlag, in der jeder Klassengesichtspunkt untergeht und jeder Inhalt. Die Auseinandersetzung und der Kampf gegen die heimtückischen Haftbedingungen und die Isolierhaft lösen sich dann von den Massen genauso wie der Kampf der RAF von vornherein von den Massen losgelöst gewesen ist.

Genau dahin will die Bourgeoisie die ganze Sache bringen, und entsprechend treten ihre aktiven und lautstarken Vertreter in den Debatten auf: Sie brüllen irgendetwas von Mord und Verbrechen, von Bomben und Terror der RAF. Brüllt man jetzt einfach dagegen und schreit ebenfalls von Mord und Verbrechen, von Maschinengewehren und Terror des bürgerlichen Staatsapparates, dann hat man sofort eine Debatte, in der die Gesichtspunkte: gerecht und ungerecht, richtig und falsch vollständig untergehen und nur noch von Mord und Totschlag die Rede ist. Gehen wir dagegen aus von dem konkreten **Kampf**, den die Häftlinge gegenwärtig führen und wenden uns an die Massen, indem wir erklären, worum dieser Kampf geht, warum er gerecht ist und warum der Hungerstreik für die Häftlinge auch das richtige, weil einzige Kampfmittel ist, dann können wir die Massen für diesen Kampf gewinnen, und damit hat die Bourgeoisie ein gut Stück Einfluß auf die Massen verloren. Darauf aber kommt es an, wenn wir die Massen gewinnen wollen für weitergehende Einsichten und Forderungen.

Völlig abzulehnen sind deshalb die Parolen wie "Rache für den Mord an Holger Meins!" oder "Bestrafung der Mörder". Wer den Tod von Holger Meins gefühlig als Mord bezeichnet, dem sagen die Massen zu Recht: Wieso, der ist doch selber schuld, warum hat er nichts gegessen? Wer dagegen erklärt, daß der Hungerstreik der Häftlinge gegen die Isolationshaft gerecht ist und daß die Häftlinge diesen Hungerstreik bewußt unter Einsatz ihres Lebens führen, um die Isolationshaft zu beseitigen, wird die Achtung der Massen und ihre Unterstützung für diesen Kampf gewinnen können. Warum? Weil dies den Tatsachen entspricht: Holger Meins ist nicht ermordet worden, sondern hat in einem Kampf auf Leben und Tod sein Leben verloren. Er ist nicht das Opfer von Mördern, sondern er ist gefallen in einem Kampf gegen einen brutalen Feind, die Bourgeoisie.

Was soll das Rachegeschrei? Führt die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Bourgeoisie, um sich zu rächen? Führen die Volksmassen den Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat, um sich für diese Unterdrückung zu rächen? Nein, dieser Kampf wird geführt, um die Herrschaft der Bourgeoisie abzuschaffen, nicht aus Rache, sondern weil der Sozialismus eine höhere Gesellschaftsform ist als der Kapitalismus. Leute wie die Mitglieder der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML), die in Worten als "Rächer" auftreten, sind kleinbürgerliche Händler, die "Gleiches mit Gleichem" vergelten wollen und nur nicht dazu kommen. Indem sie herumschreien "Rache für den Mord an Holger Meins", kommen sie nur den falschen Auffassungen entgegen, die den Tod von Holger Meins und die Erschießung des Richters von Drenkmann gegeneinander aufrechnen und sagen: Um Holger Meins ist es nicht schade, der und seine Leute sind doch Mörder.

Wir dagegen sagen: Holger Meins ist in einem gerechten Kampf gefallen, der Richter Drenkmann ist in einem ungerechten Kampf gefallen. Der Tod von Holger Meins hat Gewicht, weil er in einem gerechten Kampf gefallen ist für gerechte Ziele. Der Tod des Richters von Drenkmann hat nicht viel Gewicht, weil er in einem ungerechten Kampf erschossen worden ist. Deshalb kann man auch sicher sein, daß die Erinnerung an Holger Meins länger leben wird als die an den Richter von Drenkmann. Gleichzeitig ist die Erschießung von Richter von Drenkmann, falls sie die "Rache" für Holger Meins sein sollte, vollkommen sinnlos: Die Arbeiterklasse und die Volksmassen kämpfen nicht gegen diese oder jene Figur des bürgerlichen Staatsapparats, und der Tod dieser oder jener Figur nützt auch höchstens der Bourgeoisie, die den Tod dieser Figur noch bis zum letzten ausschlachtet, wie sie die lebende Figur für ihre Zwecke eingesetzt hat.

Auch die Parole "Bestrafung der Mörder" ist völlständig falsch. Wer sind die Mörder? Während auf der Hamburger Demonstration die Gruppe Rote Fahne die "Bestrafung der Mörder" forderte, stellte die Gruppe Roter Morgen fest: "Schmidt und Genscher sind die Mörder". Man kann gewiß sagen, die Bourgeoisie ist an dem Tod von Holger Meins "schuld". Das ist richtig. Worin wird die "Strafe" der Bourgeoisie beruhen? In der Zerschlagung ihrer Herrschaft und in der Unterdrückung der Kapitalistenklasse, bis ihre Ausbeuterordnung endgültig beseitigt ist. Dabei kommt es der Arbeiterklasse nicht auf die Bestrafung an, sondern auf ihren eigenen Zweck, die Befreiung der Arbeiterklasse. An die proletarische Revolution denkt die Gruppe Rote Fahne jedoch offensichtlich nicht, wenn sie die "Bestrafung der Mörder" fordert, sondern sie denkt an die "Bestrafung der Mörder" durch die bürgerliche Justiz. Wer sind aber die Mörder, und wer soll sie bestrafen? Sind die Mörder die Gefängnisärzte, oder ist der Mörder der schwäbische Richter Prinzing, sind es die Bundesanwälte, oder sitzen sie noch weiter oben und heißen sie, wie der Rote Morgen sagt, Schmidt und Genscher? Und wer soll sie, bitte schön, "bestrafen"? Soll Bundesanwalt Buback ein Strafverfahren gegen sich selber einleiten? Oder gegen Genscher, oder was meint die Gruppe Rote Fahne? Sie meint gar nichts bestimmtes, sondern verwandelt sinnloses Zeug in Sprechchöre.

Dieses sinnlose Zeug ist völlig ungeeignet, in den Massen Klarheit darüber zu schaffen, was eigentlich vorgeht: Die Rote Armee Fraktion hat einen von den Massen losgelösten Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat aufgenommen. In diesem Kampf sind einige ihrer Mitglieder erschossen worden. Führende Mitglieder sind festgenommen worden und werden seit Jahren in Untersuchungshaft gehalten unter Bedingungen, die sie psychisch zugrunderichten sollen. Gegen diese Absicht des bürgerlichen Staatsapparates haben sie den Kampf aufgenommen und setzen dabei ihr Leben ein. Der Kampf der RAF, bevor sie zerschlagen wurde, hat sicherlich gerechten Zielen gegolten. Er war aber falsch, denn er wurde losgelöst von den Massen geführt, losgelöst von der Arbeiterklasse, die allein in der Lage ist, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Weil die Ziele dieses Kampfes verblasen waren und die Methoden dieses Kampfes falsch, hat er keine Unterstützung gefunden. Deshalb dachte der Staatsapparat, er könnte mit den RAF-Häftlingen so richtig abrechnen, die Häftlinge brechen und gleichzeitig besondere Behandlungsmethoden für politische Gefangene einführen. Dagegen wehren sich die RAF-Häftlinge mit ihrem Hungerstreik. Dieser Hungerstreik ist nicht nur gerecht, sondern angesichts der Lage, in der sich die Häftlinge befinden, auch richtig. Deshalb kann er eine große Unterstützung bei den Massen finden. Wenn man aber von den Massen verlangt, sie sollten auch noch allen möglichen Unsinn dazu unterstützen, dann wird auch diese begrenzte Unterstützung niemals gewonnen werden können und auch der mögliche Teilerfolg, die Aufhebung der Isolationshaft, nicht errungen werden können.

– J.S. –

Fortsetzung von S. 1

Kohlepfennig...

in den Kraftwerken. Die finanziellen Kosten sollen allerdings vom Stromverbraucher getragen werden. Damit will die Bundesregierung nun die Subventionen an die Kohle-Kapitalisten direkt von den Verbrauchern zahlen lassen.

Dieses Gesetz soll dazu dienen, der Ruhrkohle AG eine gewisse Mindestverkaufsmenge zu garantieren und so die Arbeitsplätze im Bergbau zu sichern. Dies ist aber eine sehr, sehr große und plumpe Lüge, die die Ruhrkohle AG in der letzten Woche selber widerlegt hat. "Um den Mehrbedarf an Kohle zu decken, hat die Ruhrkohle AG in der vorletzten Woche in den USA im Staat Virginia mehrere Zechen eingekauft. Auf diesen Schachtanlagen ist die Förderung um ein Viertel billiger; die Mann/Schicht-Leistung beträgt dort 16 Tonnen, hier nur 4 Tonnen."

Dafür also, daß die Ruhrkohle AG in den USA Zechen einkauft, sollen höhere Strompreise gezahlt werden, die die Werktätigen zahlen. Die großen Firmen sind hiervon nicht betroffen, da sie eigene Kraftwerke haben.

Durch die Erhöhung der Strompreise wird auch kein Arbeitsplatz sicherer.

T.K., Zelle Minister Stein, Dortmund

Erklärung von 40 Professoren gegen Isolationshaft und Sonderbehandlung

Diese Erklärung von 40 Professoren für die Aufhebung der Isolationshaft und der Sonderbehandlung wurde von den bürgerlichen Zeitungen nur als bezahlte Anzeige im Anzeigenteil gedruckt. Sie ist vor dem Tod von Holger Meins verfaßt und zeigt auf, was Isolationshaft ist, und daß – unabhängig davon, wie man zur RAF steht – die Forderung der politischen Gefangenen unterstützt werden muß.

Die unterzeichneten Hochschullehrer der Bremischen Hochschulen sehen sich gezwungen, durch diese Zeitungsanzeige die Öffentlichkeit auf einen Sachverhalt hinzuweisen, über den die Presseorgane in der BRD bislang so gut wie gar nicht berichtet haben.

Seit über einem Monat befinden sich 39 politische Gefangene in Gefängnissen der BRD und Westberlins im Hungerstreik. Der Hungerstreik ist für die Gefangenen die einzige Möglichkeit, sich gegen die in abgestufter Intensität an ihnen vollzogene Isolationshaft zu wehren.

In der extremen Form, die z.B. an dem holländischen Staatsangehörigen R. Augustin vollzogen wird, besteht Isolationshaft in

- monatelanger Abschirmung von jeglichen akustischen Reizen in sogenannten "stillen Abteilungen"
- Ausschluß jeglicher Möglichkeit sozialer Kontakte in Freistunden
- Ausschluß von jeglichen Veranstaltungen in den Anstalten
- Reduzierung der Besuchsberechtigung auf nächste Verwandte, die zum Teil gar keine Beziehung mehr zu den Inhaftierten haben und darum davon keinen Gebrauch machen; Überwachung der äußerst selten stattfindenden Verwandtenbesuche durch Ermittlungsbeamte.

Experimente im Rahmen der sogenannten Deprivationsforschung haben erwiesen, daß der Mensch ohne ein Minimum an sinnlichem und sozialem Austausch mit seiner Umwelt Gleichgewichts-, Kreislauf- und Hirndurchblutungsstörungen erleidet und allmählich seine physische, moralische und intellektuelle Orientierung verliert. Es findet unter Bedingungen vor allem der akustischen Isolation ein langsamer Prozeß der Zerstörung der Persönlichkeit statt. In Forschungen für die amerikanische und die kanadische Armee, die auch in der BRD veröffentlicht worden sind, ist die sensorische und soziale Deprivation als ein Mittel zur Gehirnwäsche anerkannt worden.

Auf längere Sicht kann die Isolation lebensbedrohenden Charakter annehmen. In einem Fall sah sich bereits ein Frankfurter Gericht gezwungen, die Haftentlassung anzuordnen, weil ein von ihm bestellter medizinischer Gutachter lebensbedrohende Kreislaufregulationsschwäche festgestellt hatte.

Die Verteidiger der politischen Gefangenen haben zum Teil jahrelang auf diese Folgen der Isolationshaft ihrer Mandanten hingewiesen. Sie haben für sie keinen Sonderstatus verlangt, sondern lediglich eine Gleichbehandlung mit den übrigen Gefangenen in den Anstalten. Eine generelle Aufhebung der Isolationshaft haben sie damit nicht erreicht. Die zur Rechtfertigung der Isolation immer wieder angegebenen Sicherheitserfordernisse sind nicht überzeugend, da in einigen Fällen nach den Protesten der Anwälte und von Ärzten die Isolation aufgehoben wurde, ohne daß sich auch aus der Sicht der Vollzugsorgane die Sicherheitslage geändert hätte. Zum anderen verbietet es jede politische Kultur, daß – ganz gleich, was einem Gefangenen vorgeworfen wird – seine Haft unter für ihn lebensbedrohenden Umständen vollzogen wird.

Unter diesen Umständen haben die politischen Gefangenen nur die Alternative, entweder den Prozeß der Zerstörung ihrer Persönlichkeit in der Stille hinter den Gefängnismauern weiter an sich vollstrecken zu lassen, oder mit dem Rest ihrer Kräfte eine Änderung ihrer Haftbedingungen herbeizuführen.

Der Hungerstreik ist daher auch unbefristet; er endet entweder mit dem Tod einiger Gefangener oder mit der Aufhebung der Isolationshaft. Die Tatsache, daß die Gefangenen mit dem Hungerstreik ihr Leben auf das Spiel setzen, zeigt den tödlichen Ernst ihrer Situation: Sie erfahren an sich selbst, daß die Fortdauer der Isolation nur eine langsamere Form ihrer Vernichtung ist.

Der Öffentlichkeit können Verhältnisse nicht gleichgültig sein, die dazu führen, daß Gefangene ihr Leben einsetzen, um mit anderen Gefangenen gleichgestellt zu werden. Dies ist eine Frage nach den öffentlichen Zuständen in unserem Lande, die unabhängig davon zu stellen ist, daß man die Handlungen, die den politischen Gefangenen vorgeworfen werden und die wir zum Teil gar nicht kennen, nicht billigen könnte.

Zur Zeit (Stand: 13.10.1974) werden mit Ausnahme der politischen Gefangenen in Westberlin alle am Hungerstreik Beteiligten künstlich ernährt: teils durch Infusion, teils mit Schläuchen durch die Nase, teils mit Schläuchen durch den Mund, die durch die Speiseröhre in den Magen geführt werden. Diese letztere Art der künstlichen Ernährung ist besonders schmerzhaft und birgt auch die Gefahr innerer Verletzungen. In Westberlin wollen die Justizbehörden dem Vernehmen nach warten, bis durch den Hungerstreik bei den einzelnen Gefangenen akute Lebensgefahr eintritt, so daß die vor Hunger geschwächten sich gegen die künstliche Ernährung nicht wehren können. In einem Fall hatte das Hungern nach der Diagnose des behandelnden Arztes auf Grund einer Nierenbeckenentzündung zur akuten Lebensgefahr durch Vergiftung geführt, die durch Notmaßnahmen abgewendet werden konnte; es ist nicht abzusehen, ob dieser Zustand nicht wieder akut werden kann. Die Vollzugsorgane haben in diesem Falle die Überführung der Gefangenen in ein Krankenhaus außerhalb der Haftanstalt, in dem allein eine sachgemäße ärztliche Versorgung möglich ist, abgelehnt.

Das Beispiel Katharina Hammerschmidt, bei der auf Grund unzureichender Behandlung der Anstaltsärzte ein bösartiger Tumor nicht rechtzeitig erkannt wurde, gibt Anlaß zu der Forderung, daß die Gefangenen von Ärzten ihres Vertrauens und ihrer Wahl behandelt werden. Auch hierbei handelt es sich nicht um ein Privileg, sondern um ein ihnen zustehendes Recht, das nur in wenigen Fällen auch praktisch gewährleistet ist.

Wir sehen in der Behandlung der politischen Gefangenen ein Beispiel dafür, daß nicht davor zurückgeschreckt wird, politische Gegner bis zur physischen Vernichtung zu verfolgen. Wir unterstützen die Forderung der politischen Gefangenen nach sofortiger Aufhebung ihrer lebensvernichtenden Sonderbehandlung. Angesichts ihres fortschreitenden physischen Verfalls appellieren wir an alle, sich dieser Forderung anzuschließen.

Ludwig Arnold, Hans-Dieter Bahr, Klaus Bätjer, Rudolph Bauer, Adelheid Biesecker, Jörn Bleck, Guido Boulboulle, Dorothea Brockmann, Inge Buck, Heiko Dahle, Robert Dickler, Heinz Dombrowski, Hans Drake, Wolfgang Eichwede, Günter Fieblinger, Ulrich Graf, Klaus Grenzdörffer, Helga Grubitzsch, Holger Heide, Gerd Hellerich, Rudolf Hickel, Diederich Hinrichsen, Walter Jaisli, Kurt Kappes, Gerhard Leithäuser, Christian Marzahn, Ronald Mönch, Frieder Nake, Ulrich K. Preuß, Wolfgang Reichel, Helmut Reichelt, Otto Roloff, Peter Schafmeister, Jens Scheer, Günter Schmieg, Inge Schmitz-Feuerhake, Alfred Sohn-Rethel, Sibylle Tönnies, Manfred Wambach, Volker Wihstutz.

Siemens: 10% mehr Akkord

Im Bremer-Siemens Werk sollen die Vorgabezeiten um 10 % gekürzt werden. Eingeleitet wurde dieser Plan der Kapitalisten durch neues Zeitnehmen in der Halle 4. In der nächsten Zeit ist damit zu rechnen, daß die neuen Zeiten in Halle 4 runtergegeben werden. Nachdem in Halle 4 das Stoppen abgeschlossen ist, kommt die Schweißerei, die Montage, die Dreherei und der Lüfterbau dran.

Bisher waren die Zeiten schon sehr knapp bemessen. Jetzt werden die Toilettenpausen wohl ganz wegfallen und mal schnell eine Tasse Kaffee trinken liegt überhaupt nicht mehr drin. Noch mehr Kolleginnen, die bei Siemens meistens im Einzelakkord arbeiten, werden gezwungen sein, auch in den Pausen Vorbereitungsarbeiten wie z. B. Schläuche schneiden etc. zu erledigen. Durch die Verkürzung der Vorgabezeiten wird die Arbeit noch stumpfsinniger und gehetzter werden. Die Kollegen der Siemens-Zelle schreiben:

Wir sollen uns völlig den Maschinen angleichen, morgens einschalten, den ganzen Tag nichts denken, nichts empfinden, in einem Durcharbeiten und abends wieder abschalten. Wir sind aber keine Maschinen und können weitere Kürzungen der Zeiten nicht ertragen. Deshalb kann das nicht so weitergehen. Einerseits Kürzungen der Vorgabezeiten, andererseits werden nach dem Urlaub in einigen Bereichen Überstunden gemacht, auch Sonnabends wird gearbeitet. Neben der Arbeitshetze wird damit der Arbeitstag verlängert, das ist eine zusätzliche Qual. Für uns springt kaum etwas heraus. Sehr wohl aber für die Kapitalisten, die uns für die 10 % mehr Arbeit, die wir in einer Stunde leisten, keinen Pfennig mehr Lohn zahlen und daher entsprechend mehr ihre Profite steigern. Drücken der Kosten, um so die Profite zu erhöhen, das ist der Weg, den die Kapitalisten in der Krise beschreiten wollen. Das können wir aber nicht hinnehmen.

Die KBW-Zelle bei Siemens hat deshalb in ihrer Betriebszeitung, dem "Kern", folgenden Vorschlag gemacht:

In den Abteilungen, wo bis jetzt noch nicht gestoppt wurde, können sich die Kollegen die Erfahrungen von Halle 1 zu eigen machen. Dort sollte vor einigen Jahren massiv gestoppt werden, zu dem Zweck, generell die Zeiten zu kürzen. Die Kollegen taten folgendes: Sobald der REFA-Stopper erschien, hat keiner mehr gearbeitet, er konnte nirgends stoppen, so daß ihm nichts anderes übrig blieb, als unverrichteter Dinge wieder abzuziehen. Die gegenwärtigen Pläne der Geschäftsleitung beweisen einmal mehr, daß das Akkordsystem alles andere ist als eine Möglichkeit, höhere Löhne zu bekommen. Es bedeutet für uns vielmehr, daß die Arbeitshetze ins Maßlose gesteigert werden kann. Die Vorgabezeiten werden an der Höchstleistung bemessen, so daß wir unsere Arbeitskraft äußerst anstrengen müssen, um die Zeiten zu schaffen. Damit wird der Lohn gedrückt und uns wird klar, daß nicht unsere Leistung bezahlt wird, wie es im ersten Moment erscheint. Denn immer wieder wenn wir die vorgegebenen Zeiten einigermaßen schaffen können, wird in Abständen wieder neu gestoppt. Wenn eine neue Höchstleistung bei einer Kollegin errechnet wird, werden die Zeiten für alle gekürzt. So ist das Akkordsystem gegen uns gerichtet und wir müssen dafür eintreten, daß es ganz abgeschafft wird, wobei die Stundenlöhne angehoben werden.

Deshalb fordert der KBW in seinem Programm:

VERBOT DER AKKORDARBEIT UND ALLER AKKORDÄHNLICHER LOHNSYSTEME!

Betriebszelle Siemens



Dies ist ein Siemens-Pressefoto. Mit schönen Sprüchen soll die Arbeit bei Siemens schmackhaft gemacht werden: "Mensch und Maschine – eine Partnerschaft" "Wer Interesse hat, ... am technischen Fortschritt mitzuwirken", kann bei Siemens anfangen – sagen die Siemens-Kapitalisten. Die Wirklichkeit bei Siemens: Akkordverkürzung und hohe Dividenden auf den Knochen der Kollegen. Siehe Artikel links.

Auflösungsverträge bei VW
Auflösungsverträge sind Massenentlassungen
Wolfsburg. Obwohl verschiedene Betriebsräte und die SPD Gewerkschaftsführer die Auflösungsverträge bei VW bejubeln als einen sozialen Akt in einer schweren Zeit, für den
konnte. Der monatliche Lohn hinkte hinter den Schulden beim Lebensmittelhändler hinterher. Als der Kollege in der Lohnbuchhaltung dieses "sozialen Betriebes" wegen eines Vorschusses nachfragte, wurde ihm dieser verweigert mit dem Argument: "Ma-

Arbeitsgerichtsprozesse

Gericht erklärt Kündigung für ungültig

Heidelberg. Am 31.10. wurde vom Arbeitsgericht die fristlose Kündigung eines Kollegen durch die Leitung der Orthopädischen Klinik für ungültig erklärt.

Die Begründung für die Kündigung im April war, daß der Kollege, Sozialarbeiter und Vertrauensmann, den Klinikdirektor Cotta auf einer Betriebsversammlung "grob beleidigt" habe. Auf der Betriebsversammlung ging es um die Schließung des Wielandheimes, einer Heimschule für körperbehinderte Kinder an der Orthopädie. Ein großer Teil der Kollegen hatte sich entschlossen gegen die Schließung eingesetzt. Cotta erklärte dem Wielandpersonal erst, die Schließung sei beschlossene Sache. Dem gesamten Personal der Orthopädie erklärte er aber auf der Betriebsversammlung, daß noch nichts beschlossen sei. Damit sollte ein Beschluß der Personalversammlung in dieser Sache abgefangen werden. In dieser Situation sagte der Kollege: "Es ist eine Frechheit, wie Cotta hier lügt." Über einhundert Kollegen forderten in einer Unterschriftensammlung die Rücknahme der Kündigung, mit der Begründung, daß man das Recht haben müsse, auf einer Personalversammlung seine Meinung zu sagen.

Jugendvertreter bekam Recht

Am 24.10. entschied das Hamburger Arbeitsgericht:

Die Norddeutsche Affinerie (300 Mann Betrieb) muß den Vorsitzenden der Jugendvertretung, Peter Thomson (Schlosser-Lehrling), weiter ausbilden.

Seit beinah einem halben Jahr hatte die Firmenleitung mit 2 fristlosen Kündigungen, einer Strafanzeige und dem Verbot, den Betrieb zu betreten, versucht, einen Jugendvertreter, der entschieden Rückhalt bei den Kollegen hatte, zu feuern.

ist eine zusätzliche Qual. Für uns springt kaum etwas heraus. Sehr wohl aber für die Kapitalisten, die uns für die 10 % mehr Arbeit, die wir in einer Stunde leisten, keinen Pfennig mehr Lohn zahlen und daher entsprechend mehr ihre Profite steigern. Drücken der Kosten, um so die Profite zu erhöhen, das ist der Weg, den die Kapi-
wird, wobei die Stundenlöhne angehoben werden.
Deshalb fordert der KBW in seinem Programm:
VERBOT DER AKKORDARBEIT UND ALLER AKKORDÄHNLICHER LOHNSYSTEME!
Betriebszelle Siemens

Kurzarbeit - Wieder 16 Prozent Dividende

Siemens/Bremen. Letzte Woche Freitag ist am Schwarzen Brett Kurzarbeit angekündigt worden vom 28. November an bis auf weiteres für Donnerstag und Freitag. Zuerst für Halle 4, weitere sollen folgen. Die KBW-Betriebszeitung "Der Kern" hatte die Information schon vorher gegeben und die Forderung einer außerordentlichen Betriebsversammlung erhoben, wofür jetzt Unterschriften gesammelt werden. Noch vor wenigen Wochen hatte die Betriebsleitung auf der Betriebsversammlung von einer ausgesprochen guten Auftragslage gesprochen.

Gleichzeitig sind sechs Ausgelernte nicht übernommen worden und eine Reihe von Arbeitern nach Westberlin versetzt worden. Der Betriebsrat hat zugestimmt. Im Weserkurier war ein Bericht über die Dividendenausschüttung: Danach ist für 1973/74 erneut eine 16 % Dividende vorgesehen, was 226 Millionen DM bedeutet. Außerdem war von einem Auftragsrekord von 20,3 Milliarden die Rede.

All das sichtlich auf den Knochen der Kollegen.

DGB-Führung mit der Polizei gegen Diskussion

Der Göttinger DGB-Vorsitzende Siegfried Krüger (SPD) und sein Stellvertreter Albert Fiege (SPD-Landtagsabgeordneter), beide Vorsitzende von 'Arbeit und Leben' (einer Bildungseinrichtung der Gewerkschaften), holten die Polizei, um eine Diskussion über die Bildungsarbeit von 'Arbeit und Leben' zu verhindern.

Zu einer Referententagung hatte der Vorstand einige als fortschrittlich bekannte Kollegen und Kommunisten nicht eingeladen. Einige von ihnen bekamen aber von ihrer Vertrauenskörperleitung (Firma Zeiss) den Auftrag, dort hinzugehen und teilzunehmen. Drei weitere Referenten kamen ebenfalls ohne Einladung, unter ihnen der Kollege Dieter Kars, pädagogischer Mitarbeiter bei 'Arbeit und Leben', zur Zeit beurlaubt, unter anderem, weil er der Meinung ist, daß auch Kommunisten Referenten sein dürfen.

Obwohl die Mehrheit der eingeladenen Referenten der Meinung war, daß die nicht eingeladenen Kollegen an der Diskussion teilnehmen sollten, holten Krüger und Fiege die Polizei. Während draußen die Personalien der nicht eingeladenen Kollegen aufgenommen und der politischen Polizei übergeben wurden, die Fiege ebenfalls herbeigeholt hatte, gingen drinnen die Diskussionen weiter. Die Referenten protestierten gegen die Polizei-Methoden und 26 Referenten verließen den Saal. Zurück blieben drei oder vier linientreue SPD-Mitglieder und der Vorstand.

Durch das Vorgehen des 'Arbeit und Leben' Vorstandes ist die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Göttingen ruiniert. Eher läßt er die gewerkschaftliche Bildungsarbeit auf den Hund kommen, als daß er sich auf einer offenen Diskussion mit fortschrittlichen und kommunistischen Anschauungen auseinandersetzt. Wo sie keine Mehrheit für ihre gewerkschaftsschädigenden Auffassungen finden – wie in diesem Fall – , greifen die SPD-Gewerkschaftsführer zur Gewalt und lassen ihre demokratische Maske fallen. Auf die Aufforderung, ein Meinungsbild unter den Referenten zu erstellen, antwortete Krüger: Das gibt es hier nicht, auf solche demokratischen Tricks falle ich nicht herein.

Die Tatsache, daß Krüger und Fiege die Polizei holen mußten, um sich durchzusetzen, zeigt ihre Schwäche. Es zeigt, wie sehr sie schon isoliert sind und Angst vor der Verbreitung richtiger Anschauungen haben. Deshalb fordern auch wir eine öffentliche Veranstaltung im Gewerkschaftshaus, wo jeder Kollege hinkommen kann. Dort müssen Krüger und Fiege Rechenschaft über ihre Politik ablegen.

Albert Gschlössl
Peter Hucke
Diethard Kars
Helmut Mesecke

(Die Zuschrift der Kollegen wurde von der Redaktion aus Platzgründen gekürzt)

Auflösungsverträge bei VW

Auflösungsverträge sind Massenentlassungen

Wolfsburg. Obwohl verschiedene Betriebsräte und die SPD Gewerkschaftsführer die Auflösungsverträge bei VW bejubeln als einen sozialen Akt in einer schweren Zeit, für den man bis zuletzt gekämpft hat, bleiben sie was sie wirklich sind: Massenentlassungen!

In einem Interview hat man den Leiding mal gefragt, warum er denn diese finanziell doch sehr fragwürdigen Auflösungsverträge durchführen würde. Leiding sagte trocken, daß man bei Massenentlassungen ja Sozialpläne durchführen müsse und das wäre finanziell das gleiche. In dieser Form eben unauffälliger.

Zur Zeit sind gerade wieder massenweise Auflösungsverträge aufgestellt worden. In den bürgerlichen Zeitungen werden diese Verträge als glücklicher Umstand für die VW-Arbeiter hingestellt, die sich freuen können, heutzutage noch ein paar Tausender geschenkt zu bekommen.

Daß einem hier nichts geschenkt wird, machte ein Wortbeitrag auf der letzten Betriebsversammlung in Wolfsburg deutlich. Mit zitternder Stimme und völlig aufgelöst stellte sich ein Kollege vors Mikrophon und schilderte seine Situation in die er geraten war.

Der Kollege erzählte, daß er eine große Summe Schulden hat, die er von seinem Lohn nicht begleichen konnte. Der monatliche Lohn hinkte hinter den Schulden beim Lebensmittelhändler hinterher. Als der Kollege in der Lohnbuchhaltung dieses "sozialen Betriebes" wegen eines Vorschusses nachfragte, wurde ihm dieser verweigert mit dem Argument: "Machen Sie doch einen Auflösungsvertrag, dann sind Sie ihre Schulden los."

Da der Kollege kein Geld beschaffen konnte, blieb ihm nichts anderes übrig, als auf solch einen Auflösungsvertrag einzugehen, um einige Tausender auf die Hand zu bekommen. Glücklich, wie es so oft angepriesen wird, war der Kollege bestimmt nicht über diesen Umstand, denn er hat praktisch seine Arbeitslosigkeit unterschrieben. Denn in der Umgebung von Wolfsburg Arbeit zu finden, ist ähnlich gelagert wie eine Stecknadel in einem Heuhaufen zu finden.

Schlecht gewirtschaftet hat der Kollege wohl kaum, wenn man mit einem Hungerlohn eine schwerkranke Frau zu pflegen hat, mit für seine Schwiegermutter zu sorgen und ein Haus zu unterhalten hat!

Ein Einzelfall? In den letzten Monaten nicht mehr, seit der Kapitalismus immer öfter sein wahres Gesicht enthüllt und die Menschen wie Vieh behandelt, welches zeitweise "kostengünstig" abgestoßen werden muß.

–W.K., VW Wolfsburg
Ortsgruppe Wolfsburg–

Ist das Ihr Streik?

Steinway–Geschäftsleitung schickt Briefe an die Streikenden

In der Hamburger Klavierfabrik Steinway wird seit über anderthalb Wochen für mehr Lohn gestreikt. Die Steinway-Kapitalisten hatten nur 70 Pfennig auf den Ecklohn geben wollen = 8,4 %. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff hatte 13 % Lohnforderung aufgestellt. Die Geschäftsleitung von Steinway schickte "an die streikenden Mitarbeiter" Briefe ins Haus. "Wofür streiken Sie? Ist das Ihr Streik? Wollen auch Sie diesen Streik wirklich?"

Sie fragen *Geht es aber bei diesem Streik nur um die Hamburger Industrie und um Steinway?*

Die Steinway-Kapitalisten wissen, wenn es ihnen gelingt, die Streikenden zum Streikabbruch zu bewegen, dann haben die Kapitalisten nicht nur bei Steinway gesiegt. Dann werden sie bei Steinway und in der gesamten Holzindustrie darangehen, verstärkt und ohne große Hindernisse die Löhne zu drücken.

Sie sagen: *Die Forderungen liegen außerhalb ökonomischer Vernunft*, und schreiben dann *Die Appelle selbst des Bundeskanzlers lassen da an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. ...*

Als Gewerkschaftler haben Sie – das darf man annehmen – diese Regierung gewollt und gewählt. Wenn die Regierung aber mahnt, die Realitäten zu erkennen und stabilitätskonform zu handeln, und Sie würden meinen, das ginge Sie auf einmal nichts an, dann wären Sie auf dem besten Wege, dazu beizutragen, daß diese Regierung scheitert. Frage also: Wollen auch Sie diesen Streik wirklich?

Die Kollegen von Steinway werden die Kapitalisten besiegen müssen, wenn sie ihre Interessen wahrnehmen wollen. Die Steinway-Kapitalisten haben recht. Die Bundesregierung steht wie jede Regierung auf der Seite der Kapitalisten.

Wenn die Sache der Arbeiter scheitern muß, damit die von ihnen gewählte Regierung nicht scheitert, dann steht diese Regierung klar auf der anderen Seite.

Die Norddeutsche Affinerie (300 Mann Betrieb) muß den Vorsitzenden der Jugendvertretung, Peter Thomson (Schlosser-Lehrling), weiter ausbilden.
Seit beinah einem halben Jahr hatte die Firmenleitung mit 2 fristlosen Kündigungen, einer Strafanzeige und dem Verbot, den Betrieb zu betreten, versucht, einen Jugendvertreter, der entschieden Rückhalt bei den Kollegen hatte, zu feuern.

Zum neunten Mal

Paderborn. Zum neunten Mal versuchten die Benteler-Kapitalisten den fortschrittlichen Betriebsrat Erich Jäger zu "feuern".

Am 6.11. war die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht. Seine Betriebsratsarbeit direkt anzugreifen, das wäre zu offensichtlich gewesen. Sie warfen ihm stattdessen vor, daß er eine höhere Stückzahl angegeben habe, als er tatsächlich verarbeitet habe. Der Schichtmeister, der heimlich nachgezählt hatte und der gegen Jäger auftrat, behauptete, jeder würde die Stückzahlen durch Zählen ermitteln. Was ein Unsinn, wenn man weiß, daß man sich acht Stunden abrackern muß, bei großer Hitze, Staub, Lärm, gefährlichen Kranladungen ständig über einem. Dann kann man nicht auch noch die ganze Zeit zählen.

Obwohl der Vertreter des Arbeitgeberverbandes noch nie am Band gestanden hat, meinte er dennoch, er wisse, wie das ist. Den Antrag der Verteidigung auf eine Ortsbesichtigung lehnte das Gericht nach eintägiger Beratung ab. Die Kündigung wurde als rechtskräftig anerkannt, obwohl der Betriebsrat hinter dem Kollegen steht. Die IG Metall, die den Kollegen vertritt, muß jetzt Schritte unternehmen, um Benteler zu zeigen, daß er nicht tun und lassen kann, was er will.

Zurücknahme der Kündigung gegen E.Jäger!

Nach Unfall gestorben

Hamburg. Der Kollege, der – wie in KVZ Nr.21 (16.10.74) gemeldet – am Griesenwerder Damm schwer verletzt wurde, nachdem er von einer Kranlast vom Kai geschleudert wurde, ist mittlerweile im Krankenhaus gestorben. Ein weiteres Opfer, das auf das Konto der Kapitalisten geht, die durch das niedrige Lohnniveau die Hafenarbeiter zu Doppelschichten zwingen, wenn diese eine Familie ernähren müssen.

–J–

Darmstadt. Bei Merck (Chemie) fordert die Belegschaft als Weihnachtsgeld 100 % vom Effektivlohn. Tariflich gesichert sind ab 1974 nur 100 % vom Tariflohn. Der Unterschied beträgt über 200 DM.

Metalltarifrunde:

In der IG Metall den Kampf um die richtige Forderung führen!

Die Vorbereitungen für die Tarifrunden in der metallverarbeitenden Industrie treten in ihr offizielles Stadium. Die Termine für die ersten Sitzungen der Großen Tarifkommissionen stehen bereits fest, so für Hessen am 21. November, für Niedersachsen am 13. November und für den Bezirk Unterweser am 25. November 1974.

Aus den Betrieben heraus sind erst wenige Forderungen aufgestellt. Lange Zeit hat die IG-Metall-Führung zu den anstehenden Verhandlungen überhaupt nichts gesagt. Sie hat das Feld der politischen Auseinandersetzung allein den Kapitalisten überlassen, die durch massive Propagandaarbeit versuchen, den Arbeitern einzutrichtern, daß jetzt "überhöhte" Lohnforderungen die Wirtschaft völlig ruinieren und dann die Arbeitslosigkeit noch mehr zunimmt, die Preise weiter steigen.

Jetzt ist die "Metall" Nr. 23 rausgekommen mit der Balkenüberschrift: "Wir sollen verzichten". Loderer versucht in dieser Nummer die Auseinandersetzung mit der Ideologie der Kapitalisten aufzunehmen: *"Entscheidend für die Investitionen (der Unternehmer) sind aber die Absatzerwartungen. Und es ist unbestrittene Tatsache, daß die Zeichen für einen steigenden Absatz in 1975 durch die Konjunkturpolitik bereits gesetzt sind: Die Tarifpolitik ihrerseits kann die Massenkaufkraft stützen. Solche realistischen Überlegungen passen den Arbeitgebern aber einfach nicht in den Kram."*

Diese realistischen Überlegungen des Kollegen Loderer will niemand so richtig aufgreifen. Weder die Unternehmer, die nicht ganz einsehen wollen, daß Lohnerhöhungen ja eigentlich ihnen nützlich sein sollen, noch die Arbeiter, die mit einem solchen Gedankengestrüpp nichts anfangen können und natürlich auch nicht verstehen können, wie Lohnerhöhungen den Kapitalisten nützen können, wo die doch um jeden Pfennig mehr pro Stunde lauthals anfangen zu schreien, von wegen Untergang der Wirtschaft usw.

Kollege Loderer sollte sich lieber Gedanken machen darüber, welche Forderung die Kollegen zusammenschließt und wie hoch sie sein muß, damit die Arbeiter der Profitsucht der Kapitalisten nicht gänzlich ausgeliefert sind. Doch stattdessen zerbricht er sich den Kopf der Kapitalisten und schaut, was für die Arbeiter dabei abfällt. Das sind für Loderer um die 9 %, auch wenn er das noch nicht offen gesagt hat. Andere Gedanken kann sich Loderer natürlich nicht machen, wenn er stets als erstes bemüht ist, Lohnerhöhungen und Profitsteigerungen unter einen Hut zu bringen. Damit muß man scheitern, und letztlich bleibt nichts anderes über als die Profiterhöhung. Dann muß er auch versuchen, einen Tarifabschluß als gegen die Kapitalisten erkämpft darzustellen, auch wenn diese den Tarifabschluß lauthals feiern, wie beim Abschluß der Stahlindustrie.

Jetzt stehen die ersten Sitzungen der Tarifkommissionen an, und aus den Betrieben liegt noch nichts vor.

Bei einem solchen Vorgehen der Gewerkschaftsführung bekommen viele Kollegen natürlich den Eindruck, als hätten sie auf die Aufstellung der Forderung und den Gang der Dinge in der Gewerkschaft sowieso keinen Einfluß, und beklagen die Inaktivität der gewerkschaftlichen Funktionäre im Betrieb. So auch der Kollege H. von Ford Köln (sieh nebenstehendes Interview).

Meine Erfahrung mit der Arbeit in den Gewerkschaften besteht darin, daß die Vertrauensleute oder die Kollegen in der Vertreterversammlung am besten als Funktionäre funktionieren, wenn man ihnen für die Versammlungen klare Aufträge mitgibt, was sie dort vertreten sollen und wofür sie sich einzusetzen haben, und vor allen Dingen, daß man sie nach den Sitzungen fragt, was da los war und was sie erreicht haben. Dann wird man sehr schnell feststellen, ob der Kollege, der zur Zeit Vertrauensmann ist, das zu Recht ist, oder ob es besser ein anderer Kollege macht.

Aber meistens ist es so, daß man den Kollegen Vertrauensleuten klipp und klar sagen muß, was sie zu tun und zu lassen haben. Wenn ein Vertrauensmann in die Sitzung geht und dort sagen kann: Meine Kollegen haben mich beauftragt, hier einen Antrag zur Tarifrunde einzubringen, der besagt, daß keiner bei der nächsten Lohnerhöhung unter 200 Mark nach Hause gehen darf – dann steht er schon sehr viel besser da, als wenn er den Antrag alleine stellen muß. Natürlich sind auch viele Vertrauensleute durch ihre längere Tätigkeit als Vertrauensmann lahm geworden und gehen zu den Sitzungen nur noch, weil sie dann nicht zu arbeiten brauchen, aber wenn man die nicht anspitzt, dann werden sie selbst auch nichts tun.

Gerade jetzt in der Vorbereitung der Tarifverhandlungen hängt viel davon ab, daß die Kollegen, die erkannt haben, wohin der Hase läuft, in ihren Abteilungen die Forderungen diskutieren und ihre Funktionäre mit klaren Beschlüssen und Aufträgen versorgen. Sowas spricht sich auch im Betrieb 'rum, und man kann erreichen, daß andere Abteilungen und Werkstätten ebenfalls solche Beschlüsse fassen. Diese Beschlüsse sind eben wenig wert, wenn nur die von diesen Beschlüssen wissen, die sie gefaßt haben; deshalb ist es besonders notwendig, daß man sie anderen Gremien oder Betrieben mitteilt. Man kann z.B. einen Aushang in der Nachbarabteilung machen oder den Beschluß des Vertrauensleutekörpers in einer Presseerklärung an die Zeitungen geben. Dann wissen viele Arbeiter von dem Beschluß, und dem Gegner gelingt es nicht mehr so leicht, den einen Betrieb gegen den anderen auszuspielen. Denn in keinem Betrieb sieht es sehr viel anders aus als in dem anderen, weder was den Lohn und die Arbeitsbedingungen betrifft, noch was die gewerkschaftliche Organisierung angeht.

Mit ihren Spaltungsversuchen werden die Kapitalisten so lange Erfolg haben, wie die Arbeiter keine Forderungen haben, hinter denen sie sich sammeln können, egal ob Maschinenarbeiter oder Facharbeiter, ob Junggeselle oder Familienvater. Solange viele Kollegen meinen, bei der Forderung kommt ja doch nichts Richtiges bei raus, schaut jeder, wie er selbst rumkommt, mit dem Ergebnis, daß dann alle insgesamt schlechter fahren. Wird aber in der Abteilung eine Forderung aufgestellt, von der alle Kollegen sagen, die bringt's, ist es auch viel einfacher, alle Kollegen dafür zu gewinnen, bestimmte Maßnahmen für ihre Durchsetzung zu ergreifen. Natürlich wird es fast immer einzelne Kollegen geben, die lieber mit dem Vorgesetzten ihren Kaffe trinken und z.B. Überstunden machen, wenn alle anderen die Überstunden verweigern. Aber gegen diese einzelnen wird man sich leicht durchsetzen können, denn es ist nicht leicht für einen Kollegen, von der ganzen Werkstatt verachtet zu werden, weil er einen Boykott bricht, und wenn das alles nichts nützt, wird man auch dafür sorgen, daß dieser "Kollege" wegkommt. Aber das wichtigste ist eben, daß eine Forderung da ist, die für jeden einsichtig ist und allen nützt und nicht nur einigen.

Dieter Bock

Interview mit Fordkollegen

Die Kollegen in der Autoindustrie werden derzeit in voller Schärfe von der Krise getroffen. Die Kapitalisten, ihre Presse und die SPD-Schmidt und Konsorten bemühen sich nach Kräften, den Kollegen immer wieder einzubläuen, jetzt stillzuhalten, den Gürtel enger zu schnallen usw. Einige Kollegen hören noch auf diese Sprüche, andere sind unsicher, woran sie überhaupt noch glauben sollen, wieder andere sehen jetzt "das Faß überlaufen". Sie meinen, jetzt müsse endlich aktiv gekämpft werden.

Auch bei Ford, wo seit Monaten Kurzarbeit, verschärfte Arbeitshetze, verstärkte Unterdrückung und Schikanen am Arbeitsplatz auf der Tagesordnung stehen, herrscht vor allem Unsicherheit und Angst. Diese Unsicherheit führt im Augenblick zu Passivität. Sie ist aber nicht stabil, sondern brüchig und kann schnell in Kampfbereitschaft umschlagen. Denn der Haß auf die Kapitalisten, die tiefe Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, wird jeden Tag größer.

Ausdruck dafür ist ein Interview, das wir mit der Familie eines Kollegen gemacht haben. Er arbeitet seit 9 Jahren bei Ford und ist jetzt im Getriebebau tätig. Von dem Geld, das er nach Hause bringt, muß er seine Frau und drei Kinder ernähren.

KVZ: Seit wann wird in deiner Abteilung Kurzarbeit gemacht?

H.: Ich mache jetzt seit April Kurzarbeit. Mal eine Woche, mal zwei Wochen im Monat. Es ist schwer, eine Familie damit zu ernähren. Und wenn man dann noch Schulden hat... Ich weiß noch nicht, wie's weitergehen soll. Der Ford hat Geld, aber der tut nichts.

KVZ: Wie lange geht diesmal die Kurzarbeit?

H.: Für uns geht's vom 4. bis zum 15. November. Und dann nochmal vom 8. Dezember bis zum 10. Januar 1975! Die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr kriegen wir vom Jahresurlaub abgezogen. Das fällt dann im Sommer weg.

KVZ: Wieviel Geld bringst du während der Kurzarbeit weniger nach Hause?

H.: Ich hab die genaue Abrechnung für diesmal noch nicht. Die kommt am 7. November. Aber ich schätze, der Verlust kommt auf über 100 DM in der Woche.

Die Frau des Kollegen schaltet sich ein:

Wir sind seit etlichen Jahren verheiratet. Außer einmal haben wir noch nie Urlaub gemacht. Wir hatten gerade so viel, um über die Runden zu kommen. Vor zwei Jahren wollten wir mal was für den Urlaub zurücklegen. Aber jetzt? Wo sollen wir noch was sparen? Ich hätte sonst so 100 DM zurückgelegt.

Bei der Kurzarbeit, da müssen wir verzichten, sogar auf's Bier. Die Lichtrechnung, die jetzt für 4 Monate kommt, kann ich nicht bezahlen. Ein Wunder, daß der Strom noch nicht abgestellt ist.

Die Kinder wollen essen. Am Sonntag gab es aufgewärmten Rotkohl und Kartoffeln. Sonst nichts. Es ist eine Schande, in diesen Zuständen zu leben.

KVZ: Sind bei euch in der letzten Zeit mal Überstunden gemacht worden?

H.: Ja, in der G-Halle (Getriebe) wird oft sogar samstags gearbeitet, im "Kupplungsdrucklager" zum Beispiel Und in meiner Abteilung – wir sind etwa 50 Mann – arbeiten auch einige ganz durch. Die haben keine Kurzarbeit, die dürfen immer weiterarbeiten. Weil sie gut radfahren können. Das sind meist Junggesellen. Familienväter mit drei oder vier Kindern, die müssen zu Hause bleiben. Ich werde einfach an die Wand geschoben. Aber radfahren und arschkriechen wie die, das tu' ich nicht.

KVZ: Wie ist die Stimmung unter den betroffenen Kollegen?

H.: Die Stimmung ist mies. Ist ja klar, seit Monaten stimmt die Kasse nicht. Die haben alle Wut. Aber wehren tun sie sich im Augenblick nicht. Denn viele denken: "Ein verheirateter Mann, der kann die Fresse nicht mehr aufreißen, weil sowieso keine Arbeit da ist." Ich selbst, ich hab' schon andere Angebote als Staplerfahrer. Und die Drohung, alle zu entlassen, das ist Schwindel. Das glaub' ich nicht.

Der Betriebsrat, der Lück, arbeitet mehr für Ford als für die Arbeiter, und die Leute von der Gewerkschaft (Vertrauensleute) schlafen bei uns auch.

KVZ: Was meinst du, wie es weitergeht?

H.: Die Leute von der Gewerkschaft (Vertrauensleute), die setzen sich viel zu wenig ein. Im letzten Jahr bei dem Streik haben sich viele auch nicht gerührt. Die müßten mal alle sagen: Jetzt, jetzt streiken wir für 10 oder 14 Tage. Denn es wird ja im Werk immer schlimmer: Die Arbeitsbedingungen sind noch schlechter geworden. Da geht's nur noch: "Willste oder willste nicht?". Wer nicht will, der fliegt.

Und der Ford kriegt immer mehr.

O.H., Ford-Aufbauzelle, Köln

Was ist die richtige Forderung der Lehrlinge?

Korrespondenz eines Frankfurter Lehrlings/ Die Lehrlinge müssen fordern was sie brauchen/ Frankfurter Lehrlinge fordern 600 Mark

Lehrlinge müssen leben – was ist die richtige Forderung? Um diese Frage werden in diesen Tagen unter den Kollegen rege Debatten geführt. Alle sind sich darüber einig, daß Lehrlinge soviel Geld brauchen, um sich entweder alleine durchboxen zu können oder aber das Elternhaus, in dem sich der Reallohnabbau mehr und mehr spürbar macht, wirksam entlassen zu können.

Daß über die Menge dieses Geldes, ob sie nun bei 600 oder 700 Mark liegt, keine Einigkeit besteht, ist nicht so entscheidend. Vielmehr ist entscheidend, daß eine Reihe gewerkschaftlich stark engagierter Auszubildender und Jugendfunktionäre die Kollegen daran hindern, diese Forderung offen aufzustellen, indem sie ihnen die Hindernisse groß und breit ausmalen, an denen sie angeblich scheitern werden: Erstens werde man keine Bewegung zustandebringen, zweitens werde man an Vertreterversammlung und Tarifkommission scheitern und drittens seien überhaupt die älteren Kollegen nicht zu gewinnen. Auf dem Gewerkschaftstag sei der entsprechende Antrag ja auch abgelehnt worden (Antrag 208 aus Hamburg).

Bei so viel Angst vor der eigenen Courage erscheinen dann Forderungen aus den Betrieben wie: 150 DM für alle mehr, oder 120 bis 80 DM gestaffelt für das erste bis vierte Lehrjahr. In einem Fall soll es sogar vorgekommen sein, daß für das vierte Lehrjahr nur 60 DM gefordert wurden. Die Kollegen dort hielten allerdings gar nichts davon, die Ausbildungsvergütungen auf diese Art zu vereinheitlichen, indem schon für das erste Lehrjahr zu wenig rausspringt und für das vierte fast nichts. Dem hilft auch nicht die verbreitete Einschätzung ab: "100 Mark wären auch ganz schön". Wenn ich ein Mittagessen haben will und nur zwei Kartoffeln vorgesetzt kriege, werde ich auch nicht sagen: "Zwei Kartoffeln sind besser als gar nichts", sondern werde alles in meiner Macht Stehende tun, um dafür zu sorgen, daß ein ordentliches Mittagessen auf den Tisch kommt, das mich satt macht.



In den Betrieben sprechen die Lehrlinge jetzt über die Forderungen zur Tarifrunde. Viele fordern einen gemeinsamen Tarifkampf mit den älteren Kollegen. Sie wollen nicht länger ihren Eltern auf der Tasche liegen.

Das Argument, daß da die älteren Kollegen nicht mitziehen würden, ist überhaupt ganz fadenscheinig. Natürlich wird man sie nicht überzeugen können, wenn man sagt: "Wir fordern 120 DM, eigentlich wollen wir 600 DM, aber das verstehst du ja doch nicht." Ich kann mir die Hausfrau und den Arbeiter nicht vorstellen, die dagegen sind, daß der Sohnemann, der in der Lehre ist, nicht nur zwei Kartoffeln, sondern das ganze Abendessen, und überhaupt alles, was nötig ist, um ihn durchzufüttern, als Kostgeld abliefert. Um einen Menschen auf den Beinen und in der Hose zu halten, reichen nun mal 300 oder 400 Mark nicht aus.

Da es daran keinen Zweifel gibt und das in ganz Frankfurt wie in der BRD so ist, darf uns auch nichts daran hindern, zu fordern, was wir brauchen. Und es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn aus allen Betrieben die Forderung nach zum Beispiel 600 DM erhoben wird, mit dem Zusatz, daß man davon nicht abgehen wird, und dann nicht eine Bewegung zustande kommt, die diese Forderung durchsetzt, wo doch jeder weiß, die im Betrieb 50 Meter weiter sind auch dafür und werden auch mitkämpfen. Bisher ist diese Forderung in Frankfurt nur von Lehrlingen eines Frankfurter Betriebes (VDM) erhoben worden. Es kommt aber darauf an, daß alle sie fordern. Es ist noch bis Mitte November Zeit, sie an den Ortsjugendausschuß weiterzuleiten.

–h.s., Frankfurt/M–

IG Metall

Bremen. Die Jugendversammlung auf der AG-Weser hat einstimmig die Forderung nach 600 DM Existenzlohn aufgestellt.

Zentrale Vertrauensleuteversammlung in Hamburg:

Kluncker gerät in die Klemme

Am 8. November sprach der ÖTV-Vorsitzende Kluncker auf einer Versammlung zu etwa 500 delegierten Vertrauensleuten aus allen ÖTV-Bereichen in Hamburg. Mit dieser Veranstaltung sollte die Tarifrunde in Hamburg eröffnet werden.

An meiner Dienststelle hatten wir aber schon vorher eine Forderung verabschiedet, die ich hier einbringen konnte. Diese Forderung grenzt sich ausdrücklich von allen Empfehlungen der Forschungsinistitute, der Regierungsvertreter sowie auch des geschäftsführenden Hauptvorstandes

Ehe die Kollegen das Wort hatten, redete Kluncker erstmal eine ganze Stunde. Mit der Feststellung, die ÖTV habe gegen eine Schlichtungsvereinbarung im öffentlichen Dienst keine prinzipiellen Einwände, machte er deutlich, welche Konsequenzen aus den Kampferfahrungen des letzten Jahres vom Vorstand gezogen werden. Offenbar soll jetzt institutionell sichergestellt werden, daß der Streik im vergangenen Jahr der letzte war.

der ÖTV ab. Wir fordern: 250 DM brutto, 400 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind, 22 Tage Mindesturlaub für jede Gehaltsgruppe.

Zunächst stellte Kluncker den "Diskussionsbeitrag des geschäftsführenden Hauptvorstandes zum Antrag 408" – so bezeichnete er die Forderung des Vorstandes – den Mitgliedern vor.

Der Antrag 408 besagt, daß vor der Aufstellung jeder Forderung die Kollegen durch breite Information und Diskussion an der Aufstellung der Tarifforderung beteiligt werden müssen. Der "Vorschlag" kam am 4. November auf den Tisch, nachdem die Kollegen noch in der Oktober-Nummer des "ÖTV-Magazins" zum Stillhalten bewegt wurden:





... Hat vielleicht der 1. Vorsitzende der ÖTV, Heinz Kluncker, die Herzen der Arbeiter gewonnen? Wird man ihm zujubeln, wo immer er jetzt spricht?

Man sieht, vom Glanz und Gloria des Tarifstrategen Kluncker bleibt nicht viel, wenn man es sich genauer ansieht. Man darf vermuten, daß der ÖTV-Vorsitzende in nächster Zeit nur selten und nur im ausgewählten Kreise seinen Mitgliedern gegenübertritt. Handelt er anders, dann wird es keine Beifallsstürme geben.

Aus KVZ Nr. 4 vom 20. Februar 1974, "Nein zum Abschluß".

Ehe Kluncker auf die Forderung des Vorstandes im einzelnen einging, gab er sich kämpferisch, um hinterher seine Vorstellungen vom Lohnkampf besser verkaufen zu können. Er wetterte gegen den Wahrheitsgehalt vorliegender Prognosen, die er mit Horoskopen verglich. Er bezeichnete die verantwortlichen Wissenschaftler als Propheten, auf die wir nicht bauen können. Das fand bei den Kollegen noch große Zustimmung. Er sprach sich gegen eine zu niedrige Forderung für den öffentlichen Dienst aus, weil der öffentliche Dienst nicht der Prügelknabe der Nation sei. Aber als er dann von der augenblicklichen Lage sprach, von der Arbeitslosigkeit und den Defiziten, da erntete er Zwischenrufe wie: Können wir was dafür, daß die Kollegen arbeitslos sind?

Jedes Aufmurren versuchte Kluncker durch den Verweis auf angeblich mangelndes Verständnis für Forderungen im öffentlichen Dienst bei den anderen DGB-Kollegen abzublocken. Immer wieder wurden die Kollegen einzelner DGB-Gewerkschaften oder auch die innerhalb der ÖTV durch Kluncker gegeneinander ausgespielt, um dem Hauptvorstand aus der Klemme zu helfen. Nachdem man niemandem mehr erzählen konnte, fehlende Daten machten die Aufstellung einer Forderung zu einem frühen Zeitpunkt unmöglich, mußten jetzt die Kollegen von der Postgewerkschaft für die Verschleppung herhalten: Der Gewerkschaftstag der DPG mußte abgewartet werden, um zu einer einheitlichen Forderung für den gesamten öffentlichen Bereich zu kommen.

Zur Art und Weise der Veröffentlichung über die Presseorgane meinte Kluncker: Ich kann doch nicht vermeiden, daß die Presse unseren Vorschlag als ÖTV-Forderung verbreitet. Wir können, wie andere Mitglieder auch, Vorschläge einbringen und wir lassen uns keinen Maulkorb umhängen.

Dafür wurde aber den Mitgliedern ein Maulkorb umgehängt, denn während überall über die Tarifrunde diskutiert wurde, unterdrückten die hauptamtlichen Sekretäre die Diskussionen an den Dienststellen nach Kräften.

Auch wenn Kluncker die Forderung als "unverbindlichen Vorschlag" zu verharmlosen suchte, war den Kollegen schon klar, daß mit der ganzen Autorität des Vorstands versucht wird, die Kollegen und die Öffentlichkeit auf eine bestimmte Forderung festzulegen, ohne daß die Mitglieder ein einziges Wort dazu sagen konnten.

Und selbst wo bereits Meinungsäußerungen zur nächsten Tarifrunde vorliegen, versuchte Kluncker wieder, die Kollegen zu verunsichern, indem er von "völlig gegensätzlichen Ansichten" in der ÖTV sprach. Als Beleg führte er die Vorstandssitzung an, auf der sechs Bezirksvorstände für eine reine Prozentforderung und sechs andere für die Berücksichtigung eines Sockelbetrages sich ausgesprochen haben. Da der Hinweis auf die Bezirksvorstände die Kollegen nicht überzeugte, fügte er hinzu: "In München hat eine Delegiertenversammlung der Stadtverwaltung, die zu 87 % organisiert ist, mit überwältigender Mehrheit eine reine Prozentforderung aufgestellt." Es folgte die Nennung anderer Bezirke, in denen ehrenamtliche Funktionäre ebenfalls reine Prozentforderungen aufgestellt

tigender Mehrheit eine reine Prozentforderung aufgestellt." Es folgte die Nennung anderer Bezirke, in denen ehrenamtliche Funktionäre ebenfalls reine Prozentforderungen aufgestellt

haben sollen, so unter anderem Hessen-Süd, Bayern, Westfalen I oder 2. Die Kollegen sollten den Eindruck bekommen: Da können wir ja froh sein, daß überhaupt noch sowas rausgekommen ist.

Die Festgeldforderungen tat Kluncker zunächst mit der Bemerkung ab, sie habe nur symbolische Bedeutung und werde insbesondere von einflußlosen Abenteurern aufgestellt.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich mehr als 30 Kollegen. Bis auf drei Kollegen sprachen sich alle gegen den Vorstand aus. Von den drei Kollegen gehören zwei der großen Tarifkommission an.

Mehrere Kollegen aus dem Bereich Kindergärten sprachen sich gegen eine vorprogrammierte Lohnrunde aus, in der die Kollegen nur Statisten sein sollen. Sie lehnten den Vorschlag des Hauptvorstands ab und sprachen sich für eine Festgeldforderung aus. Ein Kollege aus dem Bereich der Bundeswehrverwaltung sagte, wenn man sich mal genau ansieht, wie hier mit den Mitgliedern verfahren wird, so gehe es bei der Bundeswehr doch demokratischer zu. Seine Kollegen hätten eine einheitliche Forderung von 250 DM beschlossen.

Eine Kollegin aus dem Krankenhaus schilderte, wie sich ihre Arbeitsbedingungen verschärft haben. Stellenstopp, 40 Stunden-Woche heißt für sie: lauf schneller, Kollege. Gleichzeitig kann man mit dem Geld, das sie kriegt, immer weniger anfangen, weil Gas, Wasser, Strom, Müllabfuhr, Verkehrstarife und auch Mieten in Hamburg teurer werden. Da sie letztes Mal mit 170 DM nur knapp ausgekommen ist, um die erhöhten Ausgaben bestreiten zu können, so braucht sie jetzt mindestens 250 DM.

Ein Kollege aus dem Bereich der Bezirksämter berichtete, wie er noch einen Tag vor Veröffentlichung der Vorstandsforderungen die Kollegen darauf hingewiesen hat, daß man jetzt noch gar keine Forderungen aufstellen kann – und am nächsten Tag kamen sie mit der Meldung aus der Tagesschau und der Bemerkung: Und du willst unser Vertrauen genießen?

Ein Kollege vom Strom- und Hafenbau machte klar, daß die aufgestellte Forderung die Kollegen nur spaltet und daß der Kollege Kluncker wohl auch nichts anderes will, wenn er sagt: "Wir sind gegen Nivellierung der Leistung im öffentlichen Dienst, und wer für eine bessere Ausbildung jahrelang Lohnverzicht geübt hat, der soll auch mehr kriegen."

"Damit behauptest Du, Kollege Kluncker, daß die Jungs im Hafen nichts leisten, und das solltest Du ihnen mal selbst erzählen", antwortete der Kollege aus dem Hafen. Aus dem Bereich Strom und Hafenbau wurden mindestens 200 DM für alle gefordert, 250 DM für alle aus dem HWWA-Institut, einem Institut für Wirtschaftsforschung, in dem das Gutachten der fünf Wirtschaftsinstitute mit der Parole: Nur äußerst geringe Lohnerhöhungen!, erstellt wurde.

Andere Kollegen rechneten vor, daß sie von den 50 DM lächerlich wenig übrig behalten. Von der "sozialen Komponente" haben sie fast nichts, und die 6 % schlagen sich sowieso nur bei hohen Einkommen nieder. Die Kollegen deckten das Täuschungsmanöver auf, wenn Kluncker erzählt: Die niedrigen Einkommen werden um 12 % und die hohen nur um 7,8 % erhöht. Sie legten absolute Zahlen auf den Tisch: 7,8 % heißt 310 DM für die hohen Einkommen, 12 % heißt 140 DM für die niedrigen. 170 DM mehr für die hohen Einkommen, das steckt wirklich hinter der "sozialen Komponente".

Nur Mitglieder der großen Tarifkommission zeigten als Redner Verständnis für den Vorschlag des Hauptvorstands. Einer konnte seinen Beitrag kaum zu Ende führen. "Ihr habt euch doch längst entschieden! Das ist doch alles abgekartet!", riefen die empörten Kollegen. Ein Kollege antwortete auf den Vertreter der Tarifkommission: Wenn du in den Verhandlungen so argumentierst wie hier, so kommt raus, daß wir nicht

wortete auf den Vertreter der Tarifkommission: Wenn du in den Verhandlungen so argumentierst wie hier, so kommt raus, daß wir nicht

mal diesen miesen Vorschlag durchsetzen, und das wollt ihr doch auch nur.

Kollegen der Stadtverwaltung sagten, daß sie nicht noch mal die Kohlen für die anderen aus dem Feuer holen, und schon gar nicht bei diesem Vorschlag.

Obwohl es zu keiner Abstimmung kam, wurde aus den Reaktionen der Kollegen klar, daß sie mehrheitlich gegen den Vorschlag des Hauptvorstands waren. Sie stimmten den Rednern, die für wesentlich höhere Sockelbeträge oder Festgeldbeträge von 200 bis 250 DM waren, überwiegend zu.

Obwohl Kluncker in seinem Schlußwort die Kollegen als politische Abenteurer beschimpfte, konnte er sie von der Vertretung ihrer Interessen nicht abbringen. Zwar gelang es ihm durch die Beschwörung des wirtschaftlichen und politischen Chaos, einige Kollegen in ihrer Zustimmung zu konsequenten Lohnforderungen zu verunsichern. Solange er Vorsitzender dieser Gewerkschaft ist, versicherte er, wird er sich mit aller Schärfe gegen abenteuerliche Forderungen zur Wehr setzen.

Damit konnte er die Argumente, die von den Kollegen vorher so zahlreich auf den Tisch gelegt wurden, aber nicht wegwischen.

Wichtig ist jetzt, daß wir an unseren Dienststellen die Grundlage für konsequente Forderungen ausbauen. Bisher dachte ich manchmal: Deine Dienststelle ist ja nur eine von vielen, und wenn die hauptamtlichen Sekretäre erstmal ausschwärmen, um die Vorstandsforderungen durchzusetzen, haben wir doch keine Chance mehr. Diese Veranstaltung hat mir aber klar vor Augen geführt, daß überall Kollegen auftreten, mit denen ich vorher noch nie gesprochen habe, die die gleiche Ansicht wie unsere Dienststelle vertreten. Und selbst ein Heinz Kluncker hatte es an diesem Abend schwer, weil die Kollegen sich so leicht nicht über die Verhältnisse hinwegtäuschen lassen.

Wir werden an unserer Dienststelle unsere Festgeldforderung veröffentlichen, um möglichst viele Kollegen, auch nichtorganisierte, für unsere Forderung und für die gewerkschaftliche Organisierung zu gewinnen.

Wenn wir deutlich machen, daß wir die 250 DM wirklich brauchen, dann wird jede andere Forderung unrealistisch, um unser Lebensniveau zu halten. Wir müssen unsere Forderungen über die Dienststelle hinaustragen und uns direkt an die große Tarifkommission und die Bezirksverwaltung wenden.

–V., Hamburg–

Forderungen

Waiblingen
Angestelltentagung der ÖTV-Kreisverwaltungen Ludwigsburg-Waiblingen und Heilbronn-Schwäbisch Hall am 6.11.:
1. 300 DM Urlaubsgeld
2. Erhöhung des Arbeitgeberanteils bei vermögenswirksamen Leistungen um mindestens 13 DM
3. 52 gegen 46 Stimmen für 150 DM mehr für alle

Göttingen
Vertrauensleutekörper der Nervenkliniken am 8.11.: Festgeldforderung von 200 DM mindestens, 300 DM Urlaubsgeld. In einer Resolution wurde die Forderung des Hauptvorstandes mißbilligt.

Tübingen
Mitgliederversammlung der Abteilung Gesundheitswesen am 7.11.: 250 DM mehr für alle gleich, 350 DM Urlaubsgeld, 700 DM für alle Auszubildenden. Es wurde beschlossen, dem Hauptvorstand eine Rüge zu erteilen, weil er über die Urlaubsgeldforderung nach 300 DM für 1974 keine Verhandlungen mehr geführt hat. Die Empfehlung des Hauptvorstandes wurde heftig kritisiert.

Gießen
ÖTV-Betriebsgruppe am Klinikum am 6.11.: Die Empfehlung des Hauptvorstandes wurde zurückgewiesen. Gefordert wurden: 250 DM Festgeldbetrag, Austritt aus der Konzertierten Aktion, kein Schlichtungsverfahren, 300 DM Urlaubsgeld ab 1.1.1974.

Westberlin
Städtisches Krankenhaus Wilmersdorf: 230 DM Festbetrag, 300 DM Urlaubsgeld auch für 1974, 600 DM für Auszubildende. FU-Kinderklinik (KAVH): 250 DM Festbetrag.

Termin Hessen:
Am 21. November faßt der Bezirksvorstand Hessen seinen Beschluß zur Tarifforderung. Bis zum 18. November müssen dem Bezirksvorstand die Forderungen der Kollegen vorliegen. Es ist nützlich, wenn dort viele Forderungen der Kollegen vorliegen.

Freiburg
Kreismitgliederversammlung am 8.11.: 80 der anwesenden Kollegen stimmten für 200 DM mehr für alle, 300 DM Urlaubsgeld, Ortszuschlag von 50 DM mehr für jedes Kind. 39 Mitglieder stimmten für den Gegenvorschlag von 150 DM + 4 %. Die anwesenden Delegierten wurden verpflichtet, auf der Delegiertenkonferenz am 16.11. die beschlossene Forderung zu vertreten.

Dortmund
Der Angestelltenausschuß der ÖTV Dortmund forderte am 29.10.: 120 DM + 7 %, 300 DM Urlaubsgeld.

Heidelberg
Mitgliederversammlung der Uniklinik am 8.11.: 250 DM mehr, 50 DM mehr fürs Kind, 500 DM Urlaubsgeld, Streichung der beiden untersten Lohn- und Vergütungsgruppen. 600 DM mindestens Ausbildungsvergütung, Urabstimmung vor jedem Tarifabschluß. Gleichzeitige und gemeinsame Verhandlung für Auszubildende und Erwachsene.

Mitgliederversammlung der Universität am 11.11.: 250 DM + 50 DM pro Kind, Urlaubsgeld 300 DM + 100 DM pro Kind, 600 DM für Auszubildende, Abschaffung der untersten Lohngruppen, sofortige Auszahlung, sonst: Abschlagszahlung in der zu erwartenden Höhe. Die Kreisverwaltung soll über die betrieblichen Vertrauensleute eine Kundgebung am ersten Verhandlungstag organisieren.

Wiesbaden
ÖTV-Betriebsgruppenversammlung Sozialamt: Festbetrag von mindestens 250 DM, Urlaubsgeld 300 DM, 50 DM für jedes Kind.

Städtische Kliniken ÖTV-Mitgliederversammlung, 50 Kollegen waren anwesend. Beschlossen wurden: 250 DM, 300 DM Urlaubsgeld, 750 DM für jedes Kind; an die Große Tarifkommission gerichtet. Vor dem Abschluß Urabstimmung der Mitglieder.

Das Offenbacher Urlaubsgeld:

Zusage gebrochen

Das Offenbacher Urlaubsgeld:

Zusage gebrochen

Offenbach. Im Frühjahr dieses Jahres haben die Bediensteten im öffentlichen Dienst gestreikt. Hauptforderung waren 180 DM mindestens für alle und 300 DM Urlaubsgeld.

Während das Urlaubsgeld bei den Tarifverhandlungen in Stuttgart schnell vom Tisch war, ließen sich die Beschäftigten in Offenbach nicht so schnell abwimmeln. Die Müllarbeiter hatten gedroht, die Müllverbrennungsanlage stillzulegen, während die Bediensteten in den Stadtwerken gedroht haben, den Strom abzustellen, und erzwangen örtliche Verhandlungen über das Urlaubsgeld zwischen Gewerkschaft, Personalrat und Magistrat. Zunächst schien alles klar, der Magistrat willigte in die Forderungen ein, wenn die Beschäftigten dem Stuttgarter Verhandlungsergebnis von 11 % und 170 DM mindestens zustimmen. Bundesweit stimmten die Beschäftigten in einer Urabstimmung dem Ergebnis zu, das Urlaubsgeld in Offenbach schien unter Dach und Fach. Dann, nachdem die Streikenden wieder bei der Arbeit waren, kamen plötzlich die "Schwierigkeiten" und "Haken" vom Magistrat und die Verhandlungen zögerten sich hinaus. Endlich, nach 9 Monaten, waren sich Personalrat und Magistrat wiederum einig: Ab 1975 sollen 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind gezahlt werden, und ein entsprechender Beschluß sollte in der Stadtverordnetenversammlung am 7.11.1974 gefaßt werden.

Kaum war diese späte Frucht des Februarstreiks endlich reif, da griff Bundeskanzler Schmidt höchstpersönlich ein. Er protestierte gegen den Beschluß per Telegramm und ließ Innenminister Maihofer an den hessischen Innenminister Bielefeld telegrafieren, der mit Kürzungen von Landesmitteln für die in Finanznot steckende Stadt drohte, wie er das bereits auch im Frühjahr getan hatte. Schmidt weiß, wenn in Offenbach die Forderung durchkommt, dann hat er alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf dem Pelz. Der SPD-Magistrat spurte sofort nach den Worten des SPD-Kanzlers. Die Urlaubsgeldregelung war schnurstracks weg von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung und die Entscheidung auf Januar 1975 verschoben.

Der gesamte Personalrat – meist ebenfalls SPD-Mitglieder – der 4 700 Beschäftigten protestierte heftig und sah selbst seinen Glauben an die Demokratie gefährdet. Er forderte die sofortige Verabschiedung des Urlaubsgeldes.

Die nächsten Kampfschritte zu organisieren ist jetzt wichtig. Überall müssen jetzt Versammlungen stattfinden, um die sofortige Verabschiedung des Urlaubsgeldes zu fordern, und zwar rückwirkend vom 1.1.1974, wie den Streikenden im Frühjahr versprochen. Es kommt darauf an, den Angriff auf die Tarifrunde zurückzuschlagen, deshalb müssen gleichzeitig die Forderungen der jetzt anstehenden Tarifrunde auf den Tisch. Denn der Angriff auf das Urlaubsgeld ist nur die Spitze des Angriffs auf die ganze Tarifrunde.

– Sofortige Verabschiedung des Urlaubsgeldes vom 1.1.1974
– Lohnerhöhung von mindestens 200 DM für alle vom 1.1.1975
– Bundeseinheitliche Regelung des Urlaubsgeldes für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Brief eines Offenbacher Kollegen

Offenbach. Der folgende Brief wurde uns anläßlich von Artikeln in der Frankfurter Rundschau und der Offenbacher Post von einem Kollegen, der im öffentlichen Dienst in Offenbach beschäftigt ist, mit der Bitte, ihn zu veröffentlichen, zugeschickt. Der Brief wurde auch an die Frankfurter Rundschau und an die Offenbacher Post geschickt. Wir drucken ihn hier in Auszügen ab:

Heute erfahren wir, daß angesichts der angespannten Wirtschaftslage die 300 DM auf Anordnung vom Bund nicht gezahlt werden sollen; sie sollen noch nicht einmal in der nächsten Tarifrunde gefordert werden. Schmidt hält sogar die Vorstellungen der ÖTV-Funktionäre von 7,8 bis 12 Prozent für nicht vertretbar. Bundeskanzler Schmidt zeigt sich über das Versprechen, welches sich die Kollegen durch Streik erkämpft haben, bestürzt und erschreckt. Bestürzt und erschreckt sollten aber die Angestellten im öffentlichen Dienst sein, die das Versprochene nicht bekommen haben. Die 300 DM nicht zu zahlen – oder in die kommende Tarifrunde ins Spiel zu bringen, ist Betrug ...

Die Angestellten im öffentlichen Dienst sollten den Magistrat und die Stadtverwaltung in Offenbach auffordern, über die 300 DM zu beschließen und sie rückwirkend sofort zu zahlen, und dies nicht in die neue Tarifrunde einzubringen.

Name der Red. bekannt



Die Arbeiterklasse muß die Einheit zwischen den deutschen und ausländischen Arbeitern herstellen

Volle Freizügigkeit!

Westberlins Innensenator und Bürgermeister Kurt Neubauer (SPD) will die ausländischen Arbeiter in die "Gemeinschaft" eingliedern. Zu diesem Zwecke sollen sie ihrer Freizügigkeit beraubt werden. Wenn in Kreuzberg oder im Wedding ein bestimmter Prozentsatz von ausländischen Arbeitern überschritten ist, soll durch eine Zuzugssperre das Viertel dicht gemacht werden. Was dahinter steckt, ist, daß diese Viertel völlig übervölkert sind und die eh' zu geringen Gemeinschaftseinrichtungen immer mehr unter dem Bedarf zusammenbrechen. Zwar nimmt der Senat den Türken, Griechen, Jugoslawen usw. fleißig Lohnsteuer ab, zwar pressen die Westberliner Kapitalisten das letzte aus den ausländischen Kollegen raus, zwar machen die Hausbesitzer auch mit dem letzten Trümmerhaufen noch Profit, zum Ausbau von Schulen, Kindergarten usw. fehlt dem Senat aber jede Neigung. Nun soll das Elend gleichmäßig über die ganze Stadt verteilt werden, damit es an den einzelnen Orten nicht so brennt.

Dann wird sie halt blind

Wird man in der BRD krank, stellt man sehr konkret fest, daß dieses Gesundheitswesen nicht im Interesse der Bevölkerung ist. Ich bin Hausfrau. Seit meinem dritten Lebensjahr leide ich an Zucker. Dies hat zur Folge, daß die Sehkraft meiner Augen ständig nachläßt. Deshalb muß ich mehrmals im Jahr ins Krankenhaus, um Operationen an meinen Augen durchführen zu lassen.

Ich habe eine 8 Monate alte Tochter und mein Mann arbeitet Schicht. Während des Krankenhausaufenthalts und einige Wochen danach bin ich nicht in der Lage, ohne fremde Hilfe meinen Haushalt und meine Familie zu versorgen, da meine Augen in keiner Weise belastet werden dürfen. Mein Hausarzt hat mir deshalb eine Haushaltshilfe verordnet. Ich ging mit dieser Verordnung zur Betriebskrankenkasse des Betriebs, wo mein Mann arbeitet. Nach Vorlage der Verordnung und Schilderung meiner Lage wurde mir von der Krankenkasse folgendes erklärt:

"Wir bedauern und verstehen Ihre schwierige Lage durchaus, aber nach unseren gesetzlichen Bestimmungen sehen wir leider keine Möglichkeit, Abhilfe zu schaffen. Das Gesetz sieht nur vor, daß für die Zeit der stationären Behandlung eine Haushaltshilfe unterstützt wird. Sollten Sie für den Krankenhausaufenthalt eine Haushaltshilfe einstellen, so können Sie uns die entstandenen Kosten mitteilen, und wir werden entscheiden, ob ein Teil der Unkosten von uns getragen wird. Mehr können wir in Ihrem

unseren gesetzlichen Bestimmungen sehen wir leider keine Möglichkeit, Abhilfe zu schaffen. Das Gesetz sieht nur vor, daß für die Zeit der stationären Behandlung eine Haushaltshilfe unterstützt wird. Sollten Sie für den Krankenhausaufenthalt eine Haushaltshilfe einstellen, so können Sie uns die entstandenen Kosten mitteilen, und wir werden entscheiden, ob ein Teil der Unkosten von uns getragen wird. Mehr können wir in Ihrem

Fall leider nicht tun."

Damit ist mir jedoch keineswegs geholfen. Mein Mann, der einfacher Arbeiter ist, verdient nicht so viel, daß wir eine Haushaltshilfe bezahlen können. Es bleibt mir also nichts anderes übrig, als gegen das Verbot der Ärzte zu handeln und meine Familie und den Haushalt allein zu versorgen. Das hat in meinem Fall zur Folge, daß mit jeder Anstrengung die Sehkraft meiner Augen nachläßt und dadurch in geraumer Zeit eine vollkommene Erblindung einsetzt. Die Operationen sind unter diesen Umständen umsonst. Ein Trost bleibt mir jedoch. Sollte ich in Kürze erblinden, habe ich wenigstens das Glück, von diesem Staat Blindenunterstützung zu bekommen.

Für mich wurde auf jeden Fall die Forderung des Programms des KBW: "Übertragung des Gesundheitswesen an eine sich selbstverwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird" zu einer realen und notwendigen Forderung, die ich voll unterstützen werde. Denn die Arbeiter werden nur Entscheidungen treffen, in denen das Wohl und die Gesundheit der Menschen im Vordergrund stehen.

Diesen Artikel habe ich noch an die Lokalpresse – Rhein-Zeitung, Schängel, UZ und den Spiegel gesandt.

B.S., Koblenz

wird" zu einer realen und notwendigen Forderung, die ich voll unterstützen werde. Denn die Arbeiter werden nur Entscheidungen treffen, in denen das Wohl und die Gesundheit der Menschen im Vordergrund stehen.

Diesen Artikel habe ich noch an die Lokalpresse – Rhein-Zeitung, Schängel, UZ und den Spiegel gesandt.

B.S., Koblenz

Kindergeld für alle gleich

In der Nummer 45 der Gewerkschaftszeitung "Welt der Arbeit" macht sich Günther Paschke daran, Argumente zur Verteidigung der diskriminierenden Kindergeldregelung für ausländische Arbeiter in die Welt zu setzen. Schon im Vorspann spricht er vom Kindergeld, "das wir für in der Türkei lebende Kinder zu zahlen haben, deren Väter bei uns arbeiten". In Wirklichkeit ist es natürlich so, daß die ausländischen Arbeiter vom Staat genauso zur Kasse gebeten werden wie ihre deutschen Kollegen und dasselbe Recht auf das bißchen Kindergeld haben.

Schließlich meint Paschke, daß von Diskriminierung keine Rede sein könne, denn: "Ein deutscher Steuerzahler ..., dessen Kinder an der jugoslawischen Adria leben, kann ebenfalls keine Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz beanspruchen." (Das Wohnland entscheidet ja.) Es ist allerdings nicht selten, daß höhere Töchter in Internaten an der Riviera aufwachsen; Arbeiterkinder von westdeutschen Arbeitern existieren da unten aber höchstens in der Phantasie von Paschke.

stungen nach dem Bundeskindergeldgesetz beanspruchen." (Das Wohnland entscheidet ja.) Es ist allerdings nicht selten, daß höhere Töchter in Internaten an der Riviera aufwachsen; Arbeiterkinder von westdeutschen Arbeitern existieren da unten aber höchstens in der Phantasie von Paschke.

Solche hirnrissigen Behauptungen in die Welt zu setzen, kann nur jemandem in den Sinn kommen, dem an der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse nichts liegt. Es ist die Pflicht jedes Gewerkschaftlers, solche schmutzigen Angriffe auf den gerechten Kampf für ein einheitliches Kindergeld und für die gleichen Rechte entschieden zurückzuweisen. Jede Spaltung der Arbeiterklasse schwächt die Klasse insgesamt und nützt allein ihrem Feind.

H.V.

Nach drei Monaten:

Obligatorische Einbürgerung!

Das sind die Forderungen, für die alle Arbeiter gemeinsam kämpfen müssen

Das Bundeskabinett hat in der ersten Novemberwoche schärfere Strafmaßnahmen gegen die illegale Anwerbung, Vermittlung und Beschäftigung von ausländischen Arbeitern beschlossen. Geldstrafen und Gefängnisstrafen bis zu drei bzw. sogar fünf Jahren können verhängt werden. Bundesarbeitsminister Arendt äußerte, der Beschluß liege sowohl im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer als auch der von der Bundesregierung angestrebten Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung. Nun werden die Kapitalisten, die illegale Ausländer beschäftigen wollen, sicher Wege finden, diesen Beschluß auf dem Papier zu belassen. Treffen wird dieser Beschluß allein die ausländischen Arbeiter, die auf dem schwarzen Arbeitsmarkt nun unter noch kriminelleren Bedingungen ihre Haut werden verkaufen müssen. Im Interesse dieser Arbeiter wäre einzig und allein die volle Freizügigkeit und die obligatorische Einbürgerung nach drei Monaten, also die volle rechtliche Gleichsetzung mit den westdeutschen Arbeitern. Schließlich kommen die ausländischen Arbeiter nicht aus Lust und Laune in die Bundesrepublik, sondern weil hier ein Arbeitsmarkt besteht, auf dem sie ihre Arbeitskraft verkaufen können, während in ihrem eigenen Land gerade infolge der imperialistischen Ausbeutung der Völker sie keinen Arbeitsplatz finden. Es ist ein einziges großes Verbrechen der Kapitalistenklasse, einerseits die ausländischen Arbeiter durch ihren Profithunger ins Land zu ziehen, sie auszupressen bis aufs Blut und sie gleichzeitig aller Rechte zu berauben, um sie wie bloßes Arbeitsvieh nach Belieben herumtreiben oder wieder aus dem Land jagen zu können.

Wie es den illegalen Arbeitern ergeht, schildert eindringlich die folgende Zuschrift, die wir von einem marokkanischen Arbeiter erhalten haben.

Red.

Korrespondenz eines " Illegalen "

Ich bin in die Bundesrepublik auf illegale Art und Weise eingereist, denn bevor man als Marokkaner in die BRD einreisen kann, braucht man eine Aufenthaltsgenehmigung. Man muß in Marokko oder in demjenigen Land, wo man seinen Wohnsitz hat, einen Antrag auf ein Visum stellen. Eine Aufenthaltsgenehmigung zur Ar-

die Scheibe der Waage kaputt war. Er nannte mich Idiot und noch andere Unverschämtheiten. Bei der Auszahlung des Lohnes wollte er mir für die 35 Arbeitsstunden 30 DM bezahlen; er sagte, daß die Waage 800 DM gekostet hat und ich deshalb nicht mehr bekommen würde. Wenn ich damit nicht zufrieden wäre, könnte ich ja zum Arbeitsgericht gehen. Er hat mich ohne Papiere engagiert, sparte also Steuern und Sozialabgaben. Er

Korrespondenz eines " Illegalen "

Ich bin in die Bundesrepublik auf illegale Art und Weise eingereist, denn bevor man als Marokkaner in die BRD einreisen kann, braucht man eine Aufenthaltsgenehmigung. Man muß in Marokko oder in demjenigen Land, wo man seinen Wohnsitz hat, einen Antrag auf ein Visum stellen. Eine Aufenthaltsgenehmigung zur Arbeit bekommt man nur, wenn man einen Arbeitsvertrag über die zentrale Arbeitsvermittlungsstelle in Casablanca hat. Man muß ungefähr 1 000 DM Korruption bezahlen. Ein Touristenvisum bekommt man nur, wenn man Verwandte in der BRD hat. Das hatte ich alles schon ausprobiert – ohne Erfolg. Vielen meiner Landsleute geht es nicht anders.

In Straßburg versuchte ich es ein letztes Mal. Man sagte mir, ich solle drei Wochen warten, dann könnten sie mir sagen, ob es geht oder nicht; bekommen würde ich es, wenn, dann noch später. Ohne materielle Quelle sollte ich vier Wochen warten, um dann eine Absage zu erhalten. (Ich, die ich den Artikel übersetze, habe in Algeciras innerhalb von zwei Stunden ein Visum für Marokko erhalten.)

Ich bin also in Dortmund angekommen und fing an, "Schwarz"arbeit zu suchen und erfuhr, daß man auf dem Großmarkt ohne Steuerkarte arbeiten konnte. Ich machte mich also auf den Weg und wurde von der Edeka-Zentrale für Obst und Gemüse angenommen. Ich konnte kaum Deutsch, erkundigte mich, ob ich jeden Tag kommen könnte – er sagte ja. Vom Lohn sagte er nichts. Meine Arbeit war Mädchen für alles. Ich fegte, schleppte Kisten, sortierte Früchte aus usw. Ich wurde beschimpft, mit Worten, deren Sinn ich verstand auch ohne Deutsch zu können, und ohne Übertreibung: Es fehlte bloß noch, daß er mich schlug, und der Sklavenstatus wäre perfekt gewesen.

Ich habe alles ertragen, da ich sehr gut wußte, daß ich keine Wahl hatte. Ich arbeitete sieben Stunden am Tag ohne Unterlaß. An meinem fünften Arbeitstag hatte ich einen Arbeitsunfall. Mir kippte eine große Waage um, die ich transportieren sollte. Zum Glück ist mir nichts passiert. Was jedoch den Chef interessierte, war, daß die Scheibe der Waage kaputt war. Er nannte mich Idiot und noch andere Unverschämtheiten. Bei der Auszahlung des Lohnes wollte er mir für die 35 Arbeitsstunden 30 DM bezahlen; er sagte, daß die Waage 800 DM gekostet hat und ich deshalb nicht mehr bekommen würde. Wenn ich damit nicht zufrieden wäre, könnte ich ja zum Arbeitsgericht gehen. Er hat mich ohne Papiere engagiert, sparte also Steuern und Sozialabgaben. Er weiß also sehr gut, daß ich ihm ausgeliefert bin, denn kein Arbeiter mit Papieren würde ohne Steuerkarte arbeiten. Und dies versucht er bis zum letzten auszunutzen. Ich habe die 30 DM nicht angenommen und ihm gedroht, daß er noch von mir hören würde.

Was soll ich machen? Soll ich weinen – es ist nicht das erste Mal, daß so etwas in kapitalistischen Ländern passiert. Soll ich den Betrieb anstecken – das wäre nur eine individuelle Rache und würde nichts und gar nichts daran ändern, daß so etwas passiert, daß tagtäglich ausgebeutet wird.

Ich bin nicht das einzige Opfer der Ausbeutung, ich bin einer unter vielen Marokkanern und Türken, die ohne Papiere arbeiten. Und was mit uns in dieser sogenannten Demokratie passiert, wenn wir einmal verhaftet werden: so werden wir ins Gefängnis gesteckt und des illegalen Aufenthaltes angeklagt.

Die Polizei, die Unternehmer und die Presse sind sich darüber einig, wenn es darum geht, die Situation der "Illegalen" und die massenhaften Ausweisungen zu verschweigen. Die Illegalen wagen nicht, auf ihre Situation hinzuweisen, da sie Angst haben. Das ist die Gastfreundlichkeit der demokratischen BRD. Die Illegalen sind ein offenes Geheimnis, aber keiner wagt es, über die Arbeitsbedingungen zu berichten. Selbst die Ausweisung erfolgt in aller Verschwiegenheit.

So verhält sich die Regierung der BRD in Zusammenarbeit mit den Unternehmern gegenüber ehrlichen Arbeitern, die in die BRD kommen, um ihre Familien zu ernähren, gegenüber Menschen, die nichts weiter wollen, als ihre Arbeitskraft verkaufen.

2 Mill. Arbeitsplätze lärmgefährdet

Um gute Ratschläge waren unsere Minister noch nie verlegen. So auch nach einer Untersuchung, die das Gewerbeaufsichtsamt seit 1972 durchführt. Dabei wurde herausgefunden, daß 2 Millionen Arbeitsplätze – davon 500.000 in Nordrhein-Westfalen – so laut sind, daß den dort Beschäftigten Invalidität durch Lärm droht (Rheinische Post vom 8.10.). An diesen Arbeitsplätzen wurden Geräusche von mehr als 90 Dezibel/a (der Geräusch-Maßeinheit) gemessen. Außerdem wurden rund **22.000 Arbeiter** an besonders lauten Arbeitsplätzen mit einem Audiometer auf Gehörschäden untersucht. Bei mehr als **13.000** der Untersuchten wurden so starke Hörverluste festgestellt, daß sie **sofort zum Arzt** geschickt werden mußten. Und was sagt Arbeitsminister Figgen (NRW) dazu? Er fordert "größere Anstrengungen zum Schutz vor Lärm am Arbeitsplatz" (RP 8.10.), nachdem eine Berufsgenossenschaft errechnet hatte, daß die Lärmgeschädigten bis 1990 4 Milliarden DM an Renten kosten würden. Im einzelnen sollen nach Figgen diese "größeren Anstrengungen" so aussehen: Es "müßten sich alle darüber klar sein, **daß zuviel Lärm zuviel Geld koste.** Die Arbeitnehmer sollten bedenken, daß ihre eigene Gesundheit auf dem Spiel stehen könne, wenn sie mögliche Lärmschutzmaßnahmen – etwa Ohrmuscheln – **aus Gleichgültigkeit** nicht ergriffen." (RP 8.10.)

Die Minister des bürgerlichen Staates wollen nicht etwa deswegen etwas gegen die Lärmbelästigung tun, weil sie sich um die Gesundheit der Arbeiter sorgen, sondern weil sie Rentengelder einsparen wollen. Zuerst appellieren sie dann an das "Verantwortungsbewußtsein" der "gleichgültigen" Arbeiter, damit die Kapitalisten keine kostspieligen Schutzmaßnahmen durchführen müssen.

–S.S., Mönchengladbach–

Aus dem jetzt von der Bundesregierung vorgelegten "Unfallverhütungsbericht 1974" geht hervor, daß die Zahl der angezeigten Berufskrankheiten Lärmschwerhörigkeit und Lärmtaubheit seit 1968 sich mehr als verfünffacht hat. Hier die Zahlen:

1968	1 192	1971	3 163
1969	1 835	1972	4 606
1970	2 007	1973	6 337

Die Zahl der angezeigten Berufskrankheiten insgesamt ist von 1972 auf 1973 gleich um über 8 % gestiegen.

–Anm. der Red.–

Unter den Forderungen:

Keine Verminderung des Kindergeldes für Ausländer!
Keine Diskriminierung der ausländischen Arbeiter!
Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!

veranstalten Kindergeldkomitees aus zahlreichen Städten der BRD am Sonntag, den 17. 11., eine zentrale Demonstration in Frankfurt. Abmarsch 12 Uhr Opernplatz.

Das Gesundheitswesen in der Volksrepublik Albanien

Anfang August dieses Jahres konnte ich mit einer Reisegruppe in die Volksrepublik Albanien fahren und mich 14 Tage lang überzeugen, welche Erfolge das albanische Volk, von der Partei der Arbeit Albaniens geleitet, beim Aufbau des einzigen sozialistischen Landes in Europa erreichen konnte.

Albanien war 1938 auch auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung das rückständigste Land in ganz Europa: Auf 10 000 Einwohner kam ein Arzt. Im ganzen Land gab es gerade sechs Krankenhäuser und vierzehn kleine Ambulanzen. Malaria in den Sumpfgebieten senkte die Lebenserwartung auf 38 Jahre. Der König gab für seinen Palast allein 3,7 % des Staatshaushaltes aus; für die Gesundheitsversorgung blieben nur 1,3 %. Im Durchschnitt konnte ein Albaner alle sieben Jahre einmal zum Arzt gehen; von 25 000 Frauen bekam nur eine ihr Kind unter ärztlicher Aufsicht.

Das Kinderspital in Shkodra

Auf unseren Reisen durch das Land besuchten wir ein Kinderspital in der nordalbanischen Stadt Shkodra. Diese Klinik zeigte uns beispielhaft, daß heute, 30 Jahre nach der Unabhängigkeit Albaniens, eine zufriedenstellende gesundheitliche Versorgung aufgebaut ist. Das Spital wurde 1969 fertiggestellt; es umfaßt 225 Betten und ist eine der 371 Gesundheitseinrichtungen des Kreises, während es hier in der Zeit vor 1944 nur ein Krankenhaus und eine primitive Entbindungsstation gab.

Im Kinderspital von Shkodra betreut ein Arzt 20 Betten. Während unseres Rundgangs fielen die guten hygienischen Verhältnisse besonders auf. In einem Raum lagen in der Regel 8 Säuglinge, die immer von einer Schwester beaufsichtigt wurden. Daneben werden den Müttern für ihren täglichen Besuch besondere Zimmer zur Verfügung gestellt.

Der Arzt, der uns empfing, erzählte uns wie selbstverständlich, daß die Versorgung gratis erfolgt. Wenn ein Kind oder Säugling erkrankt, kann eine auswärtige Mutter kostenlos in einem Hotel der Stadt unterkommen, damit sie auch täglich ihr Kind besuchen kann. Ist die Mutter Arbeiterin, so erhält sie bis zu 95 % des Lohnes weitergezahlt.

Schwangere Frauen werden im 6. Monat auf einen Schonarbeitsplatz versetzt bei vollem Lohn. Vier Wochen vor bis 6 Wochen nach der Geburt gibt es bezahlten Urlaub. Bis 12 Monate nach der Geburt erhält sie die nötigen Medikamente kostenlos.

Medikamente sind überhaupt das einzige, was noch bezahlt werden muß. Die Preise sind aber eher symbolisch: 30 bis 50 Pfennig kosten 20 Vitamintabletten; 25 DM ein komplettes Gebiß ...

Im Spital befindet sich wie überall in Albanien ein rotes Brett, auf dem jeder im Krankenhaus – Arzt, Schwester oder Patient – seine Kritik an dem äußern kann, was ihm nicht gefällt. Genausogut kommt es vor, daß sich Patienten bei ihrem Arzt für besonders gute Behandlung bedanken.

Das Volk kontrolliert die Ärzte

Wie jeder Albaner, der nicht Arbeiter ist, müssen auch die Ärzte einen Monat im Jahr in der Produktion arbeiten, damit sie gegenüber dem Volk nicht überheblich werden und sich nicht absondern. Denn ein Arzt soll ja für die Bevölkerung arbeiten, und dazu muß er deren Probleme und Sorgen kennen.

Ob jemand Medizin studieren soll, entscheiden ebenfalls die Werktätigen. Nach der Oberschule arbeitet jeder erst einmal für ein Jahr in der Produktion. Danach entscheidet sein Arbeitskollektiv, ob er gut gearbeitet hat, ob er hochnäsig oder bescheiden den Arbeitern gegenüber aufgetreten ist. Nach der Diskussion fällt dann die Belegschaft eine Entscheidung über sein Studium. Nach dem Medizinstudium arbeitet der Student neun Monate in einer Klinik oder Ambulanz, wo er zeigen muß, ob er sein Wissen auch im Dienst des Volkes einsetzt. Denn nicht allein, ob jemand viel weiß, ist im Sozialismus entscheidend, sondern die Anwendung des Wissens. Nach den neun Monaten entscheidet die Krankenhausbelegschaft, ob der Student zum Examen zugelassen wird. Dieses System der Arbeiterklassenkontrolle wird dadurch noch ergänzt, daß in den Betrieben von Seiten der Gewerkschaften Kontrollgruppen aus Arbeitern gebildet werden, die die Zustände in einem bestimmten Krankenhaus überprüfen. Gibt es etwas zu kritisieren, dann wird es gemeldet. Nach einem bestimmten Zeitraum überprüft die Kontrollgruppe, ob die Fehler oder Mißstände auch wirklich behoben worden sind.

Die Ärzte bekommen als Anfangsgehalt 700 Lek, die medizinischen Hilfskräfte zunächst 600 Lek. Ein Arzt kann nie mehr als 1 300 Lek verdienen. Die Lohnunterschiede dürfen nicht größer als 1 : 2 bis 3 sein.

Vorbeugende Medizin

Die Volksrepublik Albanien ist kein Schlaraffenland. Die Erfolge mußten, auch was die Gesundheitsversorgung betrifft, hart erkämpft werden. Vor allem in den entlegenen Bergdörfern, in denen die Rückständigkeit sehr groß war, gab es viele Probleme mit den hygienischen Verhältnissen. Aber die Sanitätstrupps, die in die Dörfer zogen, verbreiteten mit Erfolg Kenntnisse darüber, wie man Krankheiten verhindert. In der Stadt Korca z.B. sahen wir eine Tafel, die Ratschläge gibt, wie man Rachitis bei Kindern bekämpft. Die Jugendlichen, die freiwillig in den Aktivistenlagern, beim Bau von Eisenbahnen und ähnlichen Projekten helfen, erhalten dort grundlegende medizinische Kenntnisse, die sie dann in ihren Dörfern und Wohnvierteln einsetzen können. Weil diese Kenntnisse für die Dörfer besonders wichtig sind, bleiben Jugendliche aus ländlichen Gebieten einen halben Monat länger im Aktivistenlager.

Die Albaner sagen: "Der Arzt soll zum Patienten gehen und nicht der Patient zum Arzt." Deshalb gibt es, gleichmäßig verteilt, in jedem städtischen Wohngebiet und jedem Dorf zumindest eine Ambulanz, oft Polikliniken. In jeder Ambulanz arbeiten eine Krankenschwester, ein Apotheker und oft ein Arzt. Jedes Dorf hat seinen Zahnarzt und jede Genossenschaft (6 bis 8 Dörfer) ein kleineres Krankenhaus mit moderner Einrichtung. Während in der Bundesrepublik noch 17 450 von 23 600 Gemeinden ohne Arzt sind, wird in der Volksrepublik Albanien eine bevölkerungsnahe Gesundheitsversorgung bis ins entlegenste Bergdorf betrieben. Auf unserer Fahrt nach Korca kamen wir durch die entlegensten Gebiete, aber überall sahen wir solche Gebietskrankenhäuser.

Ein Arzt in jedem Betrieb!

Wir haben keinen Betrieb ohne Basket- und Volleyballfeld gesehen. Dort können die Arbeiter sich in den Pausen sportlich betätigen. Im Kupferdrahtwerk von Shkodra gibt es sogar ein Schwimmbad.

Bei schwerer Arbeit gibt es pro Stunde 15 Minuten Pause, kostenlose Milch und eine Woche mehr Urlaub an den schönsten Ferienorten an der Adria, die extra für Arbeiter reserviert sind. Jeder Betrieb mit mehr als 100 Beschäftigten hat seinen eigenen Arzt. Wie in den Schulen und Kindergärten werden auch in Fabriken halbjährliche Spezialuntersuchungen durchgeführt, dazu in kürzeren Abständen allgemeine und Zahnuntersuchungen.

Arbeitsunfälle sind in Albanien eine Seltenheit, während sie bei uns nie so häufig wie in den letzten Jahren waren. In den Fabriken wird ja auch nicht auf Profit produziert; es gibt dort harte Arbeit zu erledigen, aber keine Arbeitshetze. Jeder Arbeiter, der neu an einer Maschine arbeitet, wird mit ihren Gefahren bekanntgemacht.

Im letzten Jahr wurde die Eisenbahnlinie von Elbasan nach Prrenjas fertiggestellt. Sie wurde im wesentlichen von Freiwilligen gebaut, führt durch gebirgiges Gelände, durch eine Unzahl von Tunneln und Brücken. Obwohl sie ein Jahr früher als geplant fertig wurde, gab es kein Todesopfer, wie sie beim Brückenbau in der Bundesrepublik häufig "gefordert" werden. Größere Unfälle werden sofort über die Presse im ganzen Land bekannt. Die Überlegungen, wie man sie künftig vermeidet, werden ebenfalls diskutiert. Es gibt aber kaum Unfälle, die Folgen von mehr als zwei bis drei Jahren haben.

Die Gesundheitsversorgung: ein Werk der Massen selbst

Fast jeder Arbeiter ist in der Gewerkschaft organisiert, die meisten Albaner nach Wohngebieten in der Demokratischen Front. Genau wie auch die Frauenorganisation führen sie Hygieneaktionen durch, weisen auf die Schutzimpfungen, die Pflicht sind, hin. Die Massenorganisationen beteiligen sich an öffentlichen Ausschüssen, die die Ursachen der Säuglingssterblichkeit untersuchen und Vorschläge zur Behebung machen. Sie verbreiten medizinische Kenntnisse in Kursen, über den Verkauf von Broschüren, in Film- und Diavorträgen. Auf diese Weise nimmt fast jeder Albaner aktiv an der Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Vorbeugung von Krankheiten teil.

Geringste Säuglingssterblichkeit in Europa

Die Ergebnisse all der erwähnten Anstrengungen sind beinahe verblüffend: Schon in den 50-er Jahren gelang es durch Trockenlegung der Sümpfe, Malariaerkrankungen völlig zu verhindern. Das gleiche Resultat wurde bei der Bekämpfung der früher sehr häufigen Syphilis erreicht. Die Tbc konnte durch vorbeugende Maßnahmen deutlich gesenkt werden (1951: 296 Neuerkrankungen auf 100 000 Einwohner; 1972: 86). Obwohl das Land seit 1970 zweimal von Cholera durch die umliegenden Länder (Jugoslawien, Griechenland) bedroht gewesen ist, konnten Erkrankungen überhaupt verhindert werden.

Die vorbildliche Betreuung der Schwangeren hat die Säuglingssterblichkeit so weit gemindert, daß Albanien die geringste Säuglingssterblichkeit in Europa aufweist. Die allgemeine Sterblichkeit (8 pro 1 000 Einwohner) ist ebenfalls die geringste in Europa (Bundesrepublik: 11,7).

Durch Schutzimpfungen und Kampagnen gegen Infektions- und Saisonkrankheiten sind auch diese Erkrankungen erheblich zurückgegangen.

Die Vorbeugung als Schwerpunkt der albanischen Gesundheitsversorgung hat einen Rückgang der Erkrankungshäufigkeit bewirkt, der wiederum eine Verringerung der Betten ermöglicht. Derzeit kommen in Albanien auf 1 000 Einwohner 8 Krankenhausbetten (Bundesrepublik 11,2).

Die Arztdichte einschließlich der Zahnärzte in der Volksrepublik Albanien hält ebensogut einem Vergleich mit der Bundesrepublik stand: Auf 880 Einwohner kommt ein Arzt, während es in Westdeutschland 1 232 sind; wobei in der Bundesrepublik, anders als in Albanien, die Arbeiterviertel und die ländlichen Gebiete noch benachteiligt sind.

Nur in einem kapitalistischen Land kann es so sein, daß man lange Anfahrtszeiten zum Arzt – zumal auf dem Land – und lange Wartezeiten in Kauf nehmen muß. Und nur in einem sozialistischen Land, das wirklich planmäßig vorgehen kann, gibt es in jedem Wohngebiet die notwendigen Gesundheitseinrichtungen. In Albanien gibt es keine Privatpatienten und die schönsten Strände für Kapitalisten oder Bürokraten. Hier wird dafür gesorgt, daß die Arbeiter, die die schwerste Arbeit tun, an die schönsten Urlaubsorte an der Adria fahren können.

H.D.H., Bonn



Nachdem auf Beschluß der Massen 1967 alle Kirchen geschlossen wurden, machte man aus diesem Gebäude, der ehemaligen bischöflichen Kathedrale von Shkodra, ein Sportzentrum. Neben einer großen Halle gibt es noch zwei kleine Gymnastik- und Gerätesporthallen.

Mit banalen Hygieneempfehlungen gegen die Typhuswelle

Die Zahl der an Thypus Erkrankten stieg am letzten Wochenende auf rund 360 an, mittlerweile sind 5 Personen an den Folgen des Typhus gestorben.

Obwohl man auch gegenwärtig in Presse und Rundfunk ständig zu hören bekommt, daß der "Höhepunkt der Typhuswelle überschritten sei" (so z. B. bereits am 28.10. in der Badischen Zeitung), ist es doch offensichtlich, daß die Typhuswelle immer noch genausowenig unter Kontrolle ist, wie vor ein oder zwei Wochen.

Bis auf den heutigen Tag sind die Namen der Verkaufsstellen der Produkte der Firma Grenz nicht veröffentlicht worden und nicht zuletzt auch deswegen konnte es passieren, daß viele Typhuserkrankte zunächst falsch behandelt wurden.

Dies galt für jene 63-jährige Frau, die in Stuttgart an Typhus starb, die zunächst 10 Tage unter ärztlicher Betreuung zu Hause gelegen hatte, "bevor sie dann – zu spät – ins Krankenhaus eingeliefert worden war" (FR vom 9.11.74).

Mit jedem Typhuskranken wird immer klarer, daß das staatliche Gesundheitssystem nicht bloß versagt, sondern daß es durch sein Schweigen vorsätzlich die Kontrolle der Typhuswelle verhindert hat. Fragt sich warum? Eine Antwort darauf gab Prof. Dr.Vogt, Leiter des Medizinaluntersuchungsamtes Freiburg, der auf eine entsprechende Frage sagte: "Natürlich habe ich mir das auch schon überlegt, da die Bevölkerung ein Interesse daran hat, zu wissen, welche Gaststätten eine Gefahrenquelle darstellen. Man kann zweierlei machen: 1. Man kann die Namen nennen, was natürlich Folgen hat für die Kaufhäuser und kommerzielle Dinge spielen nun mal eine Rolle in unserer Gesellschaft. 2. Man kann die Gefahrenquelle gleich beseitigen." (Nach einer Korrespondenz aus Freiburg) Daß letzteres nicht geschah, wissen wir, daß also "kommerzielle Dinge" den Ausschlag gaben, steht fest und damit auch, daß in diesem Wirtschaftssystem aus kommerziellen Erwägungen heraus eine Seuche in Kauf genommen wird.

Worauf das Gesundheitsamt und die Kapitalisten zu Beginn der Epidemie setzten, war, daß sie schnell vorübergehen und wenig Aufsehen erregen würde. Dies ist nicht geschehen und weil allzu deutlich wird, daß der staatliche Gesundheitsapparat vor allem in Erwägung der Sicherung der Profite handelt, schlägt die Bourgeoisie mit ihrer Presse jetzt auch einen neuen Weg ein, um davon abzulenken.

Die 'Frankfurter Rundschau' spricht jetzt von einer "politischen Seuche" (9.11.), davon, daß man "den Behörden alle Informationen mühevoll aus der Nase" ziehen müsse.

Aber was ist hier der Skandal? Daß man den Behörden die Informationen "aus der Nase" ziehen muß, die "Ratlosigkeit der Ministerialen", von der der 'Spiegel' spricht (11.11.)?

Doch keineswegs, die Behörden schweigen, wie wir gesehen haben, weil es hier um "kommerzielle Dinge" geht und die Ministerialen sind ratlos, weil sie befürchten, die Empörung der Bevölkerung könnte ihrer Kontrolle entgleiten. Aber all dies ist kein Skandal, sondern "kommerzielle Dinge" als Grundlage der Gesundheitspolitik sind höchst kapitalistischer Alltag.

Nachdem also die Verharmlosung der Typhuswelle nicht mehr gelingt, soll jetzt abgelenkt werden, sollen jetzt schlecht ausgebildete Ärzte, mangelnde Hygiene der Bevölkerung, Fehler in der Bürokratie herhalten, um die Auswirkungen der kapitalistischen Wirklichkeit zum zufälligen Skandal machen zu können.

Es liegt auch auf der Hand, daß es sich hier nicht um irgendeinen Skandal handelt. Denn praktisch hat sich in all den Wochen nichts geändert, wird nicht mehr getan als zu Beginn der Typhuswelle. Die einzigen Maßnahmen, die man der Bevölkerung empfahl, waren, die Hände zu waschen, oder, wie ein Professor im Rundfunk darlegte, keine Gemeinschaftstoiletten aufzusuchen. Dieser gute Rat allerdings mag die Toilettenverhältnisse eines Professors widerspiegeln, für die Lohnabhängigen ist dies aber ein ganz unsinniger Rat.

Mit banalen Hygieneempfehlungen soll also die Bevölkerung in Sicherheit gewiegt werden und soll davon abgelenkt werden, daß nichts getan wird, die Typhuswelle unter Kontrolle zu bringen. Von dieser Menschenverachtung zeugt auch die Bemerkung der Sozialministerin Griesinger von Baden-Württemberg, die Epidemie habe auch ihre guten Seiten, weil dadurch die Bevölkerung wieder hygienebewußter geworden sei.

Angesichts dieser Zustände ist es unbedingt notwendig, zu fordern, daß die Bevölkerung sofort über alle beteiligten Firmen informiert wird. Aber dabei kann es offensichtlich nicht bleiben. Da sich der staatliche Gesundheitsapparat an den "kommerziellen Dingen" und nicht an den Interessen der Lohnabhängigen und des Volkes orientiert, werden solche Sorten von Krankheitsseuchen erst besser verhindert werden können, wenn sich das Gesundheitswesen in den Händen der Volksmassen selbst befindet. Denn diese haben kein Interesse, sich etwas in die Tasche zu lügen.

–e.r.–



Immer wieder versammelt sich die Bevölkerung auf dem besetzten Bauplatz in Marckolsheim



Durch Blockade des Grenzübergangs Sasbach wird der Grenzübertritt gesichert

Weder ein Bleiwerk in Marckolsheim, noch ein Kernkraftwerk in Wyhl !

Am Montag dieser Woche hat der Gemeinderat von Wyhl in einer geschlossenen Sitzung beschlossen, die Bürger von Wyhl in einem Bürgerentscheid darüber entscheiden zu lassen, ob das für das geplante Kernkraftwerk vorgesehene Gelände verkauft werden soll oder nicht. Über 800 Menschen, die vor dem Sitzungsort versammelt waren und die Gemeinderäte bei ihrer Ankunft unmißverständlich hatten spüren lassen, was sie wollen, jubelten über diese Entscheidung. Sie beschlossen, ihren Sieg noch am Abend kräftig zu feiern. "Erst war Ihr am Zuge, jetzt sind wir am Zuge," riefen die Versammelten den Gemeinderäten zu. Da es über den Ausgang des Bürgerentscheids keine Unklarheiten gibt, sind die Fronten jetzt noch ein Stück klarer geworden.

Vorausgegangen war eine Gemeinderatssitzung, am Sonntag eine Kundgebung von über 5 000 Menschen, zu der der Weinbauernverband in dem Ort Sasbach aufgerufen hatte. "Eberle muß weg!", wurde immer wieder gerufen. Das war die Antwort auf die dreiste Ankündigung des baden-württembergischen Wirtschaftsministers Eberle, das Kernkraftwerk in Wyhl trotz aller Proteste bauen zu lassen.

In dieser Woche wird sich der Landtag mit der Frage Wyhl beschäftigen müssen, nachdem die FDP-Fraktion in einem Dringlichkeitsantrag die Aussetzung des Genehmigungsverfahrens gefordert hat.

Welche Erfahrungen die Bevölkerung in ihrem Kampf gegen das Kernkraftwerk gemacht hat, darüber berichtet die folgende Korrespondenz, die noch vor den letzten Ereignissen geschrieben wurde.

–Red.–

Mit einer halbseitigen Anzeige in verschiedenen Zeitungen im badischen Raum gab Wirtschaftsminister Eberle am Mittwoch, 6. November, die Genehmigung des Kernkraftwerks Wyhl bekannt. Damit wischte er die Proteste und berechtigten Einwände der betroffenen Bevölkerung vom Tisch. Er ist gewillt, die Interessen der Kapitalisten mit aller Gewalt durchzusetzen.

Dieser "Alleingang" Eberles brachte den ganzen Parlamentarierhaufen ins Rotieren. Parteivertreter überbieten sich zur Zeit in scheinbarer Empörung, zeigen sich "besorgt", fürchten um das Ansehen der "parlamentarischen Demokratie". Nicht die Tatsache, daß der Wille des Volkes mit Füßen getreten wird, setzt sie in Bewegung, sondern die Art, wie Eberle seine volksfeindliche Politik durchsetzt, nämlich ungeschickt.

Vor allem die CDU-Landtagsfraktion versteht die Welt nicht mehr. Ausgerechnet am Tag der Veröffentlichung der Anzeige Eberles tagte der Vorstand der CDU-Landtagsfraktion in Kiechlinsbergen am Kaiserstuhl. Innerhalb von wenigen Minuten wurden die "Volksvertreter" mit etwa 80 Traktoren in der Winzergenossenschaft eingekreist, Landwirte ließen ihre Arbeit liegen, Frauen ergriffen Teppichklopfer und in kurzer Zeit hatten sich über 1 000 Menschen zu einer spontanen Protestaktion versammelt. Mit dem Ruf: "Späth raus!", wurden die Politiker aufgeschreckt und zur Rede gestellt. Ihre windigen Erklärungen und ihre Versuche, vom Kernkraftwerk abzulenken, indem sie sich gegen den Bau des Bleiwerkes aussprachen, verfingen bei niemandem mehr. Ein Redner der Bürgerinitiativen sagte richtig: Hier habt ihr einen Vorgeschmack bekommen; rechnet euch aus, was los ist, wenn gebaut werden sollte.
Erst nach zwei Stunden konnten die Politiker abziehen.



Mit 200 Polizisten aus dem ganzen Zollernalbkreis hat das baden-württembergische Regierungspräsidium 80 Weilheimer, in der Mehrheit Frauen, zum Rückzug von den "Rötelwiesen" gezwungen. Die Demonstranten hatten die Vermessung des fruchtbaren Ackerbodens verhindern wollen, weil sie entschieden dagegen sind, daß auf diesem Boden, nahe bei ihren Wohnungen, eine zentrale Mülldeponie angelegt werden soll, die mit Gestank und Vergiftung des Grundwassers eine ständige Gefahr für die Weilheimer bilden würde. Nachdem die erste Besetzung die Landvermessung nicht hatte zu Stande kommen lassen, mußten die Weilheimer sich nun nach kurzem Widerstand erst mal der Übermacht beugen. Keineswegs aber sind sie bereit, ihren Widerstand aufzugeben und sich von Entscheidungen überfahren zu lassen, die auf ihre Lebensinteressen keine Rücksicht nehmen.

Die Manöver der Politiker werden durchschaut

In ihrem Kampf gegen das Bleiwerk im französischen Marckolsheim und gegen das Kernkraftwerk in Wyhl haben die Menschen viele Erfahrungen mit den Parteien und Politikern gemacht. Während die Politiker in der Regierung volksfeindliche Beschlüsse fassen, versuchen ihre Kollegen in den betroffenen Gebieten, den Widerstand in die richtigen Bahnen zu lenken. Sie machen Eingaben, beantragen Gutachten, sind besorgt, mahnen zur Vernunft, zeigen sich auf Protestveranstaltungen. Ja einige übernachteten sogar auf dem Bauplatz in Marckolsheim. Sie wollen so jede selbständige Aktion verhindern und alles in parlamentarische Bahnen zurückzerren. Nichts fürchten sie mehr als den selbständigen Kampf des Volkes, denn auch sie wissen, wenn das Volk beginnt, seine Sache selbst in die Hand zu nehmen, ist es für sie der Anfang vom Ende.

Der Kampf gegen das Bleiwerk – ein Lehrstück!

Im Frühjahr dieses Jahres wußten die zuständigen Stellen angeblich von nichts. Von seiten der Landesregierung kam die Erklärung, daß die französischen Behörden das Bleiwerk nicht genehmigen würden. Als es dann genehmigt war, hüllte man sich in Schweigen oder sagte lapidar: Die Firma erfüllt auch die deutschen Umweltschutzbestimmungen. Als dann der Platz besetzt wurde, versuchte man alles totzuschweigen, erst nach Tagen wurde in der lokalen Presse darüber berichtet.
Die Politiker rechneten damit, daß der Widerstand nach wenigen Tagen abbröckeln würde. Das gerade Gegenteil war der Fall. Immer mehr Menschen unterstützten die Besetzung.

Durch die Blockade der Grenzübergänge bei Sasbach und Breisach wurde die freie Einreise für deutsche Platzbesetzer erzwungen. Bis zu 3 000 Menschen nahmen an den Kundgebungen auf dem Bauplatz teil. Bei den Nachwahlen zum Gemeinderat von Marckolsheim (11 von 20 Gemeinderäten waren zurückgetreten) errang die Liste der Platzbesetzer 70 % der Stimmen und damit alle 11 Sitze, die großen Parteien erhielten eine klare Abfuhr.

All dies ließ unsere Politiker aufhorchen und plötzlich hatten es alle sehr eilig. Hatte das Regierungspräsidium noch vor kurzem verlauten lassen, daß es gegen das Bleiwerk nichts einzuwenden habe, so wird der geplante Bau heute abgelehnt und Filbinger höchstpersönlich will in Paris vorstellig werden.
Mit diesem jämmerlichen Schauspiel wollen diese Volkszertreter ihre Haut retten, ihr Ansehen wieder aufpolieren und vor allem vom Kernkraftwerk Wyhl ablenken.

All diese Erfahrungen mit den bürgerlichen Politikern haben bei den betroffenen Menschen tiefe Verachtung und Zorn erzeugt. Allzuoft führt dies aber nur dazu, daß man von der Politik als "schmutzigem Geschäft" spricht und betont, daß das, was das Volk hier tut, mit Politik nichts zu tun hat und auch nichts zu tun haben darf. Aber genau diese Reaktion wünschen sich die bürgerlichen Politiker. Die Politik ist aber nur so lange ein schmutziges Geschäft, solange sie von einigen Herren im Interesse der Kapitalisten gegen das Volk betrieben wird. Und wenn wir am Oberrhein beginnen, für unsere Interessen zu kämpfen, so sind wir dabei, dem schmutzigen Geschäft ein Ende zu machen.

"Eberle muß weg!"

Das ist die Forderung der betroffenen Menschen am Kaiserstuhl. Nicht, daß man sich von einem anderen Mann auf dem Ministersessel mehr erwartet. Aber Leuten wie Eberle muß klar gemacht werden, daß sie nicht mehr ungestraft auf dem Volk herumtrampeln können.
Eberle hat den Erörterungstermin in Wyhl durchpeitschen lassen, obwohl die Einsprecher aus Protest den Saal verlassen hatten. Eberle hat in vielen Stellungnahmen die Gegner des Kernkraftwerkes verleumdet, ihre Einwände als unbegründet abgewiesen, er hat Gutachten anfertigen lassen, die völlig unhaltbar sind, er hat Vertreter der betroffenen Gemeinden nach Stuttgart kommen lassen und sie einer Armee von Spezialisten gegenübergestellt, sie selbst durften aber keine Fachleute mitbringen; Einschüchterungsversuche am laufenden Band! Eberle hat am 6.11. das Kernkraftwerk genehmigt, obwohl er für den 13.11. eine Anhörung mit dem Weinbauernverband vereinbart hatte. Man könnte diese Liste beliebig fortsetzen. **Es ist genug! Eberle muß weg!**

Inzwischen hat die französische Regierung geäußert, sie habe gegenüber der deutschen Firma, die das Bleiwerk in Marckolsheim bauen will, "noch keinerlei Verpflichtungen" übernommen(Heidelberger Tageblatt, 12.11.). Das ist die Reaktion auf die Initiative von Bundeskanzler Schmidt und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger, die sich vor wenigen Tagen plötzlich für die Wünsche der Weinbauern am Oberrhein interessiert zeigten.
Offenbar ist den Herren der Boden in diesem Landesteil doch zu heiß geworden. Und was kostet es sie, sich gegen den Bau eines Bleiwerkes in Frankreich zu äußern, wenn sie damit die Front gegen das Kernkraftwerk in Wyhl spalten und schwächen können? Denn dieses Kernkraftwerk wollen sie haben, wie auch Filbinger gleich in derselben Stellungnahme nochmal ausdrücklich bekräftigte. Sie spekulieren darauf, daß die bisher geschlossene Front gegen beide Projekte durch solche betrügerische Schachzüge auseinanderbricht.
Das ist aber nach allen bisherigen Anzeichen eine Rechnung ohne den Wirt.

–Red.–

Gegen Autobahnlärm

11 Delegierte der Anlieger der Sauerlandlinie aus Maten, die unter unerträglichem Lärm zu leiden haben, sind am Mittwoch letzter Woche beim Düsseldorfer Verkehrsministerium erschienen, um eine Resolution auszuhändigen, in der sofortige Maßnahmen gegen den Lärm gefordert werden. Die Anlieger bestehen darauf, daß sofort neue Lärmmessungen unter ihrer Kontrolle durchgeführt werden. Sonst würde der Meßtrupp wohl wieder an der Seite der Häuser messen, die von der Autobahn abgewandt sind. Die Lärmschutzwerte müßten von den Betroffenen selber festgestellt und überprüft werden. Auf den Vorhalt, dafür seien die Kosten zu hoch, konterten die Delegierten: Was für die Bevölkerung notwendig ist, muß getan werden.

(nach: Ortsbeilage Dortmund, Nr. 23)

Gegen Müllgebührenerhöhung

Achim. Fast 200 Bürger der kleinen Stadt Achim südlich von Bremen haben in einer Versammlung beschlossen, die geplante Müllgebührenerhöhung nicht hinzunehmen und die Kommunalpolitiker auf einer weiteren Versammlung ins Gebet zu nehmen. Weiter wurden 1 000 Unterschriften gegen die Erhöhung gesammelt. Die 100 %ige Erhöhung hängt damit zusammen, daß der Verdener Kreistag mit seiner CDU/FDP-Mehrheit beschlossen hat, die Müllabfuhr einem Privatunternehmen zu übergeben.

–Sympathisantengruppe des KBW, Achim–

Presseerklärung

Zu der Polizeischießerei in Mannheim - Käfertal

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen über die Polizeischießerei in Mannheim-Käfertal am 17. Juli 1974 wurden jetzt von der Staatsanwaltschaft Mannheim Anklagen angekündigt. Sie richten sich jedoch nicht gegen den Polizeibeamten Kastner, der Hans-Jürgen Remiszko tödlich getroffen und zwei weitere Personen schwer verletzt hat, sondern gegen 15 andere Personen, meist Jugendliche, die sich an Tätlichkeiten gegen die Polizeibeamten Kastner und Scholl beteiligt haben sollen. Sie sollen des Landfriedensbruchs, Widerstandes, Raufhandels und der Körperverletzung angeklagt werden. Während Ende Juli drei Beschuldigte verhaftet wurden und kurze Zeit später wieder freigelassen werden mußten, haben Polizei und Staatsanwaltschaft nunmehr fast alle Personen, die am Ort des Geschehens als Zeugen anwesend waren oder von denen es die Polizei auch nur annimmt, zu Beschuldigten gemacht. Damit soll offenbar erreicht werden, daß alle Zeugen, die die Vorwürfe gegen die Jugendlichen widerlegen und die Polizeischützen belasten können, als Zeugen ausgeschaltet werden, da ihre Aussagen als Angeklagte von den Gerichten als unerheblich gewertet werden.

Wie abwegig und aus der Luft gegriffen diese Anklageankündigungen sind, zeigt sich darin, daß zum Beispiel zwei der Beschuldigten zum Zeitpunkt der Schießerei nachweislich nicht einmal am Ort des Geschehens anwesend waren. Bei einem anderen, der durch eine Polizeikugel getroffen wurde, wird aus dem Verlauf des Schußkanals in seinem Bein geschlossen, daß er beteiligt gewesen sein muß, da der Kanal nur so liegen könne, wenn der Betreffende gerade getreten hat. Bei einem vierten reicht folgende Aussage zur Anklage: "Nach Angabe des Mittäters M. befand sich der Beschuldigte S. unter den Personen, die schlagend und tretend auf die Polizeibeamten eingedrungen sind. Weitere Anhaltspunkte für eine Tatbeteiligung des S. haben sich bei den Ermittlungen nicht ergeben." Ähnlich liegt es in den meisten der anderen Fälle.

Der Staatsanwaltschaft und der Polizei ging es von Anfang an nicht darum, die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen und die Polizeibeamten anzuklagen, sondern die Schuld auf die Jugendlichen abzuwälzen.

Trotz Anzeige der Mutter des Erschossenen und des Untersuchungsausschusses haben gegen den dreifachen Schützen Kastner zu keiner Zeit Ermittlungen stattgefunden, obwohl feststeht, daß Kastner einen Menschen getötet und zwei andere schwer verletzt hat. Stattdessen werden Verfahren auch gegen die beiden Schwerverletzten eingeleitet, obwohl sie in gar keiner Weise an den Auseinandersetzungen beteiligt waren. Um die Ermittlungen für die Polizei günstiger zu gestalten, wurden Zeugen systematisch eingeschüchtert, unter Druck gesetzt und durch bewußte Irreführung zu Aussagen veranlaßt. So wurde von Anfang an auch jede Darstellung der Ereignisse in der Öffentlichkeit, die von der Darstellung der Polizei abwich und für diese ungünstig war, sofort beschlagnahmt. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft bereits gegen drei verantwortliche Redakteure solcher Berichte Anklage wegen übler Nachrede, Beleidigung und Volksverhetzung erhoben. Als auf einer Veranstaltung des Untersuchungsausschusses zum Gefängnisskandal in Mannheim auf die Parallelen bei Staatsanwaltschaft und Polizei hingewiesen wurde, die Schuld von sich abzuwälzen und die Wahrheit zu vertuschen, wurde sofort ein neues Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung eingeleitet.

Polizei und Staatsanwaltschaft versuchen jetzt in aller Stille, mit einer Flut von Anzeigen jede Kritik am Vorgehen des Staates im Keime zu ersticken. Doch die Anklage wegen Totschlags gegen die Verantwortlichen, die von über 400 Mannheimer Bürgern in einer Bekanntmachung veröffentlicht wurde, läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen, genausowenig, wie Tatsachen wegzuleugnen sind. Bereits Ende August wollte die Staatsanwaltschaft mit ihren Ermittlungsergebnissen an die Öffentlichkeit treten. Auf diese Pressekonferenz warten wir bis heute vergebens.

Im Auftrag des Untersuchungsausschusses

Mathias Müllerschön
68 Mannheim 1
Augusta-Anlage 30

Der Staatsanwaltschaft und der Polizei ging es von Anfang an nicht darum, die Wahrheit ans Tageslicht

Mathias Müllerschön
68 Mannheim 1
Augusta-Anlage 30

Die Stadt ersann sich „neue Spässe"

Mit vielen Tricks versucht der Seesener Stadtrat die Jugendlichen vom Kampf für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung abzuhalten

Seit Jahren treten die Seesener Jugendlichen für ein Jugendzentrum ein. Schon im Jahre 1972 wurde ein Versuch unternommen, ein selbstverwaltetes Jugendzentrum aufzubauen. Anfangs standen viele Jugendliche mit Tatendrang hinter diesem Versuch, so geschah es auch, daß die Stadt nicht einfach die Forderung der Jugendlichen nach Räumen für ein Jugendzentrum (JZ) ablehnen konnte. Die Stadtväter sind gute Diplomaten, sie gaben den Jugendlichen verwüstete Räume, ohne Strom, ohne Heizung, kalt und muffig und ließen sie sich damit abstrampeln, die Räume wieder bewohnbar zu machen.

Hiermit allein war die Initiative der Jugendlichen nicht totzukriegen, deshalb ersann sich die Stadt "neue Späße". Wenn die Jugendlichen Geld haben wollten für Farbe usw., konnten sie sich die Hacken ablaufen. Und schließlich nach einigen Wochen kamen dann die ersten Gerüchte auf: "Der Schuppen wird ja sowieso abgerissen!"

Bisher hatten erst wenige Jugendliche aufgegeben, aber nun, wo diese Gerüchte auftauchten und man mit beschränkten Mitteln die alte Bruchbude einfach nicht gemütlich kriegen konnte, sprangen immer mehr ab. Nun war es ein Leichtes für die Stadt, der JZ-Bewegung vorerst den Todesstoß zu geben. Sie erzählte jetzt öffentlich: "In einem halben Jahr wird das Haus abgerissen (die Stadt hatte nur einige Räume gemietet), es lohnt sich nicht, noch mehr Geld hineinzustecken!" Das Gebäude steht noch immer.

Damit hatte sie vorerst gesiegt! Die Jugendlichen, die noch wirklich unerfahren waren im Umgang mit ihren Interessenvertretern, steckten auf.

Die Taktik der Stadt Seesen läßt sich folgendermaßen verallgemeinern: Sie stiftet Verwirrung, hält die Jugendlichen mit Versprechungen hin, wartet, bis sie ihre Kräfte verausgabt haben und gibt ihnen im richtigen Augenblick den Fangschuß.

Das war die eine Seite der Medaille. Die andere Seite war das mangelnde Vertrauen der Jugendlichen auf ihre eigene Kraft, die unterschiedlichen Standpunkte, wozu ein JZ gut ist, ihre mangelnde Organisation. Dies will ich nun an Hand des zweiten Anlaufs der Jugendlichen im Kampf für ein JZ darlegen.

Nach diesem ersten Anlauf konnte natürlich die JZ-Bewegung nicht für ewig tot sein. Dazu ist das Interesse der Jugendlichen an einem JZ zu groß. Schon 1973 sammelten sich wieder größere Teile der Seesener Jugendlichen hinter der Forderung nach einem selbstverwalteten JZ. Wir erhielten wieder ein Gebäude und wieder versuchte die Stadt, die Jugendlichen auszutricksen: Sie richtete die Forderung an die Jugendlichen, sie sollten einen Verein gründen, man "brauche doch wen, an den man sich wenden kann". Was ist nun aber der wirkliche Grund der Stadt? Sie hofft, die Jugendlichen in den "bürokratischen Sumpf" zu locken, um ihre Initiative zwischen all ihren für die Jugend undurchsichtigen Paragraphen vermodern zu lassen. Viele Jugendliche werden noch abgeschreckt von einer Mitgliedschaft in einem Verein, die mit einer Beitragszahlung verbunden ist. Bei diesem Versuch, die Jugendlichen hinters Licht zu führen, konnte sie anknüpfen an den Reformillusionen vieler Jugendlicher, dem Vertrauen, das diese in die Stadt setzten. Aber das Volk ist nicht dumm. Und auch die Jugendlichen lernen aus ihren Fehlern. Der Verein ist inzwischen aufgelöst und eine "Initiative JZ Seesen" gegründet.

Die Initiative JZ Seesen zieht aus den Erfahrungen im Kampf für ein selbstverwaltetes JZ folgende Konsequenzen:

1. Es wird auf einer Vollversammlung aller Jugendlichen eine Leitung gewählt, die die Aufgabe hat, die Interessen der Jugendlichen konsequent zu vertreten.
2. Auf inhaltliche Arbeit im JZ wird in Zukunft mehr geachtet. Bisher sind drei Arbeitsgemeinschaften eingerichtet, damit die inhaltliche Arbeit organisiert betrieben wird.

R.K., OAG Seesen

8 Planstellen für 80 Kinder

Stadtbürokratie droht Kita-Mitarbeitern mit Entlassung

Frankfurt. **Seit Monaten bestehen in Frankfurt scharfe Auseinandersetzungen zwischen den Mitarbeitern im "Projekt Kita" und der Stadtbürokratie. Bei den insgesamt 19 Kitas handelt es sich um Kindertagesstätten, in denen "neue Erziehungsformen" probiert werden sollen. Diese Kitas waren einer der Wahlschlager der SPD im Jahre 1972.**

Inzwischen hat sich die Lage gründlich geändert. Die Lage und die Arbeitsbedingungen in den Projekt-Kitas sind schlecht und von den ursprünglichen Versprechungen ist wenig geblieben.

Der Magistrat versucht jetzt, die Schuld für die schlechte Versorgung der Kinder auf die Kita-Mitarbeiter abzuwälzen und versucht diese als Spinner und Faulenzer darzustellen. Gleichzeitig verlangt er, daß in den Kitas bei gleicher Mitarbeiterzahl mehr Kinder versorgt würden, wodurch die Kinderversorgung noch mehr verschlechtert würde.

Oberbürgermeister Arndt erklärte: "Wer von den Betreuern nicht bereit ist, bei acht besetzten Planstellen 80 Kinder aufzunehmen, erfüllt die Voraussetzungen für eine fristlose Kündigung." (FR, 9.11.)

Gegen diese Angriffe setzten sich die Kita-Mitarbeiter auf einer Versammlung zur Wehr. Sie fordern Schaffung einer 9. Planstelle, um 80 Kinder aufnehmen zu können und weiterhin Vertretungskräfte für Ausfälle bei Krankheit, Schwangerschaft und Urlaub. Weiterhin fordern sie die Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten für die Kollegen in den übrigen 116 städtischen Kindergärten mit der Möglichkeit, einen staatlich anerkannten Erzieherabschluß abzulegen und bessere Bezahlung für alle.

Der Magistrat versucht jetzt, die Schuld für die schlechte Versorgung der Kinder auf die Kita-Mitarbeiter abzuwälzen und versucht diese als Spinner und Faulenzer darzustellen. Gleichzeitig verlangt er, daß in den Kitas bei gleicher Mitarbeiterzahl

laub. Weiterhin fordern sie die Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten für die Kollegen in den übrigen 116 städtischen Kindergärten mit der Möglichkeit, einen staatlich anerkannten Erzieherabschluß abzulegen und bessere Bezahlung für alle.

Eigeninitiative

Marburg. Auf einer Versammlung am 10.10. forderten Jugendliche, die sich nach Scheitern des Modellprojektes 1973 in Eigeninitiative als Kreisjugendclub organisiert hatten, die Einrichtung eines Jugendzentrums im Landkreis Marburg. Die ca. 130 anwesenden Jugendlichen traten u. a. ein für die Einstellung von zwei hauptamtlichen Clubsekretären durch die Jugendlichen, für die Erstellung und Durchführung eines eigenen Programms und für finanzielle Unterstützung durch Kreis und Gemeinde.

– B.H., Sympathisantengruppe Marburg –

Rücknahme der Entlassung gefordert

Frankfurt. Vor ca. 9 Wochen wurde der Berufspraktikant H.B. vom Jugendhaus Riederwald entlassen. Er

Rücknahme der Entlassung gefordert

Frankfurt. Vor ca. 9 Wochen wurde der Berufspraktikant H.B. vom Jugendhaus Riederwald entlassen. Er
hatte sich dafür eingesetzt, daß alles Angelegenheiten des Jugendhauses durch die Vollversammlung geregelt werden sollten. Die Jugendlichen wandten sich gegen diese Entlassung und führten eine Unterschriftensammlung durch. Auch die Eltern forderten in einem Brief an das Jugendamt die sofortige Rücknahme der Entlassung.

Haft für Antifaschisten

Köln. Am 3. November verurteilte das Landgericht Köln drei Arbeiter und zwei Universitätsangehörige zu Gefängnisstrafen von drei Monaten und zwei Wochen bis zu sieben Monaten und zwei Wochen ohne Bewährung.

Zum Vorwurf wurde den Angeklagten gemacht, daß sie sich an einer Aktion beteiligt haben sollen, die sich gegen faschistische Propaganda der NPD in Köln-Nippes gewandt hatte. Damals hatte die NPD versucht, mit einem Trupp eigens angereister Mitglieder Propagandamaterial zu verteilen, nachdem sie bereits einige Zeit vorher aus Nippes vertrieben worden war. Eine Gruppe Antifaschisten, die dieses berechtigterweise als Provokation empfanden, versuchte den Faschisten ihr Propagandamaterial wegzunehmen. Die Besatzung von zwei anwesenden Funkstreifenwagen griff sofort ein, beorderte weitere 15 Einsatzfahrzeuge an den Ort des Geschehens und nahm 7 Personen fest.

Während der Gerichtsverhandlung wurden insgesamt 129 Tage Ordnungsstrafe "wegen Ungebühr vor Gericht" verhängt. Das Gericht hatte einen Psychiater bestellt, der die Angeklagten während der Verhandlung beobachtete, um sie zu begutachten. Dieser diffamierte anschließend die Angeklagten als fanatisch und sprach davon, sie würden die Schuld für ihr Versagen bei der Gesellschaft suchen. Obwohl keinem der Angeklagten nachgewiesen werden konnte, daß sie NPD-Mitglieder angegriffen hätten, wurden sie alle wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung verurteilt.

–H.W., Köln–

Gegen Sanierung

Osnabrück. In der Osnabrücker Innenstadt regt sich Widerstand gegen die Sanierungspläne des Stadtrats. Bisher haben sich über 3 000 in eine Unterschriftenliste eingetragen, die in einem Fischgeschäft ausliegt. Die Empörung über die Zerstörung billigen Wohnraums, darunter auch historischer Gebäude, wird ständig genährt von den Gangstermethoden, mit denen die vom Stadtrat mit der "Sanierung" "treuhänderisch" beauftragte "Neue Heimat", schon erfahren in diesem Metier, gegen die Bewohner vorgeht. Einem kleinen Kaufmann, der sein Haus nicht verkaufen will, wurde gesagt, man werde das Nachbarhaus abreißen, ihm einen Bauzaun vor die Nase setzen, da könne er sehen, wo seine Kunden bleiben würden. Ein alter Mann, der wochenlang bearbeitet wurde, seinen Widerstand gegen den Auszug aufzugeben, liegt inzwischen im Krankenhaus.

Kollegiaten des Wolfsburg-Kollegs streikten erfolgreich

Wolfsburg Teilweise bis zu sieben Wochen nach Semsterbeginn blieben die BAföG-Zahlungen für fast alle Kollegiaten des Wolfsburg-Kollegs aus.

Die Vollversammlung beschloß daraufhin mit großer Mehrheit, ein befristetes Ultimatum mit der Hauptforderung auf schriftliche und terminierte Zusage der BAFöG-Zahlungen an die zuständigen Stellen im Behördenapparat zu richten. Gleichzeitig wurde für den Fall der Nichterfüllung der unbefristete Streik beschlossen.

Kaum hatten die Kollegiaten mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit begonnen, erklärte sich der Amtsleiter des Wolfsburger Sozialamtes zu einem Gespräch bereit.

–Schulzelle Kolleg des KSB Wolfsburg–

Begabung zum Ausbeuten geerbt

Ich studiere das erste Semester Biologie, wo in der Vorlesung gerade die Vererbungslehre (Genetik) durchgenommen wird. Wir werden mit einer Unmenge von Fakten und Vorgängen vollgestopft, die wir in Windeseile mitschreiben müssen, so daß wir kaum noch dazu kommen, nachzuprüfen, ob das überhaupt stimmt, was uns von den Wissenschaftlern erzählt wird. So erklärte uns der Dozent vor kurzem, daß der Mensch 23 Chromosomen hat. Das sind feine Fäden, auf denen eine Unmenge von Erbanlagen liegen. Bei der Zeugung eines Kindes mischen sich Erbanlagen von Mann und Frau, so daß es für die Anlagen des Kindes 8,4 Millionen Kombinationsmöglichkeiten gibt. Die Kombination, die das Kind erhält, ist Zufall, d.h. man kann keinen Einfluß darauf nehmen. Außerdem heißt das, daß kein Mensch genau die gleichen Erbanlagen hat wie ein anderer. Das hört sich alles sehr neutral und wissenschaftlich an. Jetzt leitete er aber davon folgendes ab: Da alle Menschen also von ihren Erbanlagen her ungleich sind, gibt es keine Gleichheit unter den Menschen. Die Forderung nach Gleichheit stände im Widerspruch zu den Tatsachen und deshalb entständen die Spannungen zwischen den Menschen. Diese Wissenschaft sagt also, daß der Kapitalist mit seiner günstigen Anlage auf die Welt gekommen ist, also die "Begabung" zur Ausbeutung geerbt hat und daß der Arbeiter, wenn er mehr Lohn fordert, Spannungen erzeugt, weil er nicht einsehen will, daß er halt "Pech" mit seinen Erbanlagen gehabt hat. Kein Wort davon, daß der Kapitalist deshalb Kapitalist geworden ist, weil er andere Leute Arbeit eingesackt hat und genau dann kein Kapitalist mehr ist, wenn diese Leute, nämlich die Arbeiter, ihm die Fabriken weggenommen haben.

–sy, KHG Freiburg–

KSB gegen KSB

In seinem Eifer, der Kapitalistenklasse bei der Verteidigung ihrer Eigentumsverhältnisse zur Hand zu sein, hat sich das Oberlandesgericht Karlsruhe jüngst einem verrückten Einfall angeschlossen, den die KSB-Kapitalisten schon seit einigen Jahren verfolgen. Die Herren von Klein-Schanzlin und Becker hat es verdrossen, daß in verschiedenen Städten kommunistische Studentenorganisationen unter dem Namen KSB, Kommunistischer Studentenbund, tätig sind. KSB vertrage sich nicht mit KSB. Die Studentenorganisation dürfe die Abkürzung nicht benutzen, weil die Arbeiter von KSB dadurch beunruhigt würden, daß eine Organisation mit gleichlautender Abkürzung existiere, die das selbständige Unternehmertum und die herrschende Gesellschaftsordnung beseitigen wolle.

In der ersten Instanz waren die KSB-Kapitalisten mit ihrem Begehren gegen die Bremer Studentenorganisation noch abgeschifft. Jetzt muß die Studentenorganisation vor dem Bundesgericht um ihren Namen fechten.

Unterschriften gesammelt

Sindlingen Am 8.10. erhielt S. Fischer vom Jugendhaus Sindlingen ihre fristlose Kündigung mit gleichzeitigem Hausverbot. Eingesetzt hatte sie sich für die Regelung aller Angelegenheiten des Jugendhauses durch die Vollversammlung. In Sindlingen wurden Unterschriften gegen die Entlassung gesammelt.

Privatpatienten sind was Besseres

Heute morgen kurz vor 9 Uhr saß ich mit etwa 10 anderen Personen im Wartezimmer eines Frauenarztes. Nach einer Weile kam die Sprechstundenhilfe herein, wandte sich an die einzige Privatpatientin, eine ältere Dame, und fragte sie: "Frau H., der Herr Doktor kann nicht vor halb 11 Uhr kommen, weil er dringende Operationen hat. Wollen Sie denn solange warten?"

Als ob uns, die gewöhnlichen Kassenpatienten, diese Information nichts anginge!

–tb/GUV Soz.Arb. No/Bo–

Berichtigung

In KVZ Nr.23, Seite 9, berichteten wir, daß in einem Krankenhaus in Wiesbaden 223 Kollegen an Salmonellen erkrankt seien. Richtig muß es aber heißen: **23 Kollegen** sind an Salmonellen erkrankt.

Demonstration in Karlsruhe:

„Für ein einheitliches Volksbildungswesen"

Gegen die Zustände im nordbadischen Schulwesen und gegen die Entlassungen bzw. Suspendierungen von fünf Lehrern fand am 9.11. in Karlsruhe eine Demonstration statt. Dazu aufgerufen hatten die Komitees gegen Berufsverbote und politische Entrechtung im öffentlichen Dienst (vgl. KVZ Nr.22). Rund 1 200 Menschen aus dem nordbadischen Raum schlossen sich dieser Demonstration an.

Unter den Forderungen "Weg mit den Berufsverboten", "Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf", "Das Volksbildungswesen in des Volkes Hand" und "Für ein einheitliches Volksbildungswesen" zog der Demonstrationszug durch die Innenstadt.

Während der Demonstration zeigte sich, daß viele Passanten und Menschen, die aus den Fenstern schauten, den Kampf gegen die Schulmisere als ihren eigenen Kampf begriffen. Gerade auch ausländische Arbeiter stimmten den Zielen der Demonstration lebhaft zu; ein italienischer Kollege erzählte, wie schlecht die Schulverhältnisse gerade für die Kinder der ausländischen Kollegen seien"und da muß man viel mehr zusammenhalten dagegen; auf die Finger klopfen!"

Auf der Schlußkundgebung berichteten entlassene Lehrer, Vertreter der Elterninitiative von Mannheim-Vogelstang und Schüler. In all diesen Berichten zeigte sich, wie sehr das Oberschulamt versucht, die Unruhe und Rebellion gegen die elenden Schulverhältnisse zu unterdrücken. Genauso deutlich wurde, wie sehr das Oberschulamt sich verrechnet hat, denn statt der Ruhe nimmt die Unruhe an den nordbadischen Schulen zu. In allen Beiträgen wurde auch deutlich, daß es darauf ankommt, die Auseinandersetzung um das Schulwesen unter den Forderungen der Demonstration zu verstärken. Darauf, daß diese Auseinandersetzung nicht bloß in der Schule, sondern auch in den Betrieben und Wohngebieten verstärkt geführt wird.

f.g./e.r.

Erfahrungen bei der Demonstration in Karlsruhe

Mir hat die Demonstration in Karlsruhe recht gut gefallen. Vor allem haben mich die Diskussionen mit Passanten während der Kundgebung beeindruckt. Auf der Karlsruher Fußgängerzone hatten sich viele Diskussionsgruppen gebildet, bei denen es heiß herging und die Argumente nur so aufeinanderprasselten.

Eine Gruppe sprach erregt über die Mißhandlungen an Kindern und Schülern. Viele Menschen wollten einfach nicht glauben, was ein Mann über Vorfälle an Kindergärten und Schulen berichtete. Ein anderer warf ein, daß in Rheinland-Pfalz die Prügelstrafe gerade als "pädagogische Maßnahme" wieder eingeführt worden sei. Da ich selbst Lehrer bin, diskutierte ich mit. "Das ist wohl richtig, daß an vielen Schulen und in Heimen Schüler und Kinder noch geprügelt werden. Aber selbst wenn die Prügelstrafe abgeschafft wäre, dann verfügt der Lehrer immer noch über eine Reihe von anderen Mitteln wie Drohungen, verletzende Bemerkungen und die Zensuren, um die Schüler einzuschüchtern und zu unterdrücken." Jetzt fingen viele Menschen, ältere und junge, an aus ihrer eigenen Schulzeit zu erzählen und auf den Lehrern herumzuhacken. Ich meinte, daß man den Lehrern nicht so sehr den schwarzen Peter zuschieben dürfe.

Denn es ist ja oft schwer, einen Unterricht mit 30 bis 40 Kindern, die auch alle noch so verschieden sind, durchzuführen. Man müsse in erster Linie gegen die Schulbehörden vorgehen, die das Treiben von Prügellehrern dulden als "erzieherische Maßnahmen" und nicht dafür sorgen, daß die Schüler unter tragbaren Bedingungen mit genügend Lehrern und Unterrichtsräumen lernen können.

Von da war es dann nicht mehr weit zu der Forderung der Demonstranten, daß die Eltern die schulischen Angelegenheiten selbständig in die Hand nehmen sollten. Viele Diskussionsteilnehmer stimmten dem zu – angesichts der Tatsache, daß die Zustände an den Schulen sich immer mehr verschlechtern und daß der Staat seine Schwierigkeiten auf dem Rücken des Volkes austrägt.

–J.O., Heidelberg–

Unverzügliche Einstellung gefordert

Wolfsburg. Seit Monaten verhindert das Regierungspräsidium in Lüneburg die Einstellung der Lehrerin Ilse Sommer. Als Begründung wird ihre Kandidatur auf der Liste "Demokratischer Kampf" für die Studentenparlamentswahlen an der Pädagogischen Hochschule Braunschweig angegeben. In einem Leserbrief in Wolfsburger Zeitungen forderten Lehrerkollegen "die unverzügliche Einstellung der Kollegin Sommer und aller anderen Kollegen".

Nicht eingestellt

Braunschweig. Der Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirkes Braunschweig erteilte der Lehramtskandidatin. Jutta Bosch-Peckmann Berufsverbot. Vorgeworfen wurde ihr eine angebliche Mitgliedschaft im "Sozialistischen AStA-Kollektiv" im Jahre 1971 sowie ein Leserbrief an die Kommunistische Volkszeitung.

In der Schule, der Jutta-Bosch-Peckmann zugeordnet werden sollte, herrscht jetzt ein Stundenausfall von knapp 30 %.



1 200 demonstrierten in Karlsruhe gegen die Zustände im nordbadischen Schulwesen und gegen die Berufsverbote im öffentlichen Dienst.

„B. Saarbach muß bleiben"

Berliner Schulsenator droht Eltern mit Geldbuße

Anfang Oktober erhielt die Lehrerin Barbara Saarbach von der Damaschke-Schule (Hauptschule) die Nachricht, daß sie von nun an an der Lenau-Grundschule unterrichten solle. Begründung: An der Damaschke-Schule gebe es zuviel Lehrer, während an der Lenau-Grundschule zuwenig Lehrer seien.

Mit Unterstützung der GEW wurde sofort ein Solidaritätsausschuß eingerichtet, bestehend aus Eltern, Lehrern und Schülern der Damaschke-Schule, denn allen Betroffenen war klar, daß dies nicht die wahre Begründung ist. Vielmehr war die Versetzung eine politische Disziplinierung, denn B.Saarbach war Vertrauenslehrerin an ihrer Schule, setzte sich aktiv für ihre Kollegen ein, beteiligte sich aktiv an der Urabstimmung für den Lehrerstreik und genoß vor allem das Vertrauen ihrer Schüler.

In mehreren Elternversammlungen der Schule brachten die Eltern offen ihren Unmut über diese Maßnahme zum Ausdruck und forderten: Barbara Saarbach muß bleiben!

Eltern, Schüler und Lehrer des Solidaritätsausschusses organisierten eine Demonstration zum Bezirksamt Kreuzberg. Die Schüler der Damaschke-Schule streikten für ihre Lehrerin. Am 14.10. mußte sich die Schulbehörde dem Druck beugen und nahm die Versetzung "vorläufig zurück".

Doch die Schulbehörde ließ diese Schlappe nicht auf sich sitzen. Kurz vor den Herbstferien kam Senatsdirektor Ristock von der SPD höchstpersönlich in die Damaschke-Schule, zitierte die Lehrerin zu einem "Dienstgespräch", in dem er mitteilte, daß B.Saarbach nach den Ferien an die Lenau-Grundschule zurück müßte. Außerdem drohte er allen Lehrern, die weiterhin den Kampf der Eltern und Schüler unterstützten, mit disziplinarischen Maßnahmen. Eltern und Schüler bekamen einen Brief, in dem ihnen wegen des "illegalen Streiks" Geldbußen bis zu 800 DM angedroht wurden.

Diese Maßnahme des Senats schüchterte Eltern, Schüler und Lehrer ein, so daß die spontane Bewegung zunächst zusammenbrach. Trotzdem haben sich sowohl bei den Eltern als auch bei den Schülern Kerne gebildet, die entschlossen sind, den Kampf weiterzuführen und die gesehen haben, daß an allen Schulen, vor allem an den Schulen in den Arbeiterbezirken, die Zustände miserabel sind.

–H.P., Westberlin–

daritätsausschusses organisierten eine Demonstration zum Bezirksamt Kreuzberg. Die Schüler der Damaschke-Schule streikten für ihre Lehrerin. Am 14.10. mußte sich die Schulbehörde dem Druck beugen und nahm die Versetzung "vorläufig zurück".

haben sich sowohl bei den Eltern als auch bei den Schülern Kerne gebildet, die entschlossen sind, den Kampf weiterzuführen und die gesehen haben, daß an allen Schulen, vor allem an den Schulen in den Arbeiterbezirken, die Zustände miserabel sind.

–H.P., Westberlin–

Studentenwerksgesetz gegen Studenten

Studentenwerke – Einrichtungen, die Wohnheime, Mensen, Kindergarten usw. an den Hochschulen unterhalten – werden an den westdeutschen Hochschulen zunehmend zu einem Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen der staatlichen Hochschulpolitik und den Studenten. Der Staat versucht den Einfluß der Studenten auf diese Einrichtun-

Studentenwerksgesetz gegen Studenten

Studentenwerke – Einrichtungen, die Wohnheime, Mensen, Kindergarten usw. an den Hochschulen unterhalten – werden an den westdeutschen Hochschulen zunehmend zu einem Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen der staatlichen Hochschulpolitik und den Studenten. Der Staat versucht den Einfluß der Studenten auf diese Einrichtungen zu unterbinden und ihnen die wachsenden Kosten aufzubürden. Die Studenten beginnen sich gegen diese Politik zusammenzuschließen: In Nordrhein-Westfalen forderten Tausende von Studenten in Urabstimmungen und Vollversammlungen die Rücknahme von Gebührenerhöhungen. An der Marburger Universität konnten Landesregierung und Universitätsregierung ebenfalls im ersten Anlauf eine Gebührenerhöhung nicht durchsetzen. Bereits zum Ende des Sommersemesters hatten sich 6 000 Studenten in einer Urabstimmung dagegen ausgesprochen. Der Universitätspräsident war gezwungen, die Einschreibefristen für das Wintersemester zu verlängern; am 24. Oktober demonstrierten nach Angaben des AStA 6 000 Studenten für ihre Forderungen. Zwei Tage vor Schluß der Einschreibefrist wurde dieser Kampf auf Vorschlag des von DKP und SPD-Studenten getragenen AStA abgebrochen.

Die Freiburger Universitätsstudenten bereiten sich nach einem Beschluß ihrer Vollversammlung auf eine Urabstimmung für Streik gegen Gebührenerhöhung und Verschlechterung ihrer Lebens- und Studienbedingungen vor.

Die folgende Zuschrift zeigt, wie die baden-württembergische Landesregierung versucht, durch ein neues Studentenwerksgesetz die Bedingungen zur Durchsetzung ihrer Politik gegen die Studenten zu verbessern.

Der Gesetzentwurf des Kultusministeriums sieht die Errichtung von Anstalten des öffentlichen Rechts vor mit Organen, die entweder direkt vom Kultusministerium anhängig sind (z. B. der Geschäftsführer) oder aber so besetzt sind, daß eine ständige Professorenmehrheit gesichert ist. Um diese noch zusätzlich zu sichern, sollen die studentischen Vertreter nicht von den Studenten oder deren Vertretern gewählt werden, sondern durch die Senate der Hochschulen.

Die Absicht, die das Kultusministerium mit diesem Gesetz verfolgt, ist deutlich: Immer stärker verschlechtert sich die materielle Situation der Studenten. In fast allen Wohnheimen stehen Mieterhöhungen an, viele Mensen arbeiten kaum noch kostendeckend und werden deshalb bald die Essenspreise erhöhen müssen, die Studentischen Krankenkassen stecken in einer totalen Finanzmisere und erhöhen Jahr für Jahr die Beiträge. Trotz einer "Erhöhung" der Förderung bekommen die Studenten heute real weniger Geld als vor 2 Jahren. Gegen diese ständige Verschlechterung ihrer Lebenssituation haben immer mehr Studenten den Kampf aufgenommen, so durch Mietstreiks in den Wohnheimen oder Boykott der Sozialgebühren. Immer stärker wird die Forderung nach kostendeckender Ausbildungsförderung unterstützt. Durch die Organisation der Studentenwerke als Vereine sind relativ gute Ausgangsbedingungen für diesen Kampf geschaffen. Der enge finanzielle Rahmen steckt den Vereinen aber auch ihre Grenzen: Sie können Wohnheime nicht nach dem vorhandenen Bedarf ausbauen, sondern nur nach dem gewährten Geld. Sie müssen ein Mensaessen entweder mit niedriger Qualität oder aber zu hohen Preisen herstellen. Insgesamt können aber die Vereine ihre Tätigkeit bloß nach dem finanziellen Wollen des Staates betreiben. Doch dies reicht dem Staat nicht aus, er will Einfluß nehmen auf alle Teile des Sozialbereichs. Dazu müssen alle Organe der Selbstverwaltung zerschlagen werden. So sieht der Entwurf des StuWeG z. B. den Erlaß von Heimordnungen vor, die durch das Kultusministerium genehmigt werden müssen. Zudem wird sich die Situation im Sozialbereich in den kommenden Monaten noch verschlechtern. Das Kultusministerium hat deutlich gemacht, daß die Studenten in allen Bereichen mehr zur Kasse gebeten werden sollen. Es weigert sich z. B., einen Anteil am Essenspreis zu übernehmen, bei der Neuordnung der Krankenversorgung soll der Student ca. 150 DM pro Semester zahlen (heute zwischen 60 DM und 100 DM); die Mittel für den Wohnheimneubau für 1975/76 werden fast total gesperrt.

Die erste Lesung des Gesetzes im Landtag hat gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien sich in der Sache einig sind. Alle drei großen Parteien bejahen den Entwurf grundsätzlich, kritteln höchstens hier ein bißchen und da ein bißchen herum – an der Grundlage wollen sie aber nichts ändern. Dies kam auch deutlich bei einem Hearing zu dem Gesetz heraus:

Eingeladen waren nicht die Betroffenen, sondern die Universitäten und die Geschäftsführer der Studentenwerke – Leute, die dem Gesetz im Grunde positiv gegenüberstehen. Die zwei von Studentenwerken anwesenden studentischen Vertreter lehnten das Gesetz rundum ab und forderten eine Anhörung der Studenten als den an sich Betroffenen. Sie ernteten nur ein müdes, mitleidvolles Lächeln.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg versucht in diesem Gesetzentwurf die Kontrolle des Staates über die Studentenschaft weiter auszudehnen, die Einrichtungen des Sozialbereichs unmittelbar unter seine Kontrolle zu zwingen. Dem stellen die Kommunisten an den Hochschulen ihre Forderung nach Selbstverwaltung aller studentischer Sozialeinrichtungen und voller Finanzierung des Sozialbereichs durch den Staat entgegen.

–b.m. khg hohenheim–

Debatte verboten

Bildungssenator will Diskussion über Berufsverbote verbieten

Bremen. Die Entlassung der Lehrerin Karin Maier und die geplante Entlassung des Lehrers Siegfried Faulstich haben zu einem breiten Widerstand der Lehrer, Eltern und Schüler gegen diese Maßnahmen des Bremer Bildungssenators geführt. Die Fachgruppe Gymnasium der GEW (Verband Bremer Lehrerinnen und Lehrer) verabschiedete einstimmig eine Resolution gegen diese Maßnahmen. Eine Schülervollversammlung des Gerhard-Rohlfs-Gymnasiums forderte die Zurücknahme der Entlassung von K. Maier und der Entlassungsdrohung gegen S. Faulstich.

Die Schüler des Gerhard-Rohlfs-Gymnasiums sammelten in Bremen-Nord Unterschriften gegen die geplante Entlassung und auch am Schulzentrum Lerchenstraße führten die Schüler spontan eine Unterschriftensammlung durch. In vielen Lehrerkollegien wurde die Debatte über die Berufsverbote geführt. Der Bremer Schulsenator hatte nichts anderes zu tun, als am 5.11. auf einer Direktorenkonferenz den Beschluß zu fassen, daß in den Kollegien über die Entlassungen nicht mehr diskutiert werden dürfe. Die Lehrer der "Kleinen Helle" beschlossen nach halbstündiger Debatte, auf der nächsten Konferenz trotzdem die Frage der Entlassungen als Tagesordnungspunkt eins zu behandeln.

Mehrheit für Streik

Konstanz. In der Woche vom 4. bis 8. November fand an der Universität Konstanz ein Vorlesungsboykott statt.

Seit Sommer 1974 hat es an der Uni Konstanz 16 Fälle von Berufsverboten gegeben. Gegen diese Maßnahmen der Landesregierung entwickelte sich an der Universität ein breiter Widerstand. Sowohl der akademische Mittelbau wie auch die Studenten führten eine Urabstimmung über einen Streik an der Universität durch.

52 % des akademischen Mittelbaus, der Assistenten und Wissenschaftlichen Angestellten, und 80 % der Studenten stimmten für einen Streik. Obwohl bei den Assistenten nicht die erforderlichen 75 % für den Streik erreicht wurden, zeigt dieses Ergebnis doch, wie stark die Streikbereitschaft beim wissenschaftlichen Personal trotz aller Drohungen geblieben ist. Ungefähr 400 Menschen beteiligten sich am Donnerstag an einer Demonstration zum Abschluß der "Aktionswoche".

Red.

nach einem Bericht aus Konstanz

Düsseldorf. Mehr als 8 000 nordrhein-westfälische Studenten folgten am Donnerstag vergangener Woche dem Aufruf des VDS und der nordrhein-westfälischen Landes-ASten-Konferenz zu einer Demonstration gegen die unzureichende Ausbildungsförderung für die Kinder armer Eltern und die Verschlechterung ihrer Lebens- und Studienbedingungen. Gefordert wurde die Erhöhung der Ausbildungsförderung auf 600 DM monatlich und die Anhebung der Elternfreibeträge.

Das Verteidigungsministerium und die Miliz

Warum die Bundeswehrführung Propaganda gegen die Miliz macht

Die Zeitschrift 'HEER' 6/74 beschäftigt sich mit der Wehrstruktur der BRD unter der Überschrift: "Warum keine Freiwilligenarmee."
Gegenübergestellt werden:
Wehrpflicht, Freiwilligenarmee und Miliz.
Der Artikel erklärt, daß die derzeit bestehende Regelung (Wehrpflicht) die einzige Möglichkeit sei, die BRD zu verteidigen.

Dies war zu erwarten. Interessant ist aber der Teil des Artikels, der sich mit dem Milizsystem befaßt. Gegen das Milizsystem werden 3 verteidigungspolitische Argumente ins Feld geführt:
1. "Eine Miliz verfügt über keine stehenden, das heißt präsenten Einheiten und Verbände. Schon das ist ein schweres Handicap für eine Bündnispolitik mit festgelegten militärischen Beitragsansprüchen."
2. "Eine Massenmiliz auszurüsten übersteige zudem unsere finanziellen Möglichkeiten."
3. "Auch setzt die Miliz-Idee traditionelle Bereitschaft zum Dienen und Entschlossenheit der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft zur Landesverteidigung voraus."

Zum ersten Argument braucht nicht viel gesagt zu werden, da ein Milizsystem nicht mit den Zielen der NATO in einen Topf gebracht werden kann.
Zur Kostenfrage:
Richtig ist, daß die Ausrüstung einer Miliz mehr Kosten verursacht als die derzeitige Bundeswehr, wenn die gleichen aggressiven Ziele erhalten bleiben.
Ein Beispiel:
Die Panzerwaffe der BRD wird im wesentlichen durch mittlere Kampfpanzer (Leo; M 48) gebildet. Dieses Waffensystem ist teuer und die Ausrüstung einer Miliz mit derartigen Waffen würde natürlich eine Kostenlawine ins Rollen bringen.
Warum ist z. B. der LEO so teuer?
"Die Ausrüstung der NATO-Landstreitkräfte (ist) zu teuer, weil nicht konsequent für den Einsatzraum Mitteleuropa geplant . . . Er (der LEO) kann nicht nur offensiv oder defensiv verwendet werden, er ist auch am Nordpol und in der Sahara einsetzbar – und dafür entsprechend teurer . . . zwar hat die Industrie längst erkannt, daß das einem Kriegsschauplatz Mitteleuropa adäquat angepaßte Waffensystem der leichte Radpanzer ist, noch aber setzt die militärische Führung auf die teureren mittleren Kampfpanzer." (H.Rühle in: Wehr und Wirtschaft 9/73, S. 503). Hier liegt der Kern der Kostenfrage. Nicht die Wehrstruktur ist der Angelpunkt der Kostenfrage, sondern bestimmte militärische Ziele verlangen Waffensysteme, die diesem Zielen angepaßt sind.

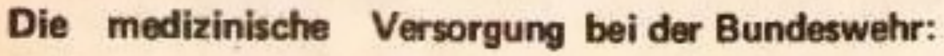
Und eine Miliz, wie sie die Herren in Bonn erwogen haben ist natürlich nur möglich mit den gleichen militärischen Zielen.

Das 3. Argument ist völlig richtig und wohl auch das entscheidende. Was sollen die Menschen in der BRD verteidigen? Die Profite der Kapitalisten? Die 600 000 Arbeitslosen? Sollen wir fallen, damit die Aktienkurse steigen? Ja, das sollen wir, aber wir wollen das nicht. Es stellt sich hier die Frage, warum dieses Argument gerade bei der Erwägung des Miliz einfällt. Jene traditionelle Bereitschaft zur Landesverteidigung ist in dieser Bundeswehr genauso wenig vorhanden, aber hier verhält es sich wohl so wie Rosa Luxemburg einmal sagte: "Wäre dieses Vaterlandsinteresse ehrlich und aufrichtig gemeint, dann" – so führte sie aus – "brauchten die herrschenden Klassen ja nichts anderes zu tun als die alte Programmforderung der Sozialdemokratie, das Milizsystem, in die Tat umzusetzen. Denn nur dies sei die einzige sichere Gewähr für die Verteidigung des Vaterlandes, da nur das freie Volk, das aus eigenem Entschluß gegen den Feind ins Feld rückt, ein ausreichendes und zuverlässiges Bollwerk ist für die Freiheit und die Unabhängigkeit des Vaterlandes. Nur dann könnte es heißen: Lieb Vaterland, magst ruhig sein! Weshalb also, so frage ich, wollen die offiziellen Vaterlandsverteidigung von diesem einzig wirksamen System der Verteidigung nichts hören?

Nur deshalb, weil es ihnen eben nicht auf die Vaterlandsverteidigung ankommt, sondern auf imperialistische Eroberungskriege, zu denen die Miliz allerdings nichts taugt. Und ferner scheuen sich wohl deshalb die herrschenden Klassen, dem arbeitenden Volk die Waffen in die Hand zu geben, weil das böse Gewissen der Ausbeuter sie befürchten läßt, die Waffe könne auch einmal nach einer Richtung hin losgehen, die den Herrschenden nicht lieb ist." (R.L., Rede vor der Frankfurter Strafkammer, 20.2.1914, EVA R.L. Politische Schriften II, S. 8)



In der Ausbildung werden die Soldaten geschunden, damit sie gehorchen – Aber um die Bourgeoisie zu schlagen, muß die Arbeiterklasse auch das Kriegshandwerk erlernen und sich gegen die Kommandeure der Bourgeoisie zur Wehr setzen.



Die medizinische Versorgung bei der Bundeswehr:

Muss der Finger ab?

Kein Interesse an der Gesundheit der Soldaten

Wetzlar. Erschöpft kamen wir am nächsten Tag in unseren Block zurück, wo die Kameraden gerade eine Funktionskontrolle der Waffen durchführen mußten. Wir mußten mitmachen. Als die Waffen wieder zusammengebaut wurden, quetsche ich mir dabei den kleinen Finger der rechten Hand ein. Im Sanitätsbereich wurde der Finger sofort provisorisch behandelt, sprich verbunden.

Die nächsten Tage geschah folgendes: Sonntag: Mit starken Schmerzen meldete ich mich im San-Bereich. Nur mit größten Schwierigkeiten konnte der blutverklebte Verband abgenommen werden. Der Militärarzt betrachtete sich den Finger, ließ von einem Sanitäter eine Salbe draufschmieren und ihn wieder verbinden. Ich wurde innendienstkrank geschrieben (d. h. ich durfte nur Arbeiten innerhalb des Gebäudes verrichten).

Montag und Dienstag wiederholte sich der Vorgang von Sonntag.
Mittwochs fuhren wir zurück nach Wetzlar. An diesem Tag wurde der Finger überhaupt nicht behandelt. Donnerstag und Freitag kam jeweils ein neuer Verband drauf. Der Arzt fragte, ob der Finger schon geröntgt sei, was ich verneinte. Sein Kommentar: "Ist gut." Auf den Krankenschein schrieb er: leichte Tätigkeit möglich. So konnte mir der Spieß befehlen, den Antreteplatz zu kehren. Auf meinen Einwand, ich sei an der Hand verletzt, meinte er, ich könne das ja mit der linken Hand machen (nach kurzer Zeit meldete ich mich wegen der starken Schmerzen vom Kehren zurück).
Am Freitag-Nachmittag fuhr ich dann nach Hause.

Sonntags bekam ich plötzlich Fieber. Ich meldete mich ordnungsgemäß beim nächsten Bundeswehrarzt (das ist Pflicht, einen Privatarzt muß man grundsätzlich selbst bezahlen mit ein paar Ausnahmen). Der BW-Arzt teilt mir mit, ich solle mich am nächsten Tag bei meinem Hausarzt melden, der am nächsten Tag den Finger untersuchte und mich zum Röntgen schickte.
Am Dienstag wurde der Finger endlich geröntgt – und zwar von einem Privatarzt. DIAGNOSE: KOMPLIZIERTER BRUCH UND FINGERNAGEL VÖLLIG UNTER EITER. Noch am gleichen Tag wurde der Finger unter Vollnarkose operiert (der Fingernagel wurde abgenommen). Der Finger wurde in Gips gelegt und ich reiseunfähig geschrieben. Eventuell muß er sogar abgenommen werden. Bei richtiger Behandlung hätte es keine größeren Schwierigkeiten gegeben.

Was zeigt dieser Vorfall, der damit sicher noch nicht sein Ende gefunden hat? Er zeigt, daß die Soldaten gehetzt werden bis zur Erschöpfung, wobei Unfälle unausweichlich bleiben. Ist ein Soldat von solch einem Unfall betroffen oder von einer Krankheit, dann hat er ganz offensichtlich Pech gehabt. Denn wie es um die medizinische Versorgung innerhalb der Bundeswehr steht, zeigt mein Beispiel anschaulich. Der Soldat wird dann im wahrsten Sinne des Wortes zusammengeflickt, aber nicht geheilt. Umso schneller kann er dann auch wieder für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung", sprich die Macht der Kapitalistenklasse eintreten.

Panzergrenadier K., Wetzlar

Aus der „Aktuellen Information"

Belehrung über Spionage und Zersetzung

Das Gezeter des MAD wird die politische Arbeit nicht aufhalten

Vor kurzem hatten wir im Rahmen unserer Grundausbildung Besuch von einem Oberleutnant des MAD. Er wollte uns eigentlich klarmachen, daß Spionage und Zersetzung gemeingefährlich sei, daß jeder auch nur die geringsten Anhaltspunkte melden und auf keinen Fall "falsche" Kameradschaftstreue üben sollte.
Das Erscheinen dieses Herrn war für uns überraschend und so konnte sich niemand darauf vorbereiten, was uns aber nicht hinderte, trotzdem zu versuchen, ihn auszuquetschen und zu entlarven.
Auf einige Fragen hin wurde klar, was der MAD unter Zersetzung versteht: Ein geplantes und organisiertes Herangehen an Angehörige der Bundeswehr und der Versuch, sie zu Handlungen gegen ihren Auftrag zu bewegen.
Was dies praktisch bedeutet, stellte sich schnell heraus, als der Oberleutnant uns zwar gestattete, "mal" mit einem Kameraden darüber zu sprechen, warum der Bund uns stinkt, aber wenn wir ihn dann auffordern würden, zu verweigern, dann wäre es Zersetzung. Oder: Wenn organisiert und geplant Flugblätter an die Rekruten am Bahnhof von der DFG/IDK verteilt werden, dann ist dies ebenfalls Zersetzung, denn es ist ein geplantes Herantreten usw. . . !
Ab diesem Ausspruch kam der MAD-ler nicht mehr in seinem Programm weiter, zu viele Fragen und Bemerkungen kamen auf, so daß er seinen Kopf nicht mehr aus der Schlinge ziehen konnte, die in den ersten Beiträgen schon geflochten wurde. Der Bund nimmt sich die Frechheit heraus, organisiert planvoll seine Demagogie und Bauernfängerei in den Schulen zu verbreiten. Er plant und organisiert sogenannte "Tage der offenen Tür", um das Image der Bundeswehr in der Bevölkerung wieder aufzufrischen und junge Kräfte mit Begeisterung für den ach so technischen, automatischen und mit den schönsten Köstlichkeiten des heutigen Lebens ausgestatteten Bund zu fangen. Wie es wirklich in der Bundeswehr aussieht, erfährt man ja bekanntlich auf solchen Festen nicht.
Aber nimmt sich eine Gruppe das Recht heraus und geht organisiert und geplant vor die Kasernentore, die Bahnhöfe oder auf die öffentlichen Feste der Bundeswehr um über den volksfeindlichen Charakter dieser Armee zu informieren, Vorfälle und dgl. mehr, so werden sie vom MAD geschnappt, schikaniert und die Flugblätter beschlagnahmt.
Daraufhin konnte der Oberleutnant nur noch sagen, daß der Wehrkundeerlaß ja noch sehr umstritten sei und außerdem nicht in seinen Bereich falle. Wie lächerlich das klingt, zeigt sich noch mehr daran: In einem Beitrag wurde festgehalten, daß der MAD die Soldaten anscheinend für äußerst dumm halte, wenn er ihnen die Flugblätter an der Wache abnehmen läßt, damit sie ja nicht von diesem Zeug beeinflußt werden. Dumm deshalb, weil wir ein Kindermädchen brauchen, das uns für unfähig hält, die Informationen und Gedanken zu überprüfen und zu schauen, ob sie mit den unsrigen übereinstimmen. Dieses Kindermädchen entscheidet dann, welche Informationen wir in die Hände bekommen dürfen und welche nicht. Daraufhin sagte er: Ja, wir sind in diesem Falle ihr Kindermädchen, denn es gibt Soldaten, die sind einfach dumm.
Daß der MAD natürlich Angst hat, daß wir uns erstens über den Charakter der Bundeswehr klar werden und zweitens uns mit den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes solidarisieren und sie unterstützen, das wagte er nicht auszusprechen. Aber um zu erreichen, daß die Soldaten sich eben mit diesen Kämpfen solidarisieren, ist es eben notwendig, daß wir uns das Recht, Flugblätter und Schriften vor der Kaserne zu vertreiben, nicht nehmen lassen, zumal die Soldaten durch ihre Kasernierung von "draußen" so gut wie nichts mitbekommen, also auch nicht, was das Volk im Moment bewegt. Umso notwendiger ist es daher, daß die Kontakte zu Soldaten und Kasernen gehalten und ausgebaut werden.

–M.A., 12./LWAusbRg 3 Roth/Nbg–

Soldat unterrichtet über Chile

Die „Aktuelle Information" wird politisch genutzt

Kaserne Gellendorf. Zu allen anderen Unterrichten haben wir einmal in der Woche noch eine 3/4 Stunde aktuelle Truppeninformation in der aktuelle Weltgeschehnisse diskutiert werden. Dieser Unterricht wird von einem Rekruten des jeweiligen Zuges gehalten. Im letzten Unterricht habe ich über Chile gesprochen.

Ich habe gleich mit offenen Karten gespielt, Kameraden von der Demonstration in Frankfurt berichtet, über die Situation vor und während der Allende Regierung und über den Putsch. An diesen Punkten entwickelte sich eine lebhafte Diskussion besonders über die Preissteigerungen und die Todeslager. Leutnant Jung, unser Zugführer, meinte dazu, daß der Putsch in Chile nicht gerade die feine englische Art gewesen sei, aber sie hat das Land vor dem totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt. Er glaube nicht, daß die Todeslager Todeslager sind. Ich konnte unserem Leutnant alle Punkte klar widerlegen, auch einige Kameraden griffen heftig mit in die Debatte ein. Meine Beiträge wurden einige Male durch Applaus unterbrochen, was bei dem Leutnant nicht der Fall war. Während des Unterrichts habe ich die Chile-Zeitung verteilt.
Nach der aktuellen Truppeninformation kamen viele Kameraden zu mir, sie sagten, so interessant war es noch nie, sie hätten viel gelernt und ich sollte es das nächste Mal wieder machen. Am meisten hat ihnen gefallen, daß ich auch dem Leutnant meine Meinung gesagt habe und nicht zurückgewichen bin.
Das Gute an der ganzen Sache ist auch, daß der Leutnant mir nicht das Wort verbieten konnte, denn ich war der, der den Unterricht leitete.
An diesem Beispiel zeigt sich, wie wichtig es ist, gegenüber den Kameraden offen und ehrlich zu sein und daß man den Kameraden Mut machen muß, gegen die Verhältnisse in der Bundeswehr anzugehen und gegen die Bundeswehr selbst. Daß man nicht erst sein Rückgrat brechen läßt, sondern daß man immer sein gerades Rückgrat bewahren muß.
Nur wenn wir so die Politik betreiben, werden wir Kameraden, die versetzt werden und keinen Kontakt mehr zu uns haben, stärken können und die 'Offiziere' haben es noch schwerer, ihre Ideologie durchzusetzen und den Kameraden das Rückgrat zu brechen.
Nur wenn wir so die Politik betreiben, werden wir das Herzstück der Kapitalistenklasse, die Bundeswehr, außer Takt setzen.

–Kaserne Gellendorf–

Training für den Einsatz in Nordirland

Celle. Der Krieg in Irland hat sehr direkt mit der hier stationierten britischen Armee zu tun. Denn zum einen werden die Soldaten hier für den Krieg ausgebildet und zum anderen werden sie turnusmäßig von der Bundesrepublik aus in Irland eingesetzt.
In Bergen/Hohne üben sie speziell den Straßenkampf. Das in Celle stationierte Regiment Prince of Wales war z. B. 18 Monate in Irland.
Seitdem die Kämpfe in Irland wieder zunehmen, spüren wir und die Bevölkerung wieder mehr von den Kämpfen in Irland.
Soldaten mit Schnellfeuerwaffen und Barrieren vor den Kasernen und der NAAFI (englische Versorgungsorganisation). Wir Kollegen müssen einige Kontrollen über uns ergehen lassen. Das erste Tor, wo wir sonst immer reinfahren, ist mit Stacheldraht dicht gemacht. Viele Kollegen und auch die Celler Bevölkerung hat keine gute Meinung von dieser Armee und speziell von ihrem Auftreten hier in Celle. Die britische Armee hält es genauso, daß sie Menschen, die aktiv für ihren Abzug eintreten, bespitzelt. Vor kurzem hat sie meine Wohnstätte heimlich auf der Kamera festgehalten.
Die Stationierung der britischen Truppen hat für die meisten westdeutschen Bürger nur Ärger bedeutet, außerdem führt die Anwesenheit von fremden Truppen immer leicht zu Verwicklungen. Deshalb ist es richtig, den Abzug aller fremden Truppen zu fordern und einen Friedensvertrag mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges.

R.K., OAG Celle

Die Arbeitslosigkeit ist die Ursache der Hungerkrisen

Die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) die eine Organisation der UNO ist, führte vom 6. bis 15. November in Rom eine Ernährungskonferenz durch, an der Regierungsvertreter von 149 Staaten teilnahmen.
In der Welt, besonders in den Ländern der Dritten Welt, nehmen die Hungerkrisen derzeit eher zu statt ab. Der Generalsekretär der UNO, Waldheim, gab vor den Delegierten bekannt, daß mindestens 400 Millionen Menschen direkt an Hunger oder Unterernährung leiden.

Zehntausende sterben jährlich an Hunger. Bekannt geworden sind die Katastrophen in der Sahel-Zone am Rand der Sahara, in Äthiopien, in Bangla Desh und Indien. Der Generalsekretär der UNO erklärte, wenn keine wirksamen Maßnahmen eingeleitet werden, dann würde die Zahl der Menschen, die am Verhungern sind, weiter steigen. Die Konferenz hat das Ziel, dementsprechend ein Aktionsprogramm zu beschließen, worüber bis Redaktionsschluß noch nichts vorlag.
Gezeigt hat sich aber an der Debatte, daß die Frage der Hungerkrisen keine Frage von Naturkatastrophen, schlechten Böden oder Mißernten ist. Auch kann nicht die Rede davon sein, daß die Ernährungsgrundlage für die Erdbevölkerung unzureichend geworden ist. Experten der FAO wiesen nach, daß höchstens 50 % des anbaufähigen Bodens derzeit in der Welt für die Nahrungsmittelproduktion genutzt wird.
Die Frage der Hungerkrise ist eine höchst politische Frage. Es hat sich herausgestellt, daß die imperialistischen Staaten mit der Nahrung Außenpolitik betreiben, das heißt, daß sie fortgesetzt die Nahrungsmittelüberschüsse benutzen, um andere damit zu erpressen. Auf dieser Linie lag der Vorschlag Kissingers, ein internationales Abkommen zu schließen zwischen den Haupt-Nahrungsmittelexportländern, um die Nahrungsmittelproduktion in den betreffenden Ländern besser aufeinander abzustimmen. Dieser Vorschlag der US-Imperialisten läuft darauf hinaus, die Nahrungsmittelüberschüsse der jeweiligen Länder noch stärker zu kontrollieren, als sie das ohnehin schon tun. Die Hungerkrise würde dadurch nicht beseitigt, sondern verschärft. Wenn eine internationale Vereinbarung getroffen wird über die bessere gegenseitige Unterstützung mit Nahrungsmitteln, dann müssen die Maßnahmen zum Nutzen aller sein und von allen Staaten der UNO gleichberechtigt kontrolliert werden. In diesem Sinn war auch der Vorschlag des Präsidenten Marei, des früheren ägyptischen Landwirtschaftsministers
Viele Vertreter der Dritten Welt stellten die Frage nach dem Verantwortlichen für die schlechte Ernährungslage. Der Vertreter Indiens erklärte: die Nahrungshilfe sei kein Akt der Barmherzigkeit, sondern eine Pflicht; die hochentwickelten Staaten müßten für die Krise verantwortlich gemacht werden. Deshalb hätten die Entwicklungsländer Anspruch auf eine "gerechtfertigte Entschädigung". Der cubanische Vertreter äußerte sich so: Schuld am Hunger in der Welt seien aber letztlich "Kolonialismus und Imperialismus". (Süddeutsche Zeitung vom 8.10.)
Das kann man leicht an folgendem sehen: Welche Menschen haben nichts zu essen? Das sind die Menschen, die keine Arbeit haben oder die nicht arbeiten können und von niemand versorgt werden. Jedenfalls ist die Tatsache unbestreitbar, daß der Hunger aus der Arbeitslosigkeit folgt. Das läßt sich in Europa zeigen, zum Beispiel an den Verhältnissen in Süditalien und das läßt sich in den USA nachweisen, wo viele Arbeitslose in großem Elend leben und nichts zu essen haben. Bei uns, wo es derzeit 700 000 Arbeitslose gibt, ist die Lage noch nicht so schlecht, aber sie verschlechtert sich mit der Dauer der Arbeitslosigkeit. Wenn ein Arbeiter, der nichts besitzt außer seiner Arbeitskraft, sich und seine Familie am Leben erhalten will, muß er arbeiten, darüber kann kein Zweifel bestehen. Schuld an der Arbeitslosigkeit sind also nicht die Arbeiter, sondern schuld sind vielmehr die Kapitalisten, die den Arbeiter nicht brauchen können und ihn entlassen, wenn sie aus seiner Arbeit keinen Profit schlagen können.
In den Ländern der Dritten Welt ist die Lage so, daß die Kapitalisten aus den entwickelten Ländern die Wirtschaft beherrschen. Sie besitzen sämtliche Fabriken, sie besitzen alle Rohstofflager und sie kontrollieren selbst die landwirtschaftliche Produktion. Seit Jahrhunderten plündern die Kapitalisten diese Länder aus und verhindern die selbständige, nationale Entwicklung. Deshalb hat der cubanische Vertreter recht mit seiner Behauptung, daß Imperialismus und Kolonialismus schuld an der Hungerkrise sind.
Die Arbeitslosigkeit und der Hunger und das Elend lassen sich beseitigen, wenn die Völker ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und ihr Land und die nationale Wirtschaft selber aufbauen. Die Ölländer haben den Anfang gemacht. Sie haben den imperialistischen Konzernen die Verfügungsgewalt über die Ölquellen weggenommen und der nationalen Verfügung unterstellt. Damit haben sie sich die Mittel verschafft, um die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Sie haben die nationale Unabhängigkeit und Souveränität gestärkt. Andere Länder sind diesem Beispiel gefolgt, so zum Beispiel die mittelamerikanischen Bananenexportländer. Sie beginnen, die Verfügung der US-Konzerne über die Bananenproduktion einzuschränken mit dem Ziel, den Bananenanbau ganz in die nationale Verfügung zu übernehmen.
Diese Entwicklung zeigt das Erwachen der Völker der Dritten Welt. Sie sind nicht länger bereit, die Abhängigkeit vom Imperialismus hinzunehmen. Sie erkennen die eigene Stärke und im Vertrauen darauf schreiten sie voran bei der Entwicklung der unabhängigen nationalen Wirtschaft.
Ihr Vorbild ist dabei die Volksrepublik China. Die VR China ist ein sozialistisches Entwicklungsland. Heute braucht in China niemand mehr zu hungern. Der chinesische Delegierte erklärte: China führt heute genausoviel Nahrungsmittel aus wie es einführt. Bald werde es einen wesentlich größeren Beitrag leisten können zur Unterstützung der armen Länder im Kampf gegen Hunger. Wie China das Problem der Arbeitslosigkeit und der Ernährung gelöst hat, zeigt der folgende Bericht aus der chinesischen Zeitschrift "Peking Rundschau Nr. 31. –g.j.–



Eine hungernde Familie – Mit den Nahrungsmitteln spekulieren die Reichen.

Bangla-Desh:

Geschäft mit dem Hunger

Spekulation mit den Nahrungsmitteln durch die Awami-Liga

In den letzten Monaten verschärft sich die Hungersnot in den südasiatischen Ländern Indien und Bangla Desh. In Indien gab nach langem Schweigen Anfang Oktober sogar die Regierung zu, daß "die Ernährungslage schwierig sei". Es fehlen insbesondere in den östlichen und südlichen Teilen Indiens mehr als 10 Mio Tonnen Getreide. Die Todesopferzahl ist nicht bekannt, aber nur ein Teil der vielleicht 100 Mio Hungernden erhält die Hilfsration, die zwischen 80 g und 140 g Reis pro Tag und Person liegen und auf die Dauer das Überleben nicht sichern können.

In Indien ist das Ausbleiben des Regens der Anlaß der Hungersnot, während im Nachbarland Bangla Desh die Auswirkungen einer Flutkatastrophe im August hinzukommen, die 30 Mio Menschen (der Hälfte der Einwohner) ihre Häuser und Teile der Nahrungsmittelvorräte und Kleidung zerstörte. Hier wie in Indien fliehen die Hungernden in die Städte: die Einwohnerzahl von Dacca, der Hauptstadt, soll sich verdoppelt haben. Aber auch dort finden sie kein Essen.

Die Trockenheit trifft in beiden Ländern im Wesentlichen die armen Bauern. Die Reichen konnten sich in den letzten Jahren durch ausländische Kredite Bewässerungsanlagen schaffen. Sie hatten auf den bewässerten Feldern eine Frühjahrsernte, während die armen Bauern auf dem wenigen Land, das ihnen in der Konkurrenz mit den Reichen noch geblieben ist, schon im letzten Jahr eine schlechte Ernte hatten und auch in diesem Jahr wenig erwarten können. So wird das Leben der armen Bauern zum Spekulationsobjekt der reichen Bauern und Händler. Jeder Verhungerte treibt die Getreidepreise höher.
In Bangla Desh hat das Hochwasser zu einer allgemeinen enormen Preissteigerung geführt. Zum Beispiel stiegen durch Spekulationen in einem Jahr die Preise von Zucker um 40 %, die von Garn um 120 %. So wie die Regierung von Bangla Desh nichts getan hat, um die Flut durch Flußregulierung aufzuhalten, so tut sie auch jetzt nichts gegen die Spekulation. Im Gegenteil ist von allen Bürokraten und Ministern bekannt, daß sie sich persönlich am Geschäft mit der Armut des Volkes bereichern.
Das Regime der regierenden Awami-Liga ist ein Produkt der indischen Invasion vom Dezember 1971, es ist abhängig von der indischen Regierung und dem Imperialismus. Sie sind die Nachfolger der britischen Kolonialisten, die die alleinige Ausrichtung der Landwirtschaft auf Jute durchsetzten. Diese Einseitigkeit ist noch heute eine Hauptgrundlage der imperialistischen Vorherrschaft über Bangla Desh. Die Auslieferung des Landes an die indischen herrschenden Klassen zeigt sich im Kleinen darin, daß Reis, Jute und karitaitve Hilfsgüter in großen Mengen nach Indien geschmuggelt werden, ohne daß der Staat von Bangla Desh eingreift. Dieses Regime unterstützt aber nicht nur die Profiteure, die für das Elend des Volkes verantwortlich sind, sondern es profitiert auch noch von der karitativen Hilfe, die dem Volk zuteil werden soll.
In einem Bericht des Sekretärs der National Peoples Liberation Union und der National Workers Federation von Bangla Desh an einen Genossen in Großbritannien heißt es:
"*... diese 'Neros' (die Awami-Liga) versuchen, aus den Sorgen und dem unmenschlichen Leid des Volkes Kapital zu schlagen für ihre politischen Ziele und die Interessen der Besitzenden. Was auch immer aus Inland oder Ausland an Hilfe kommt und überhaupt verteilt wird, wird nur von Awami-Liga-Leuten verteilt. Folglich erreicht der größere Teil der Hilfe die wirklichen Opfer nicht.*
Tatsächlich berichtet die Süddeutsche Zeitung vom 27.8., daß der Chef des Roten Kreuzes in Bangla Desh der Awami-Liga-Vorsitzende von Dacca ist, ein bekannter Spekulant und Kriegsgewinnler. So geschieht es, daß hereinkommende Hilfsgütersendungen nur einen Tag brauchen, um auf dem Bazar von Dacca zu landen. Nur jede 7. Dose Babynahrung und jede 13. Wolldecke erreicht die Opfer der Katastrophe.

Um die Hilfe für das Volk zu organisieren, haben alle Parteien und Gruppen, die sich gegen die volksfeindliche Politik des Regimes wenden, ein Komitee für Hilfe und Wiederaufbau gegründet. Es wird von Maulana Bhasani geleitet, der bei den armen Bauern großes Ansehen als Sprecher und Vertreter ihrer Interessen genießt. Aber Maulana Bhasani steht unter Hausarrest und die Regierung setzt alle Mittel gegen die selbständig organisierte Hilfe ein. In dem oben zitierten Bericht heißt es: "*Aber alle Anstrengungen des Komitees werden schärfstens unterdrückt. Die Straßensammlung der Freiwilligen der Komitees wurde durch Polizeirepression beendet. Kurz gesagt: die Awami-Liga-Regierung erlaubt niemandem, die Not der Flutopfer zu verringern, weil sie das Land in einer geschlossenen Diktatur regieren will.*"

Aber der Terror hat nicht erreicht, was er sollte, das Volk einzuschüchtern. Ebenso wie in den verschiedensten Teilen Indiens strümt das Volk bereits die Lager der Spekulanten, ob es sich um Bürokraten oder Private handelt. "Das Land geht dem Chaos entgegen," sagt ein Vertreter des Regimes. Das ist natürlich Unsinn, vielmehr erkennt das Volk, daß es den Kampf gegen das korrupte, von außen aufgezwungene Regime führen kann. –BN–

Wie das Neue China das Problem der Arbeitslosigkeit löst

Arbeitslosigkeit war ein ernstes Problem im alten China. Die Zahl der arbeitslosen Arbeiter und Intellektuellen in den Städten im Jahre 1949, dem Jahr der Befreiung, hat die 4 Millionen überschritten.
Die Märkte wurden mit ausländischen Waren überschwemmt, die nationale Industrie und der nationale Handel hatten sich verschlechtert, und viele Fabriken und Unternehmen wurden geschlossen oder mußten die Zahl der Angestellten und Arbeiter einschränken. All dies war Ergebnis der imperialistischen Aggression und der reaktionären Herrschaft der Kuomintang. Einige Fabriken stellten ein große Zahl von schlecht bezahlten Kinderarbeitern an, was zur Arbeitslosigkeit von erwachsenen Arbeitern führte. Auf dem Land war die Ausbeutung durch Pacht und Wucher besonders groß. Bei Naturkatastrophen mußten die armen Bauern, die wenigen oder keinen Boden besaßen, ihre heimischen Dörfer verlassen, in die Städte gehen und auf dem Weg dorhin betteln. Wenn sie ankamen, erhöhten sie dort die Arbeitslosigkeit. Für Hochschulabsolventen war es schwer, eine Arbeit zu finden. "Wer Akademiker ist, bleibt arbeitslos" war damals ein geflügeltes Wort.
Vor der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 wies der Vorsitzende Mao darauf hin: "**In Orten wie Shanghai war das Problem der Arbeitslosigkeit, also das Ernährungsproblem, nur durch die grausame und herzlose Unterdrückung und Ausbeutung durch Imperialismus, Feudalismus, bürokratischen Kapitalismus und die reaktionäre Kuomintang-Regierung entstanden. Unter der Volksregierung wird es nur einige wenige Jahre dauern, bis das Problem der Arbeitslosigkeit, d. h. das Ernährungsproblem, ... vollkommen gelöst ist ...**" Der Vorsitzende Mao betonte auch, daß die Lösung dieses Problems "**Revolution plus Produktion**" ist.

Nach der Gründung des Neuen China begann die Volksregierung sofort, die Produktion wiederherzustellen und sie zu entwickeln. Die Unternehmen, die zum bürokratischen Kapital der Kuomintang gehörten, wurden alle verstaatlicht. Gleich in den ersten Jahren nach der Befreiung verfolgte der Staat die Politik, private Industrie- und Handelsbetriebe des nationalen Kapitals "ausnutzen, einzuschränken und umzuwandeln". Den für die Volkswirtschaft und für das Volkswohl nützlichen privaten Unternehmen wurde erlaubt, weiterzubestehen. Sie wurden schrittweise unter der Leitung des staatlichen Sektors der Volkswirtschaft umgewandelt. Diese Unternehmen durften nicht nach ihrem Willen Arbeiter entlassen. Was die etwa 9 Millionen von Angestellten des alten Regimes betraf, so traf die Regierung entsprechende Arbeitsvorkehrungen für sie.
Mit der Wiederherstellung und Entwicklung der Produktion schaffte die Regierung allmählich geeignete Arbeit für arbeitslose Arbeiter und Intellektuelle. Sie bewilligte Fonds für die Einrichtung von Kursen für die Ausbildung derjenigen, die nur wenig ausgebildet waren und die über keine entwickelte Fertigkeit verfügten. Diejenigen Arbeitslosen, die der Staat vorerst nicht mit Arbeit versorgen konnte, wurden organisiert für die Teilnahme an städtischen Aufbauprojekten, wie beispielsweise dem Ausbaggern von Flüssen und dem Reparieren oder Bauen von Straßen. Diejenigen, die wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten, wurde Unterstützung gewährt.
Nach der Bodenreform wurden im ganzen Land die Einzelbauern und die Handwerker vom Land und aus den Städten organisiert, um unter der Führung der Volksregierung Genossenschaften aufzubauen. Die sozialistische Umwandlung der kapitalistischen Industrie und des kapitalistischen Handels wurde durchgeführt. Die Revolution in der Gesellschaftsordnung, die Umwandlung des Privateigentums in Gemeineigentum, schuf die Bedingungen für die weitere Entwicklung der Produktion. Sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft wurden dem staatlichen Plan unterstellt, damit die Volkswirtschaft planmäßig entwickelt werden konnte. All dies hat die Ursachen der Arbeitslosigkeit beseitigt.
1958 wurden fast überall auf dem Land in ganz China Volkskommunen errichtet. Die Produktion wurde erhöht als Ergebnis davon, daß die Kommunen kollektive Kräfte organisierten, großangelegte Wasserbauprojekte durchzuführen, die Natur umzugestalten und sich an den verschiedenen wirtschaftlichen Unternehmen wie Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht, Fischzucht und Nebentätigkeiten zu beteiligen.
Obwohl die Arbeitskräfte auf dem Land voll genutzt wurden, waren es nicht genug, als sich die Kollektivwirtschaft konsolidiert und entwickelt hatte. Techniker und Arbeitskräfte von Städten wurden benötigt, um das Land zu unterstützen.
Als das Feld der Industrie immer größer wurde, gab es ebenfalls in den Städten einen dringenden Bedarf an Arbeitskräften. Um 1958 war nicht nur allen Arbeitslosen aus der Zeit vor der Befreiung geeignete Arbeit gegeben worden, sondern auch eine große Zahl von Hausfrauen arbeitete auf verschiedenen Gebieten. Seitdem hat die schnelle Entwicklung der Volkswirtschaft, die besonders durch die 1966 beginnende Große Proletarische Kulturrevolution vorangetrieben wurde, jungen Leuten und Hausfrauen immer mehr Arbeitsmöglichkeiten gegeben.
Die Absolventen der Schulen oder Universitäten im Neuen China brauchen nicht selbst nach Arbeit zu suchen. Ihnen wird vom Staat Arbeit in einheitlicher Weise zugewiesen.
Überzählige Arbeiter und Angestellte, die durch das Ersetzen oder Renovieren von Einrichtungen, durch die Anwendung besserer Techniken und durch die Verbesserung operativer Methoden und der Arbeitsorganisation entstanden, werden vom Staat nach einem einheitlichen Plan bei Neugebauten oder Vergrößerungen von Fabriken oder Bergwerken angestellt oder in solche Abteilungen versetzt, wo Mangel an Arbeitskräften besteht.

Um den Hausfrauen zu ermöglichen, sich in ihrem Wohnbereich an der Produktion zu beteiligen, sind von Einwohnergemeinschaften betriebene Fabriken errichtet worden. Viele Fabriken, Bergwerke, Regierungsbüros und Schulen haben ihre eigenen Kinderkrippen, Stillzimmer, Kantinen und andere Einrichtungen, um den weiblichen Arbeitern und Angestellten die Hausbelastung zu erleichtern. Überall, einschließlich der Volkskommunen, wird das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit durchgeführt.

(aus Peking Rundschau 31/74)

Chile

Wischnewski nach Santiago

Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz ist die Bundesregierung gegenwärtig dabei, ihre Beziehungen zur Militärjunta auf vertragliche Füße zu stellen. Laut Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 8. November wird der Staatsminister im Auswärtigen Amt Wischnewski (SPD) am 16. November nach Santiago fliegen,

21 Millionen für die chilenische Junta

Die Bundesregierung hat der faschistischen Militärjunta in Chile Kapitalhilfe in Höhe von 21 Millionen DM gewährt. Diese Summe sollte eigentlich der Regierung der Unidad Popular unter S. Allende zur Verfügung gestellt werden. Sie war aber nicht gewährt worden, weil Allendes antiimperialistische Politik den Herren in der Bundesregierung nicht paßte. Ganz reibungslos verlief diese Kreditgewährung jedoch nicht: Während Wirtschaftsminister Friedrichs (FDP) die Unterstützung in voller Höhe rechtfertigte, sah Entwicklungsminister Bahr (SPD) sich gezwungen, so zu tun, als wolle er überhaupt keine Unterstützung geben. CDU-MdB Todenhöfer kommentierte dieses Schmierentheater, indem er sagte, die SPD entwickle außerordentliche Scheinheiligkeit: Insgeheim lasse sie die Unterstützung der Junta weiterlaufen; um die "Linke" aber zu beruhigen, tue sie so, als hätte sie alle Unterstützung eingestellt.
Dies wurde zwar von einem Mitglied der CDU gesagt, die selbst die äußerste Reaktion in Chile unterstützt – Es zeigt sich aber, daß auch die CDU es derzeit nicht wagt, die Unterstützung der Junta öffentlich zu fordern.

laufen; um die "Linke" aber zu beruhigen, tue sie so, als hätte sie alle Unterstützung eingestellt.
Dies wurde zwar von einem Mitglied der CDU gesagt, die selbst die äußerste Reaktion in Chile unterstützt – Es zeigt sich aber, daß auch die CDU es derzeit nicht wagt, die Unterstützung der Junta öffentlich zu fordern.

Korrektur zu KVZ Nr. 23

"Weitere 70 Millionen von der Bundesregierung an die Junta in Chile": Der chilenische Finanzminister heißt nicht Viörhabe, sondern Jorge Causas Lama.

Venezuela: Täglich fließen 13 000 barrel Öl ins Meer

Die Regierung von Venezuela, bisher eine Marionette in den Händen der USA, hat sich die arabischen Erdöl-Förderländer zum Beispiel genommen und ein Gesetz verabschiedet, durch das alle ausländischen Ölkonzerne in Venezuela noch in den nächsten Monaten verstaatlicht werden. Die betroffenen Ölgesellschaften haben sofort begonnen, ihre Anlagen systematisch zu zerstören. Sie arbeiten dabei mit Diebstahl und Demontage. Die US-Gesellschaft Creole ging dabei so weit, den "Diebstahl" eines 20-Zoll-Absperrventils, das in Venezuela nur mit langen Lieferzeiten ersetzt werden kann, durchführen zu lassen. Jetzt fließen 13 000 barrel Öl täglich aus dem Bohrloch in den See! Die Nachrichtenagentur Prensa Latina berichtet außerdem, daß die holländische Gesellschaft Shell sechs Bohrlöcher lahmgelegt hat, indem sie das elektrische Leitungssystem stehlen ließ. Fortschrittliche Kräfte in Venezuela fordern die sofortige militärische Besetzung der Ölfelder zum Schutz der Anlagen vor den ausländischen Konzernen.

Der Treueeid in Uruguay

"Ich erkläre, daß ich einer der von der Regierung mit Bann belegten antinationalen Organisation weder angehöre noch ihr je angehört habe, und auch keiner anderen Organisation, die unser gegenwärtiges Regierungssystem angreift."
Diesen Eid müssen seit einigen Tagen die Professoren in Uruguay ablegen. In Kürze soll er auch allen anderen öffentlichen Angestellten und Beamten vorgelegt werden. Die Presse-Agentur Prensa Latina berichtet, daß die Militärregierung ein Gesetz erlassen hat, nach dem die Verweigerung des Eids die Überweisung an ein Militärgericht zur Folge hat. "Antinationale Organisationen " sind dabei linke politische Gruppen und Parteien, Gewerkschaften, Studentenverbände. . .

A.T., Kiel

US-Gewerkschaftsführer finanzierten den Putsch mit

Beweise für die direkte finanzielle und personelle Unterstützung der chilenischen Putschisten durch den CIA hat der amerikanische Kongreß selber geliefert, wie wir bereits in der KVZ berichteten. Jetzt wurden weitere Kanäle offengelegt: Der Putsch wurde auch von der amerikanischen Gewerkschaftsführung der AFL-CIO unterstützt.
Beiträge dieser Gewerkschaft werden zur Finanzierung des "Amerikanischen Institutes zur Entwicklung der freien Arbeiterschaft" (AIFLD) verwendet. Dieses Institut hat auch noch die US-Regierung und multinationale Industrieverbände als Träger.
Dieses Institut hat christdemokratische und rechtsradikale Gewerkschafter in Zusammenarbeit mit dem CIA finanziell unterstützt und ihnen Lehrgänge in Fort Royal, Virginia, vermittelt. Diese Schulungsteilnehmer wurden wichtige Kräfte beim Boykott der Fuhrunternehmer und anderen Sabotageakten zur Lähmung der chilenischen Wirtschaft unter der Allende-Regierung.
In dem AIFLD-Institut werden lateinamerikanische Gewerkschafter dafür geschult, in wichtige Positionen gewählt zu werden, um dort gegen den Klassenkampf aufzutreten. Außerdem sammeln sie Informationen für den CIA und bauen einen illegalen Informaten- und Agentenring auf. Über das Institut laufen auch viele Kanäle, um CIA-Agenten schnell und heimlich in lateinamerikanische Länder zu schicken oder herauszuholen.



Nicht nur die US-Regierung und der CIA haben die chilenischen Putsch-Generale finanziert, auch die Führung der US-Gewerkschaft AFL/CIO hat sich daran beteiligt.

Diese Kanäle bestehen hauptsächlich aus Verbindungen zu internationalen Büros. Diese Büros (ITS – International Trade Secretariats) sind nach Berufen oder Handelsbranchen organisiert. So stehen die Büros der Gewerkschaft für die Arbeiter in Massenmedien der USA (CWA) z.B. in Verbindung zu der "Post-, Telefon- und Telegraphenarbeiter International" (PTTI), einem großen Verband in Lateinamerika.
Die Praxis dieser rechten Berufsverbände wurde in Chile im April 1973 an deutlichsten, als die CUPROCH, eine Vereinigung von akademisch gebildeten Berufen, zum Streik in der Kupfermine El Teniente aufrief. Die Kupferarbeiter in Chile hatten sich bessere Tarife erkämpft als die Masse der Arbeiter. So wurden ihre Löhne z.B. automatisch den Lebenshaltungskosten angeglichen. Als die Unidad Popular aber die Löhne aller Arbeiter um 100 % anhob, um die Lebenshaltungskosten auszugleichen, begann die CUPROCH diese 100 % voll zusätzlich zu den schon erkämpften automatischen Angleichungen zu fordern. Die Regierung wurde mit den Kupferarbeitern einig, aber die technischen Angestellten nutzten die Lage, mit der CUPROCH drei Monate lang die Arbeit zu sabotieren, um als Hauptbeispiel reaktionärer Losungen von der Verschlechterung der Lage durch die Unidad Popular zu dienen. Andere Beispiele: Nach dem Fuhrunternehmerboykott formierte sich in Chile ein Zentralverband der Berufsverbände, um die "freien Gewerkschaften" zu verteidigen. Führer dieses Zentralverbandes waren die Präsidenten der mächtigen Unternehmenrverbände SOFOFA, SNA, der Handelskammer und des Verbandes der Fuhrunternehmer. Die CUPROCH stellte Julio Bazan, politischer Berater von Frei und leitender Ingenieur in einem großen Kupferunternehmen, als Führer. Als der Vizepräsident der CUPROCH merkte, daß dieses Gebilde als Scheinverband für von Lohnabhängigen für eine reaktionäre Front benutzt wurde, trat er zurück. Er veröffentlichte, daß die CUPROCH seit Bazans Präsidentschaft mit US-Dollars überschüttet wurde, konnte aber die Quelle nicht nennen. Die Studie von Ruth Needleman hat sie offengelegt. (Nach einem Artikel im "Guardian")

W., Hamburg



Demonstration streikender amerikanischer Bergleute.

180 Bergarbeiter erfolgreich

Nach 13 Monaten Streik haben die Arbeiter von Harlan County es geschafft. Die Duke Power Company, sechstgrößter nationaler Elektrokonzern, mußte die Rechte der Arbeiter auf Mitgliedschaft in der Bergarbeitergewerkschaft anerkennen. Dieser Kampf hat viele Opfer gekostet: Ein Kollege wurde ermordet von gekauften Mördern; viele Familien wurden aus Werkswohnungen vertrieben, viele Streikposten verhaftet und krankenhausreif geschlagen. Aber es gelang, eine dauerhafte Solidaritätsfront aufzubauen. Tausende Kollegen der umliegenden Minen traten Ende August unter der Losung der Mutter des Ermordeten in den Streik: "Für die Toten beten und für die Lebenden wie Höllenhunde kämpfen." Fünf Tage dauerte der Solidaritätsstreik, der auch von der Gewerkschaft anerkannt werden mußte.

Wesentlich für den Erfolg war die Einheit von schwarzen und weißen Kollegen und die Organisierung der Frauen. Für die Schwarzen wurden extra Forderungen gegen Diskriminierung und schlechtere Löhne erhoben. Die gleichzeitige große Kampagne gegen den Import südafrikanischer Kohle, an der nur weiße Sklavenhalter in den Minen Südafrikas verdienen, hat diese Einheit weiter gestärkt.

Die Frauen der Bergarbeiter haben sich organisiert und besonders die Streikposten unterstützt sowie Streikbrecher offen zur Rede gestellt. Sie wurden dafür geschlagen, verhaftet, ins Gefängnis gesperrt, aber ihre Solidarität ist dabei gewachsen. (Nach einem Berich in "The Call" vom Oktober 1974)

W., Hamburg

Busfahrerstreik

den wie Höllenhunde kämpfen." Fünf Tage dauerte der Solidaritätsstreik, der auch von der Gewerkschaft anerkannt werden mußte.

darität ist dabei gewachsen. (Nach einem Berich in "The Call" vom Oktober 1974)

W., Hamburg

Busfahrerstreik

amerikanische Busfahrer kämpfen seit 1972 für ihre Forderungen

Bei einem Aufenthalt in den USA kam ich in New York ins Gespräch mit einigen Streikposten der Busfahrer von "Continental Trailways", des zweitgrößten Busunternehmens in den Vereinigten Staaten. Diese privaten Busunternehmen spannen ein dichtes Netz über die gesamten USA und sind ein Ersatz für Zugverbindungen, die es praktisch in Amerika nicht gibt.
Das Unternehmen beschäftigte 308 Busfahrer, die 1972 in den Streik traten, um ihre Forderungen nach gleichem Lohn, gleichen Arbeitsbedingungen, Urlaub und der gleichen sozialen Altersversorgung wie die Busfahrer des zweiten und größten Busunternehmens in den USA durchzusetzen. Daraufhin wurde ihnen von ihrem Unternehmen gekündigt, das dafür 175 andere Fahrer einstellte, die die gleiche Arbeit wie die 308 Entlassenen verrichten müssen, aber für den gleichen Lohn. (Die Arbeitszeit stieg damit für jeden neuen Fahrer von 60 auf 106 Stunden pro Woche.) Dies kann sich die Busgesellschaft deshalb leisten, da in den USA schon seit einigen Jahren eine große Arbeitslosigkeit herrscht.
Die 308 Busfahrer, das heißt ihre Gewerkschaft, haben gerichtlich gegen die Entlassung Einspruch erhoben. Das Verfahren konnte bisher noch nicht abgeschlossen werden, weil der Richter, der den Busfahrern Recht zusprach, auf eindringliche Bitte der Bus-Kapitalisten abgesetzt wurde und durch einen anderen ersetzt wurde, der das alte Urteil einfach umstieß.
Trotz dieser Maßnahmen stehen die 308 Fahrer nach wie vor zu ihren Forderungen.
Die Busgesellschaft hatte versucht, die Streikenden zu spalten, indem sie Busfahrer bestach, den Führer ihrer Gewerkschaft abzusetzen. Die Bestochenen jedoch taten das einzig Richtige: Sie veröffentlichten diesen Versuch. Weiterhin verboten sie den Busfahrern, Streikposten aufzustellen, die die Fahrgäste informieren wollten. Auch der amerikanische Geheimdienst wurde eingeschaltet, der versuchte, die Frauen der Busfahrer zur Beendigung des Streiks zu bewegen und Freunde, Verwandte und Nachbarn über die Busfahrer auszuhorchen.
Von den 175 Fahrern, die für die Streikenden eingestellt wurden, sind 84 Schwarze. Das Unternehmen konnte diese 84 Fahrer für die Arbeit der Streikenden gewinnen, weil es erklärte, die Diskriminierung der schwarzen Fahrer einzustellen. Vor dem Streik hatte das Unternehmen nämlich nur 14 Neger beschäftigt. Dies zeigt deutlich, daß für die Kapitalisten die Hautfarbe keine Rolle mehr spielt, wenn sie daraus Kapital schlagen können.

H.B., KG Tübingen

Landbesetzung in Peru

In der Provinz Andahuaylas im Nordwesten des Depratements Apurimac in Peru wurden seit Juli dieses Jahres 72 Großgrundbesitztümer, insgesamt 60 000 Hektar, unter Beteiligung von fast 50 000 Bauern besetzt und unter eigene Verwaltung genommen. Angeführt wurden die Landnahmen vom Bauernverband der Provinz Andahuaylas (FEPCA), der dem Peruanischen Bauernverband (CCP) angehört.

Die fruchtbaren Ländereien von Andahuaylas (Viehzucht, Anbau von Weizen, Mais usw.) waren bisher in der Hand einiger weniger reicher Familien und wurden bis jetzt von der vor 6 Jahren von der peruanischen Militärregierung verkündeten Agrarreform nicht angetastet. Sechs Jahre wurde den Gamonales, wie die Bauern die Großgrundbesitzer nennen, Gelegenheit gegeben, über Raubbau alles Kapital aus den Ländereien herauszuziehen. Sie ließen die Felder verkommen, ohne noch einen Pfennig in die Produktion zu investieren, und fingen an einigen Orten an, sogar Fenster und Türen der Häuser "ihrer" Bauern zu demontieren.
Den Bauern blieben so nur zwei Möglichkeiten: entweder zuzuschauen, wie ihre eigene Existenzgrundlage zerstört wurde, oder das Land, das sie über Generationen bebaut hatten, selbst in ihre Verfügungsgewalt zu bringen.
In einer öffentlichen Erklärung der CCP vom 12. Oktober 1974 wird von den Bauern klar gesagt, daß es ihnen nicht darum geht, einen gewaltsamen Zusammenstoß mit der Regierung zu suchen, noch sich gegen die Agrarreform zu stellen, daß aber die Regelung der Produktion und die Bodenverteilung der besetzten Ländereien Aufgabe der zu diesem Zweck eingerichteten Bauernkomitees sind und daß sie nicht bereit sind, irgendwelche Ersatzzahlungen an die ehemaligen Besitzer der Ländereien zu leisten. Scharf kritisiert wurde die Regierung wegen der Verletzung der Abkommen von Toxama und Huancahuacho, in denen sich die peruanischen Militärs Anfang August verpflichtet hatten, keine Represssalien gegen die Bauernorganisationen und ihre Führer zu ergreifen und die Landbesetzungen der Bauern als Teil der Agrarreform anzuerkennen. Inzwischen wurden aber neben anderen Eingriffen über 20 Bauernführer festgenommen. Die Rechtsanwältin Laura Caller, eine der mutigsten Verteidigerinnen der indianischen Bauern, sitzt seit dem 7. Oktober im Frauengefängnis von Lima. Wie aus einer Presseerklärung des peruanischen Innenministers vom 19. Oktober hervorgeht, sollen jetzt die Landnahmen von Andahuaylas als Bauernfängerei extremistischer Gruppen abqualifiziert werden. Die peruanische "Revolutions"-Regierung, die ständig die "Mitbestimmung" des peruanischen Volkes als Hauptziel ihrer Politik angibt, kann also alles vertragen, nur keine selbständigen Volksbewegungen, die über ihr Reformprogramm hinausgehen. Ihnen antwortet sie mit Sanktionen und Unterdrückung. Die Bauernbewegung von Andahuaylas ist hierfür nur ein Beispiel von vielen.

Cri

Die Jusos lügen

Verleumdungskampagne in Rundfunk und Presse gegen den KBW

In Hildesheim wurden für den chilenischen Widerstand 1 350,27 DM auf das Konto "Sonya Patrick Larthe" überwiesen. Es hatte sich am 22. August eine Aktionseinheit gebildet, die von Mitgliedern der DKP bis zu den Falken reichte. Am 22. August wurde der Aufruf der Chile-Komitees gebildet und ein fünfköpfiger Chile-Koordinationsausschuß gebildet, in den je ein Mitglied der Falken, des Kreisjugendausschusses der ÖTV, der Zivildienstleistenden Hildesheim, der Klasse 12 f des Scharnhorstgymnasiums und des KBW gewählt wurde. In diesem Ausschuß wurde das Münchner Chile–Konto als Überweisungskonto für Spenden festgelegt. Auf ihrer Mitgliederversammlung am 28. August beschlossen die Jusos, sich dieser Aktionseinheit anzuschließen. Der Koordinationsausschuß kam dieser Gruppe entgegen und akzeptierte einen Delegierten der Jusos im Ausschuß. Doch das Nachspiel kam am 5. November:
Die Jusos schreiten zur Rache gegen die "K-Gruppe". Dabei können sie sich auf den NDR II stützen, der am 6. November in den Nachrichten die Information durchgab, die auch in allen Hildesheimer Zeitungen eine halbe Seite in Beschlag nahm, nämlich: "Das Münchner Konto ist ein Konto für Prozeßkosten des KBW. Der KBW habe anstatt auf ein Düsseldorfer Konto auf ein Münchner Konto überwiesen; dies sei eine alleinige Entscheidung des KBW gewesen."
Tatsache ist: Das Münchner Konto ist eingerichtet worden von einer südamerikanischen Studentenorganisation. Das Geld wurde zu 80 % an die MIR und zu 20 % an die MAPU überwiesen. Der KBW hat keinen Einfluß auf dieses Konto. Ein KBW-Konto für Chile gibt es nicht. Die Hildesheimer Juso-Behauptung, man habe von einem Konto in München nie etwas gehört, ist auch falsch. Denn am 3. September unterschrieb der Hildesheimer Juso-Sprecher Dieringer folgenden Satz: "Der Erlös des Basars wird als Spende auf ein Treuhandkonto in München überwiesen und ohne Abzug der chilenischen Bevölkerung zugeführt."

J.M., Hildesheim

Kambodscha: Aussichtslos für den US-Imperialismus

Vor neuen Hilfsgeldern der USA an die Lon Nol-Clique

In der amerikanischen Bourgeoisie hat erneut eine Diskussion über Nutzen und Ausmaß der Weiterführung des Krieges in Kambodscha eingesetzt. Dies geschieht angesichts der bevorstehenden UNO-Debatte über die Aufnahme der rechtmäßigen Regierung Kambodschas, GRUNK in die UNO. Streitpunkt ist die Bewilligung des neuen Etats für die militärische und wirtschaftliche "Hilfe" der USA an ihre Marionette Lon Nol durch den US-Kongreß. Verteidigungsminister Schlesinger antwortete auf die Frage, ob das Lon-Nol-Regime ohne die gesamte von der Regierung beantragte Hilfe zusammenbrechen würde, lakonisch mit "Ja".

Ein immer größerer Teil der Kongreß-Abgeordneten tritt dagegen für eine Kürzung der Gelder für den Krieg in Kambodscha ein, da diese zum großen Teil sowieso nur den Luxus und die Korruption der Marionetten finanzieren, und ein großer Teil der gelieferten US-Waffen der Befreiungsfront in die Hände falle. Insgesamt scheint es aber kaum noch jemanden zu geben, der ernsthaft an die Möglichkeit glaubt, die US-Stützpunkte in Kambodscha und das Lon-Nol-Regime noch lange aufrechterhalten zu können.

Aber trotz der Aussichtslosigkeit der Situation führt die US-Regierung diesen Krieg verbissen weiter. Die Imperialisten sind sich über die Folgen einer endgültigen Niederlage in Kambodscha im Klaren. Der Regierungsvertreter Moorer sagte vor dem Kongreß-Bewilligungsausschuß: Wenn Pnom Penh falle, werde "das gesamte Friedensgefüge in diesem Raum ernsthaft geschwächt."

Und tatsächlich wird die vollständige Befreiung Kambodschas dem wachsenden Streben aller Völker nach Selbstbestimmung und Freiheit neuen Auftrieb geben. Vor allem bangen die Imperialisten um die Moral ihrer Marionettenarmeen im benachbarten Südvietnam und Thailand (Schlesinger), die bereits stark gefährdet sind. Die US-Regierung, insbesondere Kissinger, macht sich dafür stark, den Krieg mit dem gleichen oder noch mehr Aufwand weiterzuführen. Das kann nur bedeuten, daß der Fall der letzten US-Stützpunkte, insbesondere Pnom Penhs, so lange wie möglich hinausgezögert und, wenn möglich, zur Abschreckung noch ein blutiges Exempel statuiert werden soll. Immer noch drohen die USA in den Kampf um die Macht in der Millionenstadt Pnom Penh mit massiven Flächenbombardements einzugreifen. Das muß durch die Verbreiterung der nationalen Unterstützung für den Kampf des kambodschanischen Volkes verhindert werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Anerkennung der GRUNK als einzig rechtmäßige Regierung Kambodschas durch die UNO und möglichst viele Regierungen.

M.L.



Rechtlos wie Sklaven werden die afrikanischen Bergleute von den weißen Minenbesitzern in diesen Löchern gehalten für den Einsatz in den Goldbergwerken. Unten: Demonstration der afrikanischen Bergleute gegen Unterdrückung und für gleichen Lohn.



Verstärkte Aufrüstung der Südafrikanischen Republik

Das südafrikanische Siedlerregime hat den Bau von Kriegsschiffen aufgenommen. Neuerdings werden auch Panzer in Eigenproduktion hergestellt. Mit Frankreich und Italien wurden Abkommen geschlossen, wonach diese Staaten dem Siedlerregime in den kommenden Jahren 200 Kampfflugzeuge vom Typ Mirage und vom Typ Aermacchi zur Produktion in Südafrika freigeben. Die US-Regierung hat die Lieferung von Kampfhubschraubern und Aufklärungsflugzeugen zugesagt. Außerdem will sie chemische Kampfstoffe an das Siedlerregime liefern von der gleichen Art wie jene, die in Vietnam zur Entlaubung der Wälder eingesetzt wurden. Das südafrikanische Siedlerregime selber hat den Rüstungsetat für 1974/75 auf 2,8 Milliarden DM festgesetzt. Das ist eine Erhöhung um 50 %.

Im Anschluß an die Seemanöver zusammen mit Großbritannien hat das Vorster-Regime beschlossen, den Hafen Simonstown zu einem modernen Flottenstützpunkt auszubauen. Dort sollen große Schiffseinheiten stationiert werden, um jederzeit die Kontrolle der Kap-Route abzusichern.

Große Erfolge der ZANU gegen das rhodesische Siedlerregime

Seit 1972 ist keine Woche vergangen, in der die ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) nicht große Siege errungen hat. Die Hauptoperationsgebiete liegen in den hauptsächlich von weißen Großgrundbesitzern besiedelten Gegenden im Nordosten des Landes. 1973 fanden 55 Gefechte mit den rhodesischen Truppen und den sie unterstützenden südafrikanischen Spezialeinheiten statt. Über 500 Feinde wurden getötet, 7 Flugzeuge abgeschossen, acht Kasernen und wichtige Verkehrslinien des Feindes zerstört. Zwischen dem 17. Mai und dem 23. August 1974 wurden im Darwin-Gebirge und in anderen Bezirken 109 feindliche Soldaten in 37 Operationen getötet, fünf Kasernen, 17 Güterwagen zerstört und 8 Flugzeuge abgeschossen. Die Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA) hat nicht nur neue Stützpunkte im Osten errichten können, sie kämpft heute bereits schon 30 Meilen von der Hauptstadt Salisbury. In Salisbury existieren Zellen, die die politische Arbeit unter der Stadtbevölkerung erfolgreich aufgenommen haben.

Spendenkonto

Zimbabwe African National Union (ZANU): Landrover für den Kampf gegen den rhodesischen Kolonialismus.
Volksbank Mannheim
Nr. 10.683.26



Spendenliste Landrover für Zimbabwe (ZANU)
18. Oktober bis 8. November 1974

P.Tr., St.Leon-Rot	50,00 DM
D.Str., Göttingen	10,00 DM
V.P., Westberlin	200,00 DM
St.V., Essen	100,00 DM
R., Mannheim	32,00 DM
G.Th., Freiburg-Lehen	100,00 DM
E.Z., Leer-Loga	100,00 DM
U.S., Karlsruhe	50,00 DM
U.H., Heidelberg	50,00 DM
M.M., Bolanden	10,00 DM
H.-M.Ja., Tübingen	1 000,00 DM
K.H., Bremen	100,00 DM
KVZ-Leserkr. MA-Vogelstang	16,00 DM
Th.St., Neuhausen	20,00 DM
M.K., Kiel	100,00 DM
KSB-Zelle Biologie, Frankfurt	30,00 DM
J.Th., Hausen	30,00 DM
KVZ-Leserkr. HH-Eimsbüttel	320,00 DM
SSG/Zelle Hist. Hamburg	80,00 DM
G.K., Hamburg	50,00 DM
J.St., Heidelberg	20,00 DM
T.H., Dortmund-Barop	30,00 DM
Skatrunde, Mannheim	10,00 DM
Kl.W., Göttingen	3 820,00 DM
M.R., Heidelberg	100,00 DM
Symp.gruppe Wolfenbüttel	200,00 DM
bei KVZ-Hausverkauf Göttingen	75,15 DM
Heinz Kunz, Mannheim	100,00 DM
J.S., Mannheim	200,00 DM

Ohne Friede in ganz Indochina kein Friede in Laos

Rede des Vertreters von Laos vor UNO-Vollversammlung

Am 25. September sprach Phoumi Vongvichit, führendes Mitglied der laotischen Befreiungsfront Pathet Lao in Vertretung von Premierminister Souvanna Phouma vor der UN-Vollversammlung. Er betonte die unlösbare Verbindung des Kampfes für den Frieden in Laos mit den nationalen Befreiungskämpfen in der ganzen Welt, besonders aber mit dem Kampf des vietnamesischen und des kambodschanischen Volkes gegen den Imperialismus.

Die unausgesetzten Angriffe und Verletzungen der Abkommen von Vientiane und Paris seitens der USA zwinge die Völker Indochinas, ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Erlangung ihrer fundamentalen nationalen Rechte zu verstärken. Ausdrücklich in seiner Eigenschaft als Regierungschef bekräftigte er den unumstößlichen Willen des laotischen Volkes, jede abkommenswidrige Bestrebung nach erneuter Auflösung der Koalitionsregierung zu vereiteln. Er forderte die Mitglieder der Versammlung auf, die Einhaltung und Durchführung des Abkommens zu unterstützen. Nach einem Zusammentreffen mit US-Außenminister Kissinger wies Vongvichit bei einem Empfang der "Indochina Peace Campaign" und verschiedener Persönlichkeiten der Antikriegsbewegung ausdrücklich auf die Doppelzüngigkeit der Friedensbeteuerung der US-Regierung hin. Entgegen den Beteuerungen setzten die USA ihre Aufklärungsflüge über den befreiten Gebieten weiter fort, bildeten weiterhin in Thailand sowohl laotische als auch Söldner tailändischer und burmesischer Herkunft aus. Sie tun dies in der Absicht, die reaktionären Kräfte in Laos zu stärken und im Widerspruch zum Vientianer Abkommen den Krieg gegen das laotische Volk fortzusetzen ("The Guardian" vom Oktober 1974).

Die dem Abkommen entsprechende Koalitionsregierung besteht zu gleichen Teilen aus Vertretern einerseits der Befreiungsbewegung und andererseits der Neutralisten und reaktionären Kräfte. Die eindeutigen Aussagen Vongvichits zur Lage und Zukunft von Laos verdeutlichen die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Seiten zugunsten der Pathet Lao. Das Auftreten vor der UN-Vollversammlung im Sinne der verstärkten Solidarität der indochinesischen Völker untereinander und der Bewegung in der ganzen Welt ist weiteres Zeichen der Isolation der USA und der günstigen Lage zur endgültigen Erlangung von Frieden und Unabhängigkeit der Völker ganz Indochinas.

K.B.

Die Unterstützung für Oman

Folgende Spenden sind an die Volksfront für die Befreiung Omans eingegangen:

40 000 DM; der Erhalt wurde bestätigt von der Botschaft der VDR Jemen in Ostberlin;

zwei Medikamentensendungen im Gesamtwert von 66 000 DM, eine Luftfrachtsendung zu 200 kg, die überwiegend aus von Spendengeldern gekauften Medikamenten bestand, und eine Schiffssendung zu 885,5 kg, die aus in der Bundesrepublik gesammelten Medikamenten bestand. Gegenwärtig wird eine neue Sendung vorbereitet, die auch sowohl aus gesammelten als auch gekauften Medikamenten bestehen wird. Der Kauf empfiehlt sich deshalb, weil erstens hochwertige Medikamente nur sehr wenig gespendet werden und zweitens Mittel wie Plasma usw. nicht anders zu erwerben sind. Gerade solche hat die Front jedoch erst in letzter Zeit wieder angefordert. Die Medikamentensendungen werden organisiert mit Unterstützung einer Frankfurter Organisation, die darauf spezialisiert ist.

Auf dem Spendenkonto in Heidelberg wurden rund 50 000 DM eingezahlt. Davon gingen 40 000 direkt an die Front, 3 000 wurden für Einkaufs- und Frachtkosten der Medikamente verwendet, ein Teil der restlichen 7 000 DM wird für Medikamente verwendet werden; der Rest geht direkt an die PFLO.

Dies ist nur ein Teil dessen, was in der ganzen Bundesrepublik für die PFLO gespendet wurde. Leider haben wir keinen Gesamtüberblick; in anderen Städten der Bundesrepublik wurden sicher noch mehrere zehntausend Mark gesammelt

Nahost-Komitee Heidelberg

Als zentrales Spendenkonto gilt:

Bank für Gemeinwirtschaft Westberlin Nr. 100 470 4305, Kennwort Humanitäre Hilfe Dhofar.

Verschärfte Krise in Israel

Inflation, Abwertung, Einfuhrstop, politische Aussichtslosigkeit

Israel hat am 10. November seine Währung um 43 % gegenüber dem Dollar abgewertet. Enorme Preissteigerungen waren die Folge. Die Arbeiter haben sofort mit Demonstrationen reagiert für einen Inflationsausgleich. Die Lager der Lebensmittelhändler waren in den Tagen vorher leergekauft worden.

Hamsterkäufe von Zucker, Öl und Reis, Eintausch der Ersparnisse auf dem Dollar-Schwarzmarkt und anschließender Schmuggel ins Ausland – so versuchten viele Israeli sich vor der drohenden Abwertung und den enormen Preissteigerungen noch einzudecken (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9./10. November). Zur täglich sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise Israels (siehe KVZ Nr. 21) kommt die sich immer mehr vertiefende Spaltung der gesamten Bevölkerung in Befürworter und Gegner einer endgültigen Annexion Westjordaniens. Mehr als 300 000 haben bereits sich einer Petition an das israelische Parlament angeschlossen, die sich gegen einen Rückzug aus Westjordanien ausspricht. 12 000 demonstrierten für diese Forderung in Tel-Aviv (Süddeutsche Zeitung vom 22. Oktober). Immer wieder unternehmen Siedlergruppen spektakuläre Besetzungsaktionen im besetzten Westjordanien. Die Integration der neu einwandernden Juden bereitet immer mehr Schwierigkeiten. Hunderte von sowjetischen Juden haben Israel bereits wieder verlassen, weil sie das Leben dort unerträglich finden. In Belgien, wo gegenwärtig eine große Zahl auf Einwanderungsgenehmigungen in westeuropäische Länder warten, sagten einige von ihnen: "In der Sowjetunion waren wir Juden, in Israel waren wir Russen. Wo sollen wir jetzt hin? " (Süddeutsche Zeitung und Heidelberger Tageblatt vom 15. Oktober)

Der menschenverachtende und parasitäre Charakter des israelischen Unterdrückerstaates tritt auch in seinem Inneren immer mehr zu Tage. Er braucht einen neuen Krieg, um die Bevölkerung wieder zur Volks- und Waffengemeinschaft zu schmieden und die inneren Widersprüche vergessen zu machen.

Jordanien gibt das Westufer des Jordan an die PLO

Das jordanische Parlament hat am 9. November offiziell mit einer Verfassungsänderung jegliche Ansprüche Jordaniens auf Westjordanien aufgegeben. Es hat dieses Territorium der PLO, der legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes, zugesprochen. Damit ist die 1948 vom Vater des gegenwärtigen Königs Hussein vorgenommene Annexion dieses Teiles Palästinas praktisch rückgängig gemacht worden. Einer der langjährigen Feinde des palästinensischen Volkes ist damit zumindest vorübergehend ausgeschaltet.

Die Kissinger'sche Verhandlungspolitik ist damit in der Sackgasse. Da sowohl die USA als auch Israel die PLO ablehnen, haben sie keinen Partner mehr für ihre Verhandlungen.

Mord durch Entlaubung

Auswirkungen der chemischen Umweltvernichtung durch die US-Imperialisten in Südvietnam

Wie die chemische Fachzeitschrift "Chemie in unserer Zeit" (Nr. 2, 1974, 8. Jahrg.) schreibt, sind durch chemische Unkrautbekämpfungsmittel (Herbizide), die die amerikanische Luftwaffe zur Entlaubung und Zerstörung von Ernten über Südvietnam abgeworfen hat, Schäden entstanden, die erst nach über einem Jahrhundert ausgeheilt sein werden.

Dies stellen 17 Wissenschaftler aus den USA, Schweden, Großbritannien und Südvietnam fest. Im Zeitraum von 1961 bis 1971 hat die US-Air Force über 50 Millionen Kilogramm Herbizide über Südvietnam versprüht, das sind mehr als 3 Kilogramm pro Einwohner. Etwa ein Siebtel des südvietnamesischen Bodens ist zudem mit Chemikalien besprüht worden, die sehr viel wirksamer als die üblicherweise angewandten Herbizide sind. 36 % der Mangrovenwälder entlang der südvietnamesichen Küste sind zerstört worden. Was den Schaden bei der Holzwirtschaft betrifft, ist man sich noch uneinig. Im Bericht der Wissenschaftler heißt es, daß 500 000 bis 2 000 000 Kubikmeter Holz zerstört wurden, während eine andere Untersuchung von 45 Millionen Kubikmeter nutzbaren Holzes spricht. Eine Überdosis von Herbiziden vernichtet jedoch nicht nur den Baumwuchs, sondern macht den gesamten Boden für jeglichen Anbau unbrauchbar. Der Boden ist ökologisch völlig tot.

Es wird vermutet, daß auch zahlreiche Kinder in den Bergdörfern um Pleiku und Kontum getötet wurden, wo die Chemikalien während der Erntezeit eingesetzt wurden. Auch Erwachsene bekamen für einige Zeit Magenbeschwerden, Hustenreiz und Ausschläge. Durch eine Befragung von Bewohnern der Bergdörfer ist der Tod von mehr als 100 Menschen auf die Herbizidanwendungen zurückzuführen.

H.B., KG Tübingen

Diese Anzeige der Illustrierten "Bunte", die sich gerne dem parasitären Leben von Kaiserfrauen, Playboys und sonstigem Gesindel widmet, erschien am 7. November in den Tageszeitungen. Die "Bunte" macht ihr Geschäft damit, die Tränen von Soraya als Schleier vor den Problemen des Volkes zu verkaufen. Jetzt stellt dieses Blatt sich ganz offen in den Dienst der psychologischen Kriegsvorbereitungen. Der Propagandafeldzug gegen die ölproduzierenden Länder ist verpackt als ausgedachte Zukunftsdarstellung. Gemeint ist aber alles ganz realistisch. Es geht "um jenes Öl... das es uns ermöglicht, anders als die Eskimos zu leben". Für die kapitalistische Krise sollen nicht die Kapitalisten, sondern die arabischen Länder verantwortlich gemacht werden. So will die "Bunte" Haß auf die arabischen Völker schüren, um ein Klima zu schaffen, in dem ein imperialistischer Überfall auf die arabischen Völker Unterstützung findet. Es ist unsere Aufgabe, mit allen unseren Kräften und unter immer besserer Nutzung unserer Organe dieser Kriegspropaganda entgegenzutreten und den Massen ständig darzulegen, wer die Verantwortlichen für Elend und Krisen wirklich sind.

Denken Sie doch einmal das Undenkbare:

Illustration aus „Newsweek"

Amerikanische Truppen werden einen Streifen Land am Persischen Golf besetzen, wo 60 Prozent der Erdölvorräte der Welt lagern — jenes Öl, das unsere Wohnungen heizt oder Autos antreibt, jenes Öl, das uns ermöglicht, anders als die Eskimos zu leben.

Der Gedanke an Krieg ist grauenvoll, doch die BUNTE hat ihn nicht aus blühender Phantasie geboren. Der mächtigste Mann der Welt, US-Präsident Gerald Ford, deutete die Möglichkeit kriegerischer Entwicklungen um das Öl in einer Fernsehrede an, als er sagte: „Während ihrer ganzen Geschichte haben die Nationen wegen solcher Naturschätze, wie Wasser oder Lebensmittel, oder wegen der Verbindungswege zu Lande und zur See Krieg geführt." Das angesehene amerikanische Nachrichten-Magazin „Newsweek" analysierte daraufhin, ob und wie es zu einer bewaffneten Intervention der USA an den arabischen Ölquellen kommen könnte. Auf dem Titelbild des Magazins „New York" zogen Präsident Ford und Außenminister Kissinger in Fallschirmjäger-Uniform an der Spitze amerikanischer Truppen in den Öl-Krieg und der „Spiegel" zitierte Aussagen amerikanischer Prominenter über Risiken und Chancen eines solchen US-Feldzuges.

In der BUNTE-Serie treten keine fiktiven Personen auf. Der deutsche Bundeskanzler heißt nicht Meyer, sondern Schmidt, der amerikanische Außenminister nicht Bissinger, sondern Kissinger und der UNO-Generalsekretär heißt nicht Kaltmann, sondern Waldheim.

Die BUNTE-Serie will Ihnen zeigen, wie die Politiker, denen wir vertrauen, versuchen werden, einen Öl-Krieg zu meistern. Und die BUNTE-Serie soll Ihnen helfen, die Krise durchzustehen, die unser Land befällt, wenn am Persischen Golf geschossen wird. Sie werden keine reißerischen Schlagzeilen und keine schockierenden Bilder sehen von dem, was geschehen kann. Wir haben uns vielmehr dazu entschlossen, diese Serie zu veröffentlichen, da wir der Meinung sind, daß man mögliche Gefahren besser einschätzen kann, wenn man sie im voraus einmal durchdacht hat. Je mehr die Menschen von dem wissen, wovor sie Angst haben, desto vernünftiger können sie reagieren, wenn einmal das Undenkbare eintritt.

Morgen früh beginnt der Krieg ums Öl

Bevölkerung verteidigte Informationsfreiheit gegen Polizei



Freiburg, Samstag, den 9. November. Mit einem Stand, der über die Auswirkungen des geplanten Bleiwerks in Marckolsheim und des geplanten Kernkraftwerks in Wyhl auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Gegend informiert, wollen Mitglieder des Arbeitskreises Umweltschutz der Fachschaft Chemie der Universität Freiburg den Kampf der Bevölkerung gegen die beiden Werke unterstützen. Die Bilder zeigen, daß es der Staatsgewalt nicht paßt, wenn die Bevölkerung auf der Straße sich Aufklärung über ihre Interessen verschafft. Die Bilder zeigen, wie es gelingen kann, mit vereinten Kräften die Staatsbüttel zum Rückzug zu zwingen, wenn sie die Volksaufklärung polizeimäßig verhindern wollen.





Bild 2: Zivilpolizist Helmut Heinen (Mitte) verlangt die Genehmigung und die Personalien von Genossen, die am Stand agitieren. Als Verstärkung hat er sich den 2-Sterne-Polizisten Bärmann (mit Brille) und zwei weitere Polizisten geholt. Im Nu sind sie von vielen Passanten umringt und werden aufgefordert, über das Megaphon ihr Vorgehen zu begründen.

Bild 3: Weil sie keine plausiblen Gründe für ihr Vorgehen vorbringen können und die Passanten sich lebhaft an der Auseinandersetzung beteiligen, versucht die Polizei sich der Diskussion dadurch zu entziehen, daß sie den Genossen im Polizeigriff aus der Menge heraus in ihren Wagen schleifen wollen.

Durch die vereinte Gegenwehr der Versammelten gelingt es nicht, den Genossen in den Wagen zu zerren.

Bild 4: Die Polizei kommt nicht durch. Sie muß zum Rückzug blasen, obwohl mit Blaulicht Verstärkung herbeigeholt worden ist. Die Straße ist mit Menschen überfüllt, der Verkehr bricht zusammen, und durch ein Spalier müssen sie zurück. Als der Fahrer des Polizeiwagens dann noch versucht, mit Vollgas zu entkommen, hagelt es erneut Schläge auf das Polizeiauto. Im Anschluß daran hielten wir noch eine Kundgebung ab, wo wir über diesen Vorfall aufklärten und aufzeigten, daß es kein Wunder ist, wenn die Staatsgewalt jetzt, nachdem die Front gegen Bleiwerk und Kernkraftwerk immer stärker wird, mit solchen Mitteln versucht, den Kampf für sich zu entscheiden. Aber so wie sie an diesem Samstagmorgen in der Freiburger Innenstadt gescheitert ist, so wird sie im Kampf gegen Kernkraftwerk und Bleiwerk noch viel mehr scheitern.

